

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Virtueller CSU-Parteitag:

Aus Corona lernen und wachsen

Die Christlich Soziale Union hat auf ihrem ersten virtuellen Parteitag einstimmig einen Leitantrag zur Bewältigung der Corona-Krise angenommen. Unter dem Titel „Deutschland stark machen – Aus Corona lernen und wachsen“ wurden Eckpunkte zur Ankurbelung der Wirtschaft und ein Entlastungsprogramm für Deutschland vorgelegt.

Laut Parteivorsitzendem und Ministerpräsident Dr. Markus Söder geht das Land in der Absicht, private und wirtschaftliche Existenzen zu sichern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln, mit Soforthilfeprogrammen, Krediten, Bürgschaften und Konjunkturprogrammen „an die Grenze des finanziell Leistbaren“. Deutschland brauche deshalb eine Obergrenze für die Staatsverschuldung – auch für Krisenzeiten wie diese.

Sanierungsfall vermeiden

Alle Hilfen müssen Söder zufolge ökonomisch sinnvoll und vernünftig bleiben. Deutschland dürfe nicht selbst zu einem Sanierungsfall werden. Im Hinblick auf die Gefahr einer zweiten Corona-Welle sagte Söder: „Maß und Mitte, Umsicht und Besonnenheit – das müssen wir miteinander verbinden.“

„Es ist jetzt kein Platz für wirtschaftsfeindliche Fantasien linker Ideologen. Und es ist auch nicht die Zeit für Steuererhö-

Erhalt bestehender Arbeitsplätze sollen auch Anreize für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gegeben werden. Zusätzlich ist geplant, im Minijob-Bereich die Verdienstgrenze auf 600 Euro pro Monat anzuheben und dauerhaft an die Lohnentwicklung zu koppeln.

Das Arbeitsrecht müsse wiederum auf die neue Arbeitswelt sowie flexiblere Arbeitszeiten und -orte angepasst werden.

(Fortsetzung auf Seite 4)

hungen“, heißt es in dem Leitantrag. „Wir brauchen stattdessen einen Pakt für Wachstum und Arbeitsplätze, mit dem wir nach der Vollbremsung einen Kickstart hinlegen. Zu unserem Entlastungsprogramm für Deutschland gehört ein international wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht mit maximal 25 % Ertragssteuerbelastung, ein Paket für verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten bei Investitionen und die Ausweitung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten.“

Mit einem Arbeitsplatzprogramm für Deutschland will die CSU Arbeitsplätze sichern und schaffen. Neben dem erfolgreichen Modell der Kurzarbeit zum

Kinder brauchen soziale Kontakte – darüber waren sich die Teilnehmer des Fachgesprächs „Kindeswohl in Corona-Zeiten“ im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einig. Deshalb sei auch die schrittweise Öffnung richtig. Doch die Angst vor Infektionen dürfe die Betreuung und Erziehung der Kinder nicht beeinträchtigen. An die Kommunen wurde der Appell laut, im Rahmen von unbürokratischen Bündnissen Kinder und Jugendliche in der Krise zu unterstützen.

In Krisenzeiten leiden vor allem Familien, die auch sonst benachteiligt seien. Diese zu identifizieren und stärker zu unterstützen habe Priorität, sagten

Geplanter Schutzschirm für Kommunen:

Geteiltes Echo

Unterschiedliche Reaktionen haben die Pläne des Bundesfinanzministeriums bezüglich eines Milliarden-Schutzschirms für die wegen der Corona-Krise in Not geratenen Kommunen hervorgerufen. Während Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Landkreistagspräsident Christian Bernreiter den Vorschlag, der vorsieht, die Länder an der Finanzierung zur Hälfte zu beteiligen, ablehnen, sprach der Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl, von einem „Befreiungsschlag“. Auch der Bayerische Städtetag steht den Plänen weitgehend positiv gegenüber.

Wie aus einem Eckpunkte-Papier seines Hauses hervorgeht, will Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Kommunen mit fast 57 Milliarden Euro unterstützen. Vorgesehen ist eine akute Nothilfe, die wegbrechende Gewerbesteuereinnahmen ausgleichen soll, und eine Altschuldenhilfe für hoch verschuldete Städte und Gemeinden – jeweils zur Hälfte von den Ländern mitfinanziert.

„Die Vorschläge von Bundesminister Scholz wird Bayern keinesfalls mitmachen“, erklärte Finanzminister Füracker. „Wenn der Bund den Kommunen helfen möchte, darf er das gern

tun – eine Zwangsverpflichtung der Länder nach den Regeln des Bundes ohne Absprache ist aber eine Unverschämtheit.“

Vorgezogene Zahlungen aus dem Finanzausgleich

Hilfe des Bundes sei wünschenswert, „aber nur mit klarer Abstimmung mit den Ländern und ohne Koppelung an Altschuldentilgung“. Bayern stehe fest an der Seite seiner Kommunen und werde ihnen in der Krise helfen. „Wir ziehen zwei Milliarden Euro Zahlung an die Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich vor, um

schnell und effektiv zu helfen“, so der Minister.

Zum Thema Altschulden meinte Füracker: „Eine Altschuldentilgung von Kommunen in ganz Deutschland mit bayerischem Steuergeld ist mit uns nicht zu machen. Länder, die seit Jahren verantwortungsvoll und solide gewirtschaftet haben, werden bestraft.“

Nach jüngster Steuerschätzung entgehen den Kommunen bundesweit im laufenden Jahr Gewerbesteuereinnahmen von 11,8 Mrd. Euro. Die Altschulden von 2000 besonders verschuldeten Kommunen wurden 2018 mit 45 Mrd. Euro beziffert.

„Bayerisches Geld für Versäumnisse anderer Bundesländer einzufordern, ist ziemlich dreist. Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite Schulden zu tilgen und auf der anderen Seite Schulden aufzunehmen. Das ist Aufgabe der Bundesländer“, hob Landkreistagspräsident Christian Bernreiter hervor. „Was wir wirklich brauchen, ist eine verlässliche Auffanglösung für Gewerbesteuerausfälle, um unsere Pflichtaufgaben weiter erfüllen zu können. Zudem benötigen wir ein kommunales Konjunkturpaket, um notwendige Investitionen in unsere Schulen sowie die Infrastruktur tätigen zu können. Dabei geht es in erster Linie um die Digitalisierung, aber auch Straßen und vieles mehr.“

Das Thema Altschulden muss laut Bernreiter von den jeweiligen Ländern selbst bereinigt werden. Geld aus Berlin brauchen jetzt bundesweit alle Landkreise für Zukunftsaufgaben wie

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lokale Bündnisse zum Wohl der Kinder

Die Vorsitzenden des Sozialausschusses, Doris Rauscher (SPD) und Thomas Huber (CSU). Im Fachgespräch mit Experten tauschten sich die Abgeordnete

ten vertieft zu den psychischen Auswirkungen auf Kinder in der Krise aus. Die Erkenntnisse sollen nun in das Konzept des Bayerischen Staatsministeriums für Soziales mit einfließen und damit für Einrichtungen, Träger und Kommunen vor Ort Handreichungen entwickelt werden. Anhand der Vorgaben soll die schrittweise Öffnung umgesetzt werden und dabei das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.

Kommunikationswege

Familien hätten mehr Wertschätzung vom Staat verdient, da Kinder wochenlang nur als „regelungsbedürftiges Objekt“ wahrgenommen wurden, kritisierte der stellvertretende Vorsitzende des Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., Jens Tönjes, die Politik zu Beginn. Schulen und Kindertagesstätten seien nicht bloß „Verwahranstalten“, sondern Orte

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesverfassungsgericht zum „Masernschutzgesetz“:

Verfassungsbeschwerden sind nicht unbegründet

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht die Eilanträge zweier Familien abgelehnt, die Bestimmungen des „Masernschutzgesetzes“ vorläufig aussetzen. Die Entscheidung über sechs noch anhängige Verfassungsbeschwerden zu diesem Thema steht jedoch noch aus. Die Verfahrensbevollmächtigten, Prof. Dr. Stephan Rixen (Universität Bayreuth) und Rechtsanwalt Jan Matthias Hesse (Stuttgart) sehen in der Entscheidung positive Aspekte.

Das Bundesverfassungsgericht stellt nach Auffassung der Verfahrensbevollmächtigten „ausdrücklich fest, dass die Verfassungsbeschwerden zumindest nicht von vornherein unzulässig oder offensichtlich unbegründet sind, wie das beispielsweise in jüngerer Zeit in Verfahren zu Maßnahmen in der Corona-Krise der Fall war. Wie das Gericht betont, bedürfen diese Anträge ‚einer eingehenden Prüfung‘, die ‚im Rahmen eines Eilverfahrens nicht möglich‘ sei.“

Unterstützt durch die „Initiative freie Impffentscheidung e.V.“ (IFI) und die „Ärzte für Individuelle Impffentscheidung e.V.“ (ÄIIE) wollten die Kläger erwirken, den im seit 1. März 2020 gültigen „Masernschutzgesetz“ vorgesehenen

Impfzwang so lange auszusetzen, bis das Bundesverfassungsgericht zu einer grundlegenden Entscheidung über die noch anhängigen Verfassungsbeschwerden gekommen ist.

Das Gericht begründete seine Ablehnung der Eilanträge allein mit einer sog. Folgenabwägung: Stelle man die jeweils zu erwartenden Folgen einer Ablehnung oder Stattgabe der Eilanträge mit späterer Entscheidung in der Hauptsache einander gegenüber, müssten die Interessen der klagenden Eltern gegenüber der Abwehr infektionsbedingter Risiken für Leib und Leben, denen viele Personen ausgesetzt wären, zurücktreten.

Die Nachteile, die eine mögliche spätere Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes für die klagenden Eltern mit sich brächte, überwögen in Ausmaß und Schwere nicht diejenigen Nachteile, die sich daraus ergäben, wenn das Gesetz vorläufig außer Kraft gesetzt werde. Dabei betont das Bundesverfassungsgericht, dass bei einer Aussetzung des Vollzugs eines Gesetzes – und darum ging es bei den Eilanträgen zum „Masernschutzgesetz“ – bei der Abwägung der Folgen stets ein besonders strenger Maßstab anzulegen sei. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Empfehlungen zur Flächenpolitik.	2
Rechtssicherheit für Windkraftanlagen	2
Das Rathaus – Mittelpunkt der Kommunalpolitik.	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:	
Die Pandemie beschleunigt auch positive Prozesse	3
Ehrenamt ist nachhaltig	3
Jugendherbergen: Rettung dank gelebter Solidarität.	4
Kommunale Energiethemen	5 - 9
Kommunale Bauthemen.	9 - 12
Kommunale Finanzthemen	13 - 16
Aus den bayerischen Kommunen.	17 - 20

Landtagsanhörung:

Empfehlungen zur Flächenpolitik

Das Landesplanungsgesetz soll laut einem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung so geändert werden, dass der Flächenverbrauch auf einen Richtwert von fünf Hektar täglich verringert wird. Im Spannungsfeld zwischen Landesplanung und Selbstbestimmungsrecht der Kommunen diskutierten in einer öffentlichen Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss des Landtags Experten aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft mit den Abgeordneten darüber, mit welchen Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann.

Einigkeit bestand darin, mit Flächen sparsam umzugehen. Wie das gelingen kann, bewerteten die Fachleute unterschiedlich. Der Bayerische Gemeindetag hält wenig von einer fixen Flächenvorgabe. Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl zufolge müsse man mit dem Gut Fläche intelligent umgehen. Er forderte eine verbindliche Definition des Begriffs Flächen-Inanspruchnahme und verwies auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Gemeinsamer Nenner gesucht

„Wohnen – Bauen – Flächen sparen: Diese drei Ziele müssen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Die Diskussion über Obergrenzen ist nicht zielführend. Sie lösen nicht das Problem der steigenden Flächenkonkurrenz“, betonte auch der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer. Obergrenzen gäben keine Antwort, wie die vielschichtigen Bedarfe der Bevölkerung, der Natur und der Pflanzenwelt in ein ausgewogenes Verhältnis kommen. Sie seien zudem nicht in der Lage, lokale Bedarfe zu berücksichtigen.

Laut Buckenhofer empfiehlt der Bayerische Städtetag seit Langem einen konsequenten Vorrang der Innenentwicklung. Nötig seien flächensparende Nutzungen in der Landesplanung, in Fachplanungen, in kommunalen Planungen und im Förderwesen. Der Kommunalverband setzte sich für eine vorausschauende Siedlungsentwicklung ein, lehne aber jede Art einer Obergrenze für Flächenverbrauch ab. Buckenhofer: „Eine Flächenzuweisung nach mathematischen Formeln wird weder den vielschichtigen Bedarfen der über 2.000 bayerischen Städte und Gemeinden, noch den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht. Sie verstößt gegen die in der Bayerischen Verfassung verankerte kommunale Planungshoheit.“

Die Mitglieder des Bayerischen Städtetags gingen bereits jetzt sorgsam mit Fläche um und

versuchten mit hohem personellen und finanziellen Einsatz unbebaute oder vorbelastete Flächen zu mobilisieren. Deshalb sei dort das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Einwohnerentwicklung zur beanspruchten Fläche bereits heute positiv zu bewerten. Buckenhofer: „Der oft vermittelte Eindruck eines unbedachten Flächenverbrauchs wird den kommunalen Anstrengungen nicht gerecht. Viele Städte und Gemeinden nehmen das im Baugesetzbuch verankerte Ziel des Vorrangs der Innenentwicklung und des sparsamen Umgangs mit Fläche sehr ernst.“

Enormer Aufwand der Kommunen

Viele Städte und Gemeinden treiben mit den bestehenden lückenhaften Instrumenten einen enormen Aufwand, Innenentwicklungspotenziale zu nutzen und kompakte Siedlungsstruk-

turen zu forcieren. Nach Angaben des Geschäftsführers hat der Bayerische Städtetag ein Bündel von Maßnahmen im Baurecht, im Steuerrecht und im Förderwesen zur Ermöglichung einer flächensparenden Siedlungsentwicklung vorgeschlagen, jedoch sei trotz jahrelanger Diskussion eine gesetzliche Ertüchtigung der Vorkaufsrechte der Gemeinden nicht erfolgt. Landesplanerisch würden Instrumente für die Innenentwicklung, etwa das Anbindegebot, aufgeweicht statt angewendet. Flankierende steuerliche Anreize, um Grundstücke in Ortszentren zu nutzen, würden nicht mit der notwendigen Konsequenz vorangetrieben.

Wirtschaftsverbände gegen Pauschalierungen

Gegen eine mathematische pauschale Flächenbegrenzung wendeten sich insbesondere die Wirtschaftsverbände. Dr. Benedikt Rüchardt, Geschäftsführer in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, plädierte für eine differenziertere Betrachtung. Er sieht die Lösung in einer Flächeneffizienzpolitik, die Veränderungen auf lokaler Ebene managt. Es gelte Flächen-

konkurrenzen zwischen Kommunen, Stadt und Land zu verhindern, denn Verlierer dieses Streits seien die ländlichen Räume und die Wirtschaft.

Professor Holger Magel, Ehrenpräsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, sieht in einem Runden Tisch die Lösung. „So kann es nicht weitergehen“, stellte Magel fest und forderte eine bessere Balance zwischen Mensch und Natur. Er verwies auf die vorgestellten Ergebnisse der Enquête-Kommission, die Handlungsempfehlungen ausgearbeitet hatte, wie die räumliche Gerechtigkeit in allen Bereichen Bayerns sichergestellt werden kann.

Magel zufolge macht Flächensparen „mehr Sinn und Befriedigung, wenn man weiß, wofür und vor allem wohin die gemeinsame Entwicklung gehen und woran man sich dabei orientieren soll.“

Vor dem Hintergrund, dass in den Gemeinden große Unsicherheit herrsche, wie das Flächensparen konkret realisiert werden sollte, wertete Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbands für Landschaftspflege, den fünf Hektar-Richtwert als richtigen Schritt und wichtiges Signal. Göppel schlug zudem eine Systematik ähnlich der des kommunalen Finanzausgleichs vor, bei der Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände die Anteile der Gemeinden am landesweiten Richtwert aushandeln. **DK**

Rechtssicherheit für Windkraftanlagen

Damit 20 laufende Windkraftanlagen im Freistaat weiter betrieben werden können, haben CSU und Freie Wähler einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bauordnung in den Landtag eingebracht. Den Anlagen droht ansonsten durch eine geänderte Rechtsprechung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein Betriebsstopp. Die Opposition kritisiert, dass Rechtssicherheit hingegen nur für bereits vollständig errichtete und betriebsbereite Windkraftanlagen vorgesehen sei.

Es gibt eine Reihe von Windkraftanlagen in Bayern, deren Bau vor Inkrafttreten der 10 H-Regel im Jahr 2014 beantragt wurde. Doch die rechtssichere Genehmigung dauerte so lange, dass der beantragte Anlagen-typ bei Erteilung der Genehmigung nicht mehr verfügbar war. Neue Windkraftanlagen sind in der Regel umweltfreundlicher, leiser und leistungsstärker. Ein Wechsel des Anlagentyps müsste aber erneut beantragt und dann auch auf Einhaltung der 10 H-Regel geprüft werden. Bisher waren in solchen Fällen keine neuen Genehmigungen nötig, wenn sich der Standort nicht geändert und die Gesamthöhe nicht zugenommen hatte. Die neue Anlage konnte auf Basis der ursprünglichen Genehmigung gemeldet werden.

Gericht stellt Wechsel in Frage

Doch in mehreren Eilentscheidungen hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im April 2019 diesen von der Verwaltung akzeptierten Wechsel des Anlagentyps rechtlich in Frage gestellt. Die nun von den Regierungsfractionen CSU und Freie Wähler eingebrachte Änderung der Bauordnung soll Rechtssicherheit herstellen für den Betrieb von bereits vollständig errichteten Anlagen, bei denen es in der Übergangszeit zu Typwechseln kam. Der Gesetzentwurf der Regierungsfraction wird in den nächsten Wochen federführend im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung beraten.

Vertrauen auf Rechtmäßigkeit

„Wir privilegieren damit rückwirkend Anlagen, bei denen ein berechtigtes schutzwürdiges Interesse der Bauherren vorliegt, weil diese auf die Rechtmäßigkeit vertrauen konnten“, sagte Alexander König, stellvertreten-

der CSU-Fraktionsvorsitzender. Rainer Ludwig, der energiepolitische Sprecher der Freien Wähler, verdeutlichte was die Änderung der Bauordnung für Bayern bedeutet: „Etwa 20 Windkraftanlagen in Bayern würden davor bewahrt, wegen Rechtsunsicherheiten bei der 2014 eingeführten 10 H-Regel abgebaut zu werden.“

Kritik am Gesetzentwurf

Demgegenüber zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Martin Stümpfig (Die Grünen), enttäuscht von der Gesetzesvorlage. Er unterstrich, dass auch bei jenen Betreibern ein schutzwürdiges Interesse vorliege, deren Anlagen noch nicht vollständig errichtet bzw. nur zum Teil errichtet sind.

Annette Karl, energiepoliti-

sche Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, sah dies genauso: Der Gesetzentwurf „springt viel zu kurz“, weil er jene Anlagenbetreiber im Stich lasse, die sich auf die ausgeübte Verwaltungspraxis verlassen hätten. Sie hätten darauf vertraut, „dass etwas, wenn es genehmigt ist, nach Ablauf von zwei Jahren auch noch genehmigt ist“. Die Windkraftenergie in Bayern, so Karl, werde „mit Anlauf an die Wand gefahren“.

Aus der Sicht von Sebastian Körber (FDP), Vorsitzender des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr, zeigt die geplante Änderung der Bauordnung, dass die 10 H-Regel „nicht praxistauglich“ sei. Er deutete an, dass die bayerische 10 H-Regel abgeschafft und durch eine einheitliche Abstandsregel auf Bundesebene ersetzt werden könne. Josef Seidl (AfD) forderte insgesamt ein Ende der Windenergie in Bayern. Der Betrieb von Windrädern, der aus seiner Sicht mit erheblichen ökologischen Nachteilen verbunden sei, dürfe nicht, wie im Gesetzentwurf geplant, nachträglich legalisiert werden. **red**

Wissenschaftlicher Beirat wählt „Orte der Demokratie“ in Bayern

Mit der konstituierenden Sitzung des wissenschaftlichen Beirats hat die Umsetzung des neuen großen Projektes „Orte der Demokratie“ begonnen. Mit dieser landesweiten Veranstaltungsreihe will der Bayerische Landtag neben der bewährten Arbeit der Gedenkstätten neue Wege in der Erinnerungskultur und Demokratiebildung gehen.

In ihrer ersten Sitzung berieten die Beiratsmitglieder über einschlägige Orte, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde und die im Rahmen des Projektes sichtbar und erlebbar gemacht werden sollen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner dankte im Namen des gesamten Präsidiums den Mitgliedern für ihre Bereitschaft, bei diesem ambitionierten Projekt mitzuwirken: „In Bayern gibt es zahlreiche Orte, an denen die demokratische Entwicklung des Freistaates in besonderer Weise deutlich wird. Der wissenschaftliche Beirat wird mit der Expertise der Experten helfen, die ‚Orte der Demokratie‘ in unserer Heimat stärker ins Bewusstsein der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu rücken.“

Der Beirat ist ein überparteiliches Gremium. Den Vorsitz übernehmen MdL und StM a.D. Dr. Ludwig Spaenle, sowie Professor Ferdinand Kramer. Im Beirat werden Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, des Bayerischen Städtetags, des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, des Berufsverbands bildender Künstler sowie des Verbands bayerischer Geschichtsvereine sein. **□**

Webinar Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode



- Kostenlose Teilnahme
- Dauer ca. 45 Minuten

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Do, 18.06.20, 16 Uhr
Fr, 26.06.20, 11 Uhr
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

Migration und Entwicklung:

Gesucht sind vorbildliche Kooperationsbeispiele

Countdown zur Bewerbungsfrist für den Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

Die Bewerbungsfrist für den bundesweit einzigartigen Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ naht. Durchgeführt wird der Wettbewerb von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und unter der Schirmherrschaft von Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Mitmachen können Städte, Gemeinden und Landkreise, die gemeinsam mit migrantischen Akteuren und Akteuren die Themen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene zusammendenken, z.B. in Initiativen zu Nachhaltigkeit, zu Fairem Handel oder in Städtepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern. Denn überall, wo Kommunen und Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Expertise bündeln, bilden sich nachhaltigere Strukturen und die entwicklungspolitische Wirkung der Aktivitäten steigt. **Kommunale Vorbilder sichtbar zu machen, den Austausch zu fördern und zum Mitmachen zu motivieren, sind die Ziele des Wettbewerbs. Bewerbungen sind noch bis Sonntag, 28. Juni 2020 möglich.**

Neben Preisgeldern in Höhe von insgesamt 135.000 Euro, die sich gleichermaßen auf drei Kommunengrößen-Kategorien aufteilen, und Sonderpreisen winken Image-Videos, vom Bundesminister Dr. Gerd Müller unterschriebene Teilnahme-Urkunden, lokale Preisverleihungen und ein exklusiver Zugang zu allen Beratungs-, Austausch- und Vernetzungsangeboten im Folgejahr.

Aufgrund der Corona-Krise wird auf eine postalische Einsendung verzichtet und – nach Absprache – das Nachreichen von Unterschriften und Unterlagen ermöglicht. Die SKEW steht allen Kommunen beratend zur Seite und unterstützt gerne im Bewerbungsprozess. Die Preisverleihung wird ein digitales Event am 23. September 2020.

Bewerbungsunterlagen, Beispiele von Gewinner-Kommunen u.v.m.: www.kommune-bewegt-welt.de

Das Rathaus – Mittelpunkt der Kommunalpolitik:

Mit Webinaren und Leitfäden gut gerüstet

Hanns-Seidel-Stiftung schult kommunale Entscheider Leitfäden erhältlich / Seminare online

München. Gemeinde- oder Stadtratssitzungen werden häufig im Internet übertragen. Ob Zustimmung oder Ablehnung, diese Entscheidung steht bei einigen Räten bald wieder auf der Tagesordnung. Auch politische Bildung und Fortbildung für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gehen neue Wege.

Kommunalpolitik-Portal

Alle Leitfäden stehen auch im Kommunalpolitik-Portal der Stiftung unter <https://www.hss.de/themen/kommunalpolitik/> zum Download oder zur kostenfreien Anforderung von Druckexemplaren bereit. Dort sind auch Musterbeispiele für Reden, Beispiel-Tagesordnungen, Anträge und weitere Fakten für die kommunalpolitische Arbeit zu finden.

Gemeindliche Planungshoheit hat Vorrang
Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP und Generalsekretär Oliver Jörg verweisen in ihren Leitfäden-Vorworten auf „die Verankerung der gemeindlichen Planungshoheit im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung“ und empfehlen die Leitfäden den Mandatsträgern als „wertvolle Orientierungshilfe bei der Erledigung der Aufgaben und Entscheidungen“.

Webinare stark nachgefragt
Die Hanns-Seidel-Stiftung hat in den letzten Wochen bei Webinaren mit politischer Bildung einen großen Sprung gemacht. Rund 170 Online-Seminare hat die Stiftung in kurzer Zeit auf die Beine gestellt, viele davon auch zu Themen der Kommunalpolitik. Themen und Termine finden sich im Portal auf <https://www.hss.de/veranstaltungen/>. **□**

Nachschlagewerk

Leitfäden haben bei der Hanns-Seidel-Stiftung eine jahrzehntelange Tradition. Erfahrene Kommunalpolitiker empfehlen diese Werke gerne den Jüngeren als Nachschlagewerk, um sich mit Hintergründen oder rechtlichen Notwendigkeiten besser vertraut zu machen.

Nachschlagewerk

Leitfäden haben bei der Hanns-Seidel-Stiftung eine jahrzehntelange Tradition. Erfahrene Kommunalpolitiker empfehlen diese Werke gerne den Jüngeren als Nachschlagewerk, um sich mit Hintergründen oder rechtlichen Notwendigkeiten besser vertraut zu machen.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Braun
91367 Weißenhohe
am 29.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Winkler
63928 Eichenbühl
am 13.6.

Bürgermeister Stefan Müller

95185 Gattendorf
am 29.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Raimund Lindner
85120 Hepberg
am 31.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manuel Schott
84189 Wurmsham
am 7.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Innovationspreis Ehrenamt 2020:

Ehrenamt ist nachhaltig

Elf Preisträger erhalten in diesem Jahr den Innovationspreis Ehrenamt 2020. Eine unabhängige Jury unter Vorsitz von Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner wählte Personen, Initiativen und Organisationen mit neuen Ideen rund ums Ehrenamt aus. Sechs Preisträger bekommen jeweils 10.000 Euro in der Kategorie „Innovative Projekte“. In der Kategorie „Neue Ideen“ wurden fünf Preisträger ermittelt, die mit je 3.000 Euro bedacht werden.

In der Kategorie „Innovative Projekte“ darf sich die Initiative „Jung übt sich: Die Retter von Morgen!“ von Jugendgruppen der Augsburger Hilfsorganisationen (Schwaben) ebenso über eine Auszeichnung freuen wie „IG OMa“ der gleichnamigen Interessengemeinschaft zur Förderung der dörflichen Entwicklung in Oberdorf und Martinszell (Waltenhofen, Schwaben). Preiswürdig sind zudem das „Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum Alte Feuerwache Fürth“ der Initiative „Fürth. Ort“ (Mittelfranken), das Projekt „Nachhaltiges soziales Engagement in der Region: Tat vor Ort“ der Robert Bosch GmbH des Werks Blaichach/Immenstadt (Schwaben), die Initiative „Schaffenburg e.V. Treffen – Schaffen – Teilen“ des Vereins Schaffenburg e.V. in Aschaffenburg (Unterfranken) sowie „Schule Als Staat, Grassington“ der SMV des Erasmus-Grasser-Gymnasiums in München (Oberbayern).

Junge Menschen begeistern

Unter dem Motto „Gemeinsam stark!“ haben sich mittlerweile neun Jugendgruppen von Hilfsorganisationen in Augsburg und Umgebung verbandsübergreifend zusammengeschlossen, um andere junge Menschen für das Ehrenamt zu begeistern. Ohne Berührungsängste planen und organisieren sie gemeinsame Ausbildungen, Übungen und Aktionen. So wurden etwa 24- bzw. 48-Stunden-Jugendübungen mit realistischer Unfalldarstellung durchgeführt, durch die die jungen Menschen auch Aufmerksamkeit und Verständnis für die Arbeit der Hilfsorganisationen in der Öffentlichkeit geweckt haben.

In den Waltenhofener Ortsteilen Oberdorf und Martinszell haben die Bürger in herausragender Weise Eigenverantwortung für ihr Dorf übernommen. Als das letzte Wirtshaus und der letzte Tante-Emma-Laden am Ort zusperrten, packten sie selbst mit vielen Ideen und Leidenschaft an. Im Zentrum des Vereins steht der in ehrenamtlicher Arbeit umgebaute ehemalige Bahnhof als Dorftreff mit Bistro und Kleinkunstbühne.

Nachhaltigkeit leben

Die Initiative „Fürth.Ort“ setzt sich dafür ein, dass in der 2020 freiwerdenden Alten Feuerwache ein Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum entsteht. Ziel dieses Netzwerkes ist es, verschiedene Initiativen, Kreative und Künstler aus allen Lebensbereichen zusammenzubringen und gemeinsame Räume für diese Initiativen zu schaffen. Die Initiative zielt auf Bürgerbeteiligung und hat inzwischen erreicht, dass ein entsprechendes Konzept für die zukünftige Nutzung der Alten Feuerwache entwickelt wird.

Im Robert-Bosch-Werk Blaichach in Immenstadt führen seit 2011 Auszubildende im zweiten Lehrjahr in Projektteams eigenständig ehrenamtliche Projekte durch. 2017 wurde die Initiative auf alle Mitarbeiter ausgeweitet. Das Unternehmen unterstützt die Projekte dabei auch finanziell und will nun die Initiative auf Partnerfirmen und Netzwerkkontakte ausweiten.

Der Verein Schaffenburg bietet mit seiner Werkstatt eine so-

ziale Plattform für nachhaltige Technik. Naturwissenschaftlich interessierte Menschen finden hier ein breites Themenspektrum, in dem sie sich gemeinsam mit anderen verwirklichen können. Der Verein arbeitet mit dem Ziel einer generationenübergreifenden technisch-kulturellen Bildung mit Inklusion von Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Menschen. Deshalb hat er sich auch mit anderen Einrichtungen wie Jugendzentrum oder Mehrgenerationenhaus vernetzt.

Schülermitverantwortung

Die Schülermitverantwortung (SMV) des Erasmus-Grasser-Gymnasiums in München hat das Projekt „Schule als Staat“ als Schülerinitiative an ihrer Schule bereits zweimal überaus erfolgreich durchgeführt. In einem einwöchigen Planspiel wurde jeweils eine bestimmte Staatsform mit allen Institutionen nachgespielt. Den Schülern kommt es darauf an, durch das „Erleben“ anderer Staatsformen die Vorteile einer Demokratie sichtbar zu machen und so auch die Partizipation im eigenen Staat zu fördern.

Mit Preisen in der Kategorie „Ideen“ werden das Projekt „Demenzverzögerer ‚Woäßt as no?“ des Treffpunkts Ehrenamt im Landkreis Cham (Oberpfalz) und die Initiative „Talente vermehren“ des Freiwilligenzentrums „mach mit!“ des Caritasverbandes im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim (Mittelfranken) ebenso bedacht wie die „Junior Demenzbegleiter“ des Malteser Hilfsdienstes e.V. im Bezirk Oberbayern, „Schwimmen lernen für Alle“ der Stiftung Deutschland schwimmt in Nürnberg (Mittelfranken) sowie „Digitalisierte Prozesse im Sportverein“ des Sportvereins K.F.F. Mettenheim im Landkreis Mühldorf (Oberbayern).

Ehrenamt koordinieren

Der „Treffpunkt Ehrenamt“, Koordinierungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Cham, hat die Idee für ein präventives Projekt im Bereich Demenz entwickelt. Hintergrund ist, dass laut einer Studie Demenz hinausgezögert werden könne, wenn man sich mit den Risikogruppen frühzeitig beschäftigt und zum Beispiel deren kognitive Fähigkeiten kontinuierlich fördert und trainiert. Ehrenamtliche des Landkreises sollen entsprechend geschult werden und sich dann um die Senioren kümmern. Der „Treffpunkt Ehrenamt“ plant, das Projekt „Demenzverzögerer“ mit anderen Akteuren, wie etwa Gemeinden und deren Seniorenvertretungen, Kirchengemeinden und der Gesundheitsakademie Ostbayern, auf den Weg zu bringen.

Freiwillige begeistern

Das Freiwilligenzentrum „mach mit!“ im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim möchte mit Schülerinnen und Schülern ein Experiment starten, das das biblische Gleichnis vom Vermehren der anvertrauten Talente als Grundidee hat. Das Projekt wird mit einer Schulklassen im Unterricht geplant und in der Freizeit in Kleingruppen praktisch durchgeführt. Die Schü-

ler sollen eigenständig mit einem Startkapital von 20 Euro ehrenamtlich aktiv und produktiv werden. Das vermehrte Geld aus den entstandenen Aktionen wird am Ende wieder einem guten Zweck zugeführt.

Im gemeinsamen Projekt der Malteser Jugend und des Demenzreferats des Malteser Hilfsdienstes e.V. im Bezirk Oberbayern sollen demenziell erkrankte Menschen von Jugendlichen begleitet werden. Die jungen Menschen werden durch entsprechende Schulungen für das Thema Demenz sensibilisiert. Ziel des Projekts ist es, den demenziell veränderten Menschen durch das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen Anteil am gesellschaftlichen Leben zu schenken.

Inklusionsprojekte

Mit dem Inklusionsprojekt „Schwimmen lernen für Alle“ sollen Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung zu Schwimmlehrern ausgebildet werden. Nach einer entsprechend zertifizierten Ausbildung können Menschen mit Behinderung als Assistenzschwimmlehrer tätig werden.

Der Sportverein K.F.F. Mettenheim im Landkreis Mühldorf hat seit zwei Jahren eine interaktive Managementsystem-Software implementiert. Mit diesem Tool werden etwa Protokolle und Aufgaben digital organisiert. Gleichzeitig analysiert der Verein damit auch Stärken und Schwächen, entwickelt seine Strategie für die Ausrichtung des Vereins und plant anhand von Fakten. Nun will der Verein mit einem Workflow-Generator die Prozesse im Verein weiter digitalisieren, optimieren und verschlanken. **DK**

Jugendherbergen in Bayern:

Rettung dank gelebter Solidarität

Unverzichtbare Orte der Begegnung

Der Landesverband Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk kann nach wochenlangem Zittern ein wenig aufatmen: Das „Sonderprogramm Soziales“ verschafft den Jugendherbergen die nötige Liquidität, um den Betrieb Ende Mai teilweise wieder aufnehmen zu können. Der Dank des DJH dafür geht vor allem an das Bayerische Sozialministerium.

Mit der Allgemeinverfügung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege musste der Betrieb aller Jugendherbergen zum 18. März 2020 vollständig eingestellt werden, um Gäste und Mitarbeiter vor Ansteckung mit dem Corona-Virus zu schützen. Damit konnten über Nacht keinerlei Umsätze zu Erlöse generiert werden. Die Liquidität der 58 Jugendherbergen in Bayern sank binnen weniger Wochen dramatisch ab und es drohte die Insolvenz des Landesverbands.

Es drohte das Aus

Klaus Umbach, Präsident des Bayerischen Jugendherbergswerks: „Das Szenario der vollständigen Pulverisierung der Jugendherbergsbewegung in Bayern und in ganz Deutschland schien zwischenzeitlich unabwendbar. Eine Katastrophe sowohl für unsere Mitarbeiter*innen als auch für die Bildungsinfrastruktur im Freistaat. Denn die Jugendherbergen sind seit jeher ein essentieller Teil der außerschulischen Jugendbildung. Umso mehr sind wir erleichtert und glücklich, dass durch das pragmatische Zusammenwirken verschiedener Ressorts innerhalb der Bayerischen Staatsregierung das unmittelbar bevorstehende Ende einer fast 100 Jahre bewährten Struktur verhindert werden konnte.“

Liebe Leserinnen und Leser,

noch Anfang dieses Jahres konnte sich vermutlich kaum jemand vorstellen, dass nur wenige Monate später ein Krankheitserreger nahezu die ganze Welt fest im Griff haben würde. Binnen kürzester Zeit wurde unser Leben – das Privat- wie das Arbeitsleben – gründlich auf den Kopf gestellt. Ausgangsbeschränkungen, geschlossene Schulen, Geschäfte und Freizeiteinrichtungen – nichts war so – und ist es teilweise noch immer – wie wir es aus den vergangenen Jahrzehnten gewohnt waren.

Auch der Behördenalltag wurde innerhalb weniger Tage massiv umgekrempelt. Gesundheitsämter mussten personell verstärkt und zum Teil organisatorisch neu aufgestellt werden, aber auch ein Großteil der restlichen Ver-

Die Pandemie beschleunigt auch positive Prozesse

waltung – sowohl in den Landratsämtern als auch in Gemeinde- und Stadtverwaltungen – bekommt die Auswirkungen der Pandemie in der täglichen Arbeit zu spüren. Gleiches gilt für die Bürgerinnen und Bürger, die die Dienstleistungen der Ämter in Anspruch nehmen wollen.

In der Anfangszeit wurde der Parteiverkehr in vielen Behörden erst einmal drastisch heruntergefahren, Vorsprachen waren vielfach nur mit vorheriger Anmeldung möglich, persönliche Kontakte wurden größtenteils auf Telefon und elektronische Wege verlegt.

Auch die finanziellen Folgen der Pandemie machen sich in den Behörden mittlerweile massiv bemerkbar; denn wer hatte schon solch große Summen für die Beschaffung von Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln für die Ausstattung von Test- und Behandlungszentren, die Einrichtung von Quarantäneunterkün-



KOLUMNE
Christoph Göbel

ten für Geflüchtete und vieles mehr im Blick, als im vergangenen Jahr der Haushalt aufgestellt wurde? Und wenn die unmittelbaren Ausgaben heute vielleicht noch irgendwie bezahlbar erscheinen, spätestens mit dem zu erwartenden Einbruch der Gewerbesteuer-einnahmen bekommen Kommunen und zeitversetzt die Landkreise die Auswirkungen der Corona-Krise finanziell noch schmerzlich zu spüren.

Aber in allem Schlechten liegt auch immer etwas Gutes. Wer bisher daran zweifelte, dass ein Großteil der Aufgaben auch im Homeoffice erledigt werden kann, ist spätestens jetzt eines Besseren belehrt worden. Wie viele andere Verwaltungen und Unternehmen haben auch wir im Landratsamt München innerhalb weniger Tage die Homeoffice-Quote drastisch erhöht.

Natürlich ist in vielen Arbeitsbereichen der unmittelbare persönliche Kontakt wichtig, vielfach auch unerlässlich, in anderen Bereichen funktioniert die Kundenbetreuung aber mindestens genauso gut per Telefon und E-Mail. Das birgt viele Chancen, zum Beispiel für Beschäftigte, die aus ihrer familiären Situation heraus nicht so oft ins Büro fahren können und deshalb deutlich weniger arbeiten als sie könnten und möchten. Auch für die gerade im städtischen Umfeld immer knapper werdende Ressource Raum ist es ein echter Gewinn, wenn auch nach überstandener Pandemie mehr vom Schreibtisch daheim gearbeitet wird. Ebenso können die Umwelt und die überlasteten Verkehrssysteme merklich entlastet werden, wenn Arbeitsort- und Arbeitszeit flexibler genutzt werden.

Und nicht zuletzt wirkt sich die Situation – so zumindest mein Gefühl – positiv auf den Zusammenhalt in den Verwaltungen aus. Retten wir also die positiven Auswirkungen dieser ansonsten wenig erfreulichen Situation mit in die Zukunft. Dann können wir auch gestärkt daraus hervorgehen.

**Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr Christoph Göbel**

*Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München*

Gesundheitsministerin Huml:

Neue App für Pollen-Allergiker

Polleninformationsnetzwerk ePIN läuft erfolgreich

Pollen-Allergiker können sich in Bayern ab sofort mit einer neuen App über die aktuelle Pollenflug-Lage informieren. Darauf hat Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hingewiesen. Huml unterstrich: „Betroffene können jetzt auch unterwegs die Einnahme von Medikamenten leicht steuern. Das ist ein wichtiger Fortschritt!“

Das bayerische Polleninformationsnetzwerk ePIN war vor genau einem Jahr gestartet. Die Ministerin erläuterte: „Seit dem 22. Mai 2019 misst ePIN mit Hilfe von acht elektronischen Pollenmonitoren die Pollenbelastung in Bayern standort- und pollenspezifisch. Aktuelle Daten zum Pollenflug in Bayern können Pollenallergiker und Asthmatiker online über die Webseiten www.epin.bayern.de und www.pollenflug.bayern.de abrufen. Die Daten werden alle drei Stunden aktualisiert.“ Im Verlauf des Monats Mai konnten bislang über 10.000 Zugriffe auf die ePIN-Website verzeichnet werden.

Huml fügte hinzu: „Wer weiß, welche Pollen wann und wo fliegen, kann wichtige Vorsorgemaßnahmen ergreifen und auch seine Medikamente zielgenau einnehmen.“

Informationen:

Die ePIN App steht im Google PlayStore (<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.bayern.lgl.epin.android>) und im Apple AppStore (<https://apps.apple.com/de/app/epin-pollenflug-bayern/id1497523553>) kostenfrei zum Download zur Verfügung. **□**

des Lernens und des demokratischen Zusammenlebens sind. Jugendherbergen sind in der Tat sozial relevant. Herzlichen Dank an alle, die zur Rettung der Jugendherbergen in Bayern beigetragen haben.“

Sonderprogramm Soziales

Der Landesverband Bayern hat am 19. Mai 2020 den Antrag für einen Zuschuss aus dem „Sonderprogramm Soziales“ beim zuständigen „Zentrum Bayern Familie und Soziales“ (ZBFS) gestellt. Die Auszahlung soll nach Prüfung zügig erfolgen und die Zahlungsfähigkeit des Landesverbands Bayern bis Ende 2020 sichern.

Es bleiben massive Herausforderungen

Gleichzeitig stehen die Jugendherbergen weiter vor massiven Herausforderungen: Bis zum Ende des Schuljahrs sind alle Klassenfahrten untersagt. Die Belegung mit Schulklassen in der Zeit nach den Sommerferien ist unsicher. Sport- und Musikgruppen werden aufgrund der weiter geltenden Reisebeschränkungen ebenfalls als Gäste weitgehend ausfallen. Klaus Umbach: „Wir rechnen damit, dass 2020 und 2021 wirtschaftlich gesehen zwei extrem schwierige Jahre werden, in denen es gilt, die Überlebensfähigkeit unserer Häuser aus eigener Kraft zu sichern. Die Krise ist noch nicht vorüber – ich bin aber verhalten optimistisch, dass der Landesverband diese Herausforderungen meistern kann.“ **□**

Geteiltes Echo ...

(Fortsetzung von Seite 1)
die Ertüchtigung der Schulgebäude, sowie die Digitalisierung und in vielen Regionen auch für den verlässlichen Mobilfunkausbau. „Wenn Altschulden Einzelner getilgt werden, bleibt für Zukunftsinvestitionen nichts mehr im Topf. Darüber hinaus brauchen wir dringend Hilfe bei den zu erwartenden Mehrkosten bei Hartz IV.“

Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, hoch verschuldete Städte durch die Übernahme kommunaler Kassenkredite durch den Bund zu unterstützen, ist nach Bernreitters Angaben nicht neu. Bereits 2019 seien die bayerischen Landrätinnen und Landräte dagegen auf die Barrikaden gegangen, weil der Bund dadurch all diejenigen Bundesländer entlasten würde, die ihre Kommunen bisher vernachlässigt haben. „Denn wenn eine Kommune gezwungen ist, sich jahrelang über Kassenkredite zu finanzieren, zeigt das, dass das jeweilige Bundesland den Kommunen dauerhaft zu wenig Geld geben und deren Finanzen zu lasch beaufsichtigt hat.“

„In dieser Wirtschaftskrise braucht man dringend Investitionskraft auf kommunaler Ebene“, hob dagegen der Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie des DStGB, Dr. Uwe Brandl, hervor. Das gehe nur dann, wenn man gemeinsam die Einnahmeausfälle kompensiere und eine Perspektive für künftige Investitionssicherheit schaffe.

Die Entscheidung des Bundes, unter anderem den Einnahmeausfall im Bereich der Gewerbesteuer für alle Kommunen zu kompensieren, ist aus Brandls Sicht ein „Befreiungsschlag, weil

man auf diese Art und Weise natürlich das Haushaltsjahr 2020 relativ sicher abwickeln kann“. Er bezeichnete es als „ein Gebot der Solidarität, dafür zu sorgen, dass wir in zwei bis drei Jahren in der Lage sind, eine kommunale Landschaft zu haben, die aus voller Kraft investieren und die Altschuldenlast hinter sich lassen kann – unter Berücksichtigung harter Auflagen“.

Entschuldungs-Programm und kluge Investitionen

Auch in Bayern gebe es Kommunen, die davon profitieren könnten. Jetzt gehe es darum, im Detail darüber zu verhandeln, wie unter anderem ein Entschuldungs-Programm aussehen könne, und kluge Investitionen zu tätigen, damit die Wirtschaft schnell wieder eine Eigendynamik entfalte und Staatshilfen nicht mehr erforderlich seien.

Auch vom Bayerischen Städtetag wird der Vorschlag des Bundesfinanzministers, einen Rettungsschirm für Kommunen zu spannen und ihre Ausfälle bei der Gewerbesteuer gemeinsam mit den Ländern zu kompensieren, sehr begrüßt. Wie Verbandsvorsitzender Dr. Kurt Gribl erläuterte, „ist es aber wenig zielführend, die Altschuldenproblematik mit dem Rettungsschirm für Kommunen zu verknüpfen. Das seit einigen Jahren diskutierte Problem der Altschulden trifft hoch verschuldete Kommunen in einigen Bundesländern. Die finanziellen Folgen der aktuellen Corona-Pandemie treffen alle Kommunen. Alle Kommunen kämpfen mit wegbrechenden Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden

Ausgaben zur Bewältigung der Krise. Man sollte beide Probleme nicht vermengen, sondern gesondert lösen.“

Der sich jetzt abzeichnende Dissens von Bundesfinanzminister Olaf Scholz mit den Bundesländern verhindere eine nötige rasche pragmatische Lösung. Gribl: „Denn letztlich sind sich alle Beteiligten von Bund, Ländern und Kommunen einig, dass es einen Rettungsschirm für Kommunen braucht. Kommunen müssen trotz der drohenden angespannten Finanzsituation in der Lage bleiben, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge unverändert zuverlässig zu erfüllen. Und: Die Kommunen sind als Auftraggeber für Investitionen wichtige Impulsgeber für die Wirtschaft – dies wird besonders wichtig, wenn der stockende Konjunktur-Motor wieder in Schwung gebracht werden soll.“

Reibungsloses Krisenmanagements

Bund, Freistaat und Kommunen hätten gemeinsam die Folgen der Corona-Pandemie bislang sehr gut in den Griff bekommen. Dank eines reibungslosen Krisenmanagements konnten die Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur und die Verwaltungen wie gewohnt zuverlässig funktionieren. Feuerwehren, Katastrophenschutz, Krankenhäuser, Rettungsdienste, Pflegeeinrichtungen, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Müllabfuhr und Nahverkehr leisteten ihren täglichen Beitrag, um das Land am Laufen zu halten. Gribl zufolge haben alle Beteiligten im Schulterschluss eine gute Leistung erbracht, die sie jetzt nicht mit Streitereien um die Finanzierung in ein schlechtes Licht rücken sollten. **DK**

Aus Corona lernen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Die CSU tritt dafür ein, ein mehrjähriges Belastungsmoratorium für Deutschland zu verhängen – mit einer wirksamen Sozialabgabenbremse, um die Sozialabgaben unter 40 % zu halten, mit einer Energiekostenbremse, indem u.a. die EEG-Umlage gesenkt und gedeckelt und ein Gewerbestrompreis eingeführt wird, und mit einer Bürokratiebremse, die den Erfüllungsaufwand für neue Vorschriften begrenzt und gerade den Mittelstand von unnötiger Bürokratie entlastet.

Kaufanreize für Bürger

Zudem will man mit CDU und SPD über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags neu verhandeln. Um die Binnenanfrage zu steigern, empfiehlt der Leit-antrag dafür aber mehr Kaufanreize für alle Bürger, etwa in Form von Reisegutscheinen für Übernachtungen in Deutschland. Der Autoindustrie müsse ebenfalls mit Kaufprämien für umweltfreundliche Fahrzeuge gezielt geholfen werden.

Mit einem staatlichen Investitionsförderprogramm sollen Infrastrukturprojekte vorgezogen werden: neue Straßen und Schienen, moderne Schulen und Universitäten, energetisch sanierte Gebäude sowie ultraschnelle Internet- und Mobilfunkfunkverbindungen. Massiv will die CSU besonders den 5G-Ausbau beschleunigen und bis 2025 ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland aufbauen. Dafür soll eine neue Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes mit fünf Milliarden Euro ausgerüstet werden.

„So fördern wir insgesamt das Handwerk und die Bauwirtschaft. Gleichzeitig leisten wir einen Beitrag zur Entwicklung

des ländlichen Raums“, heißt es weiter. Die CSU bleibe verlässlicher Partner der Kommunen und bekenne sich zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. „Wir wollen kein Land unterschiedlicher Geschwindigkeiten, sondern gemeinsamen Fortschritt. Damit all das gelingt, müssen wir Investitionsstau am Schreibtisch verhindern. Wir beschleunigen Planungsprozesse und verkürzen Verfahren, wo immer es möglich ist.“

High-Tech-Agenda

Für das „nächste Wirtschaftswunder“ muss laut Antrag auch im Bereich der Zukunftstechnologien – also etwa bei Robotik und künstlicher Intelligenz – mehr passieren. Auf Bundesebene müsse eine High-Tech-Agenda initiiert werden, in Bayern solle die bestehende Hightech-Agenda „beschleunigt“ werden. Frisches Kapital und erhöhte steuerliche Forschungszulagen sorgten für mehr Innovationen. Trotz der Krise dürfe der Klimaschutz aber nicht vernachlässigt werden.

Darüber hinaus müsse die Digitalisierung weiter vorange-

bracht werden. Jede Schule soll nach Ansicht der CSU mit den zusätzlichen Mitteln des Digitalfonds dafür eine digitale Grundausstattung bekommen. Zudem seien eine digitale duale Weiterbildungsoffensive und zum Bürokratieabbau auch ein Digital-TÜV erforderlich.

Um künftig besser auf Krisen vorbereitet zu sein, fordert die CSU außerdem eine Notfallreserve an Intensivbetten, lebensnotwendigen Medikamenten und Infektionsschutzmaterialien. Pflegekräfte sollen besser bezahlt, Lebensmittel, medizinische und pharmazeutische Produkte wieder verstärkt hierzulande produziert werden. Nötigenfalls müssen Pharmaunternehmen auch verpflichtet werden, von wichtigen Produkten mindestens eine Variante in Europa zu produzieren.

Keine europäische Schuldenunion

Apropos Europa: „Wir sind bereit, unseren Beitrag zu einem europäischen Wiederaufbau nach Corona zu leisten. Die bereitgestellten Mittel müssen allerdings gezielt in Bereiche fließen, die Europa fit für die Zukunft machen – und nicht in eine europäische Schuldenunion. Alle Hilfen müssen ökonomisch sinnvoll und vernünftig bleiben. Deutschland darf nicht selbst zu einem Sanierungsfall werden“, warnt Markus Söder.

Das von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene 500-Milliarden-Hilfsprogramm zum Auffangen von Finanzengpässen durch die Corona-Krise in der EU hält der Parteivorsitzende für vertretbar: „Das ist eine große Herausforderung. Für uns als Exportnation ist aber klar: Unsere Wirtschaft funktioniert nur dann, wenn Europa als Ganzes wieder funktioniert.“ **DK**

Lokale Bündnisse ...

(Fortsetzung von Seite 1)
des sozialen Lernens. Er warnte davor, davon auszugehen, dass Kinder während der Schulschließung zuhause Versäumnisse aufgeholt hätten. Kinder und Eltern dürften mit dem Schulbeginn nicht überfordert werden. Deshalb sei es wichtig, Kommunikationswege für Kinder und Jugendliche zu schaffen, wie die Einrichtung von Sorgentelefonen und Online-Chats. Aber auch Jugendzentren müssten unter entsprechenden Auflagen wieder öffnen. „Junge Menschen brauchen einen sicheren Ort. Wenn sie den zuhause nicht haben, verlieren wir sie sonst“, gab er zu Bedenken.

Appelle an Kommunen

Tönjes appellierte an lokale Bündnisse in den Kommunen, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen. „Wir müssen dazu alle lokalen Ressourcen zusammenführen, indem Entscheidungsträger vor Ort an einen Tisch kommen“, empfahl er. Die Beteiligten müssten dabei langfristig und vor allem unbürokratisch vorgehen, wie personelle und räumliche Ressourcen verteilt werden könnten. So müsse eine Kinderbetreuung vielleicht auch in einer Volkshochschule in Betracht gezogen werden. Die Verantwortung für den Erfolg läge aber vor allem bei den Landes- und Kommunalpolitikern. „Es ist die Aufgabe der Politik, dieses unbürokratische Vorhaben als politischen Willen zu formulieren und in die Fläche zu bringen. Nur dann merken die Menschen, dass das auch politisch gewollt ist“, sagte er.

Hilfsbedürftige identifizieren

Dr. Nina Sellerer, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, machte darauf aufmerksam, dass ein entscheidendes Problem in der Krise darin liege, Familien überhaupt erst ausfindig zu machen, in denen es keine „Elternkompetenz“ gebe. Diese müssten gezielt – beispielsweise von Betreuern in den Kindertagesstätten – angesprochen werden und aktiv eine Notbetreuung angeboten bekommen. „Ich appelliere daher ausdrücklich an die Kitas, aktiv zu entscheiden, welche Kinder eine besondere Betreuung benötigen“, sagte sie.

Prof. Dr. Volker Mall, TU München, kbo-Klinikzentrum, stellte fest, dass vor allem Famili-

en betroffen seien, die auch sonst im Abseits stehen würden und benachteiligt seien. So habe das Klinikzentrum beispielsweise die Telefon-Sprechzeiten für Familien mit Schreibabys auf die komplette Woche ausgeweitet, zumal fünfmal so viele Anrufe wie in normalen Zeiten bei den Mitarbeitern eingingen. Seine Botschaft lautete: „Die Belastung für Eltern wird in den kommenden Monaten weiter zunehmen, während die Kompensation erheblich abnimmt. Deshalb müssen wir Telefonseelsorge und auch die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern weiterverfolgen und verstärkt Notfallsprechstunden einrichten.“ Denn vor allem die psychosoziale Situation von Eltern mit prekärer Hintergrund verschlechterte sich in Krisenzeiten und wirkte sich negativ auf Kleinstkinder aus.

Engere Vernetzung

Die Forderung von Julika Sandt (FDP) zu einem Monitoring zur psychischen Gesundheit mit Fokus auf die Auswirkungen von Isolation unterstützte Mall. Am Klinikum seien dazu Arbeitsgruppen gegründet worden, denn vor allem zu Kindern, die jünger als 14 Jahre seien, gebe es aktuell noch zu wenige Studien. Die Sorge von Katrin Ebner-Steiner (AfD) welche Auswirkungen die Maskenpflicht auf Säuglinge während der Geburt habe, konnte er entkräften. Auch wenn es eine Belastung für die Mutter sei, werde das Kind dadurch nicht traumatisiert. Sylvia Stierstorfer (CSU) betonte, wie wichtig eine noch engere Vernetzung und Ergänzung der bestehenden Strukturen sei. Mall erläuterte dazu die Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium. „Wir entwickeln derzeit ein Konzept, das in den Kinderpraxen ansetzt. Sie sind die einzigen Einrichtungen, in denen Ärzte Kinder im ersten Lebensjahr mehrfach sehen“, erklärte er. Stellten sie einen besonderen Betreuungsbedarf fest, könnten sie diesen direkt an die entsprechenden Partner weitergeben, wie beispielsweise das Jugendamt.

Vorteil: Online-Lernmethoden

Siegmund Hammel, Leiter des Jugendamtes im Landkreis Eichstätt, ist mit den Mitarbeitern der Jugendämter und Trägern von Einrichtungen bayernweit

per Videokonferenz in engem Austausch. Gemeinsam erproben sie neben schichtweisen Arbeitsmodi auch Modelle, um Heimbefuche zu ermöglichen. Er konnte auch Vorteile in der Krise ausmachen. „Bestimmte Online-Lernmethoden motivieren einige Jugendliche deutlich mehr als klassische Präsenz im Unterricht“, sagte er. Wichtig sei, differenziert auf die Situation von Familien zu schauen, da sie sehr unterschiedlich mit der Krise umgingen. Einige kommen mit der Selbstorganisation und dem gesunkenen schulischen Druck besser zurecht als andere. Die Betreuung müsse daran angepasst werden. Auch Notfalllisten müsse es geben, die dokumentieren, wo Hausbesuche oder ein täglicher Kontakt per Videoschaltbe unbedingt nötig seien. Er bedauerte, dass beispielsweise nicht an allen Grundschulen Sozialarbeiter seien. Sie könnten den Zugang zu Kindern erleichtern.

Notbetreuung sicherstellen

Thomas Huber (CSU, stellvertretender Ausschussvorsitzender), machte deutlich, dass fraktionsübergreifender Konsens darüber herrsche, dass entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Das zeigten beispielsweise die Corona-Sonderregelungen sowie die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. „Unsere Aufgabe besteht jetzt vor allem darin, Familien ohne Elternkompetenz stärker in den Blick zu nehmen“, kündigte er an. Mall verwies auch auf Risikogruppen, wie zum Beispiel Eltern mit autistischen Kindern. Der Grünen-Abgeordnete Johannes Becher kritisierte, dass bei der Notbetreuung als Abgrenzungskriterium nicht der Beruf der Eltern gelten dürfe, sondern die jeweilige Situation der Familie beurteilt werden müsse. „Es geht nicht darum, ob jemand systemrelevant ist, sondern ob er in der Lage ist, sich selbst zu organisieren“, sagte er. Prof. Dr. Fabienne Becker-Stoll, Direktorin des Staatsinstitut für Frühpädagogik erwartet für die kommenden Monate, dass die Menschen auch wieder verstärkt in die Praxen kommen, was auch wegen anstehender Impfungen wichtig sei. Keiner dürfe dabei aus Angst, sich beim Arzt anzustecken, krank zuhause bleiben. Vorsitzende Rauscher pflichtete ihr bei, dass es auch Aufgabe der Politik sei, angstfreies Verhalten im Alltag zu fördern: „Wir dürfen uns nicht von der Angst regieren lassen.“ **red**

Internationaler Museumstag – digital:

Museen für Vielfalt und Inklusion

Trotz der Corona-Pandemie fand der Internationale Museumstag 2020 statt. Mehr als 70 Museen im Land waren unter Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln für Besucher geöffnet. Insgesamt 700 Museen gestalteten digitale Programme. Unter dem Motto „Museen für Vielfalt und Inklusion“ fand der Museumstag in Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Museumsbund, ICOM Deutschland und den Einrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe statt und wurde in enger Kooperation mit den regionalen Museumsverbänden umgesetzt.

In Bayern präsentierten sich Museen unter dem Aktions-Hashtag #MuseenEntdecken auf den Social Media Plattformen, Instagram, Facebook, Twitter oder YouTube, und der eigenen Webseite mit verschiedensten Formaten. Live-Führungen (Livestreaming), 360° Rundgänge, interaktive Ausstellungen, Quizspiele, Podcasts oder Video-Beiträge machten den Museumstag trotz der Einschränkungen zum Erlebnis.

Live-Rundgänge bot beispielsweise die KZ-Gedenkstätte Dachau auf ihrer Facebook-Seite an. Die Rundgänge wurden simultan von einer Dolmetscherin in Gebärdensprache übersetzt. Das Porzellanikon – Staatliches

Museum für Porzellan in Hohenberg an der Eger/Selb warf auf Youtube einen Blick ins Depot. Weiterhin standen Expertengespräche mit den Kuratoren auf der Agenda. Die Kunst galerie fürth lud Kinder ab acht Jahren zu einem digitalen LiveWorkshop ein, während das Museum Bayerisches Vogtland virtuellen Besuchern am Museumstag 360°-Panorama-Ansichten des Museums zeigte. Im Museum Quintana in Künzing wiederum begleitete Museumsleiter Dr. Roman Weindl die Besucher in einer mehrteiligen Online-Führung durch das Gebäude.

Der Infopoint Museen & Schlösser in Bayern beteiligte sich seinerseits mit einem

digitalen Quiz auf seinem Instagram-Account, das durch die bayerische Museumslandschaft sowie die Ausstellung Münchner Kaiserburg im Alten Hof führte. Auf dem Blog Museumspärl (www.museumspärl.de) des Infopoints waren zudem interessante digitale Angebote der Museen in Bayern zusammengestellt.

Kreativität durch Corona

„Wir müssen die bestehenden Strukturen in Kunst und Kultur erhalten und unterstützen“, unterstrich Bayerns Kunstminister Bernd Sibler gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Viele Akteure hätten in der Corona-Krise bislang eine beachtliche Kreativität entwickelt, um ihr Publikum digital zu erreichen und somit einen eigenen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung zu leisten. Mit der Öffnung erster Bibliotheken, Museen oder Ausstellungshäuser seien bereits wichtige Schritte gemacht worden. **DK**

Rain am Lech:

Batteriespeicher am Wasserkraftwerk in Betrieb

Innovatives System sorgt für stabiles Stromnetz

Mit der Inbetriebnahme eines innovativen Hybridsystems aus Wasserkraftanlage und einer Lithium-Ionen-Batterie leisten die Lechwerke einen Beitrag zur Stabilität im Stromnetz: Die LEW Wasserkraft GmbH, eine Tochtergesellschaft der Lechwerke, hat dafür auf dem Gelände des Laufwasserkraftwerks in Rain am Lech einen Hochleistungs-Batteriespeicher installiert und mit der Turbinensteuerung des Kraftwerks gekoppelt. Das Hybridsystem in Rain am Lech ist bayernweit das erste seiner Art.

Bei Bedarf kann die Kraftwerk-Batteriespeicher-Einheit von LEW nun innerhalb von nur 30 Sekunden zusätzlichen Strom in das Netz einspeisen. Ebenso schnell reagiert das Hybridsystem bei Stromüberschuss – beispielsweise, wenn energieintensive Industrieprozesse unvermittelt abgeschaltet werden müssen oder bei unerwartet starker Sonneneinstrahlung auf die PV-Anlagen in der Region. In diesem Fall kann das System Strom aus dem Netz aufnehmen und in der Batterie speichern. Reicht die Batteriekapazität allein nicht aus, um die Netzfrequenz zu stabilisieren, kann die intelligente Steuerung des Hybridsystems zusätzlich die Stromerzeugung der Wasserkraftturbinen je nach Bedarf kurzzeitig drosseln oder erhöhen.

Diese sogenannte Primärregelleistung kann das Hybridsystem des Wasserkraftwerks Rain am Lech mindestens 15 Minuten lang ohne Unterbrechung bereitstellen und so einen Beitrag dazu leisten, Frequenzschwankungen im europäischen Stromverbundnetz kurzfristig auszugleichen. Das LEW-System übernimmt im Stromnetz damit die Funktion eines Ersthelfers, bis andere Energieerzeuger ihre Einspeiseleistung an den aktuellen Strombedarf der Verbraucher anpassen können.

Hybridsystem in Rain ist bayernweit einmalig

„Das Hybridsystem in Rain am Lech ist bayernweit das erste seiner Art. Die Lechwerke übernehmen damit eine Vorreiterrolle bei der Bereitstellung von Primärregelleistung in Verbindung mit regenerativem Strom aus Wasserkraft“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. Mit dieser Primärregelkapazität beteiligt sich LEW an den Ausschreibungen am Regelleistungsmarkt der deutschen Übertragungsnetzbetreiber.

„Der Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen ist in der Region bereits sehr hoch. Weil der Stromertrag aus Sonne und Wind aber laufend schwankt, kann das die Frequenzhaltung im

europäischen Stromverbundnetz beeinträchtigen. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch vor Ort einen Beitrag zur Stabilisierung des Netzes leisten“, sagt Schürmann. „Unser Hybridsystem im Wasserkraftwerk Rain am Lech ermöglicht uns, die dafür benötigte Primärregelleistung schnell und flexibel bereitzustellen – und das aus erneuerbaren Energien.“

Regelenergie aus Wasserkraft

Grundsätzlich ist jedes Laufwasserkraftwerk technisch dazu in der Lage, Schwankungen im Stromangebot des Netzes auszugleichen. Durch Anpassung des Turbinendurchflusses lässt sich die Stromerzeugung jederzeit kurzfristig verringern oder erhöhen. Dank dieser Flexibilität leisten die von LEW betriebenen Wasserkraftwerke seit Jahren einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Stromversorgung: Im Bereich der Sekundärregelung und der Tertiärregelung (Minutenreserve).

Bei der Sekundärregelung wird die Kraftwerksleistung innerhalb von fünf Minuten so angepasst, dass dieses je nach Zustand des Netzes mehr oder weniger Strom einspeist. Bei der Tertiärregelung stehen dafür sogar fünfzehn Minuten Zeit zur Verfügung. Leistungsanbieter im Bereich der Primärregelung dagegen müssen auf Netzschwankungen innerhalb von 30 Sekunden reagieren und das variabel in sehr kurzen Zeitabständen. Wollte man dies ausschließlich mit den technischen Möglichkeiten eines Wasserkraftwerks erreichen, müsste die Steuerung des Kraftwerks seine Leistung immer wieder und schnell anpassen. Entsprechend hoch wäre der Verschleiß der Mechanik an den Turbinen.

Genau hier setzt LEW mit der neuen Lösung an: Dank des von LEW entwickelten Hybridkonzepts kann das Wasserkraftwerk in Rain am Lech nun auch Primärregelleistung liefern, ohne die nachhaltige Funktionsfähigkeit des Kraftwerks zu gefährden. Die an das Kraftwerk gekoppelte Lithium-Ionen-Batterie mit einer Kapazität von mehr als 1.600 Kilowattstunden wird mit dem Strom aus den

der Primärregelleistung kann allein durch den Batteriespeicher erbracht werden. Eingriffe in die Turbinensteuerung und der damit verbundene Verschleiß der mechanischen Kraftwerkskomponenten werden weitgehend vermieden.“

Anbindung weiterer Stromerzeugungsanlagen

Die Kopplung von Batteriespeicher und Laufwasserkraftwerk in Rain am Lech ermöglicht aktuell eine Primärregelleistung von maximal drei Megawatt. Die LEW-Systeme zur Steuerung und Vermarktung der Primärregelleistung sind bereits darauf ausgelegt, weitere Erzeugungsanlagen in der Region integrieren zu können.

Die Anbindung der LEW-Wasserkraftwerke in Ellgau, Oberpeiching und Feldheim an den vorhandenen Batteriespeicher in Rain am Lech ist bereits in Vorbereitung. Mit Anschluss jedes weiteren Wasserkraftwerks kann LEW die am Ausschreibungsmarkt angebotene Primärregelleistung um ein weiteres MW erhöhen. Zusätzlich bietet LEW auch externen Kunden die Möglichkeit, geeignete Stromerzeugungsanlagen in das LEW-Hybridsystem zu integrieren. Kommunen und Unterneh-



Die an das Kraftwerk gekoppelte Lithium-Ionen-Batterie wird mit dem Strom aus den Wasserkraftturbinen des Kraftwerks Rain am Lech gespeist. Sie hat eine Kapazität von mehr als 1.600 Kilowattstunden und ermöglicht aktuell eine Primärregelleistung von maximal drei Megawatt. Bild: LEW Wasserkraft GmbH

men könnten dadurch beispielsweise mit einem Heizkraftwerk, einem Blockheizkraftwerk oder einer Biogasanlage am Markt für Primärregelleistung teilnehmen und entsprechende Zusatzerlöse erzielen.

Das Kraftwerk Rain gehört zu den vier leistungsstarken Lechkraftwerken der Rhein-Main-Donau GmbH (RMD) vor der Mündung des Lechs in die Donau. Die Wasserkraftwerke Ellgau, Ober-

peiching, Rain und Feldheim erzeugen jährlich etwa 220 Millionen Kilowattstunden Strom aus erneuerbarer Energie. Mit dieser Menge können mehr als 80.000 Haushalte das ganze Jahr über mit elektrischer Energie versorgt werden. Die vier RMD-Kraftwerke am unteren Lech werden von der LEW Wasserkraft GmbH betrieben und von deren Zentrale in Gersthofen bei Augsburg aus überwacht und gesteuert. □



LEW

Lechwerke

Ladehemmung vermeiden? Mit LEW geht das

Mit dem LEW eLoad-Manager einfach und unbegrenzt am eigenen Stellplatz in Tiefgaragen Strom tanken. Infos unter lew.de/eload oder unter 0800 572 572 9



52-Gigawatt-Deckel fällt

Endlich Planungssicherheit für Betreiber von Photovoltaikanlagen

Die Einigung der Großen Koalition auf konkrete Schritte zum Ökostrom-Ausbau trifft auf Zustimmung des Genossenschaftsverbands Bayern. „Betreiber von Photovoltaikanlagen erhalten durch den Wegfall des 52-Gigawatt-Deckels endlich die notwendige Planungssicherheit“, betonte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Jürgen Gros.

Ohne den Deckel wäre die Förderung für Photovoltaikanlagen ab einer Ausbauleistung von 52 Gigawatt entfallen. Dieser wird voraussichtlich schon in diesem Sommer erreicht sein.

Die Abschaffung des Deckels galt eigentlich als ausgemacht. Im September des vergangenen Jahres hatte die Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2030 eine Streichung der Fördergrenze angekündigt. Trotzdem blieb die Deckelung weiter in Kraft. „Dass es nun so kurz vor Erreichen des Deckels doch noch eine Lösung geben soll, ist zu begrüßen“, sagte Gros. „Die gesetzliche Umsetzung muss nun

aber schleunigst folgen“, mahnte er. Man habe schon viel Zeit verloren.

„Dezentrale Energieprojekte sind für das Gelingen der Energiewende entscheidend. Daher ist die nun erzielte Einigung ein wichtiger Schritt“, ergänzte Gros. „Viele Energiegenossenschaften haben im Vertrauen auf den Wegfall dieses Deckels in die umweltfreundliche Stromerzeugung mit Sonnenenergie investiert. Dieses Engagement stand wegen der ausstehenden Klarheit auf dem Spiel. Jetzt ist es höchste Zeit, die Einigung in Gesetzesform zu gießen“, stellte Gros fest. □

Bundesnetzagentur veröffentlicht Jahresbericht 2019

„Im Energiebereich leisten wir weiter unseren Beitrag zum Gelingen der Energiewende und begleiten den Umbau der Energielandschaft. In den Verfahren zum Ausbau der Stromnetze konnten wir im vergangenen Jahr weitere wichtige Schritte vorankommen“, betonte der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, bei der Vorlage des Jahresberichts 2019.

Die Energiewende schreitet voran. Wie in den zurückliegenden Jahren geht der Anteil konventionell erzeugten Stroms zurück und der Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien steigt. Der Aus- und Umbau der notwendigen Infrastruktur sowie die dafür erforderliche Anpassung regulatorischer Rahmenbedingungen bestimmten die Arbeit der Bundesnetzagentur.

Energiewende schreitet voran

Laut Jahresbericht schwächte sich 2018 der Anteil der Elektrizitätserzeugung aus Erneuerbaren Energien leicht ab. Dennoch erreichte der Anteil von Strom aus Erneuerbaren Energien am inländischen Bruttostromverbrauch mit 37 Prozent einen neuen Höchststand.

2019 gab es beim Ausbau des Stromnetzes deutliche Fortschritte in den Genehmigungsverfahren. Für einzelne Abschnitte der Gleichstromleitungen wurde mit den Planfeststellungsverfahren begonnen. Insgesamt sind rund 7.700 km Ausbau im deutschen Stromnetz geplant. Davon wurden bisher ca. 830 Leitungskilometer genehmigt und 1.300 km realisiert. „Die Kosten für den Erhalt der Systemsicherheit liegen mit 1,4 Mrd. Euro weiterhin

auf einem hohen Niveau. Nur der zügige Ausbau des Stromnetzes wird die Kosten langfristig senken können“, heißt es in dem Bericht.

Die Bundesnetzagentur hat den Netzentwicklungsplan Strom 2019-2030 bestätigt. Dieser umfasst im Vergleich zum geltenden Bundesbedarfsplan knapp 3.600 zusätzliche Trassenkilometer, von denen der Großteil als Verstärkung bereits bestehender Verbindungen geplant ist.

So ist bis 2030 ein zusätzlicher Höchstspannungs-Gleichstromübertragungs-Korridor zwischen Schleswig-Holstein über Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen zu errichten, insbesondere auch um den zusätzlichen auf See und in Norddeutschland erzeugten Strom aus Windenergie zu den südlicher gelegenen Verbrauchszentren zu transportieren.

Erstmals wurde im Netzentwicklungsplan das Ziel der Bundesregierung zu Grunde gelegt, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen. Genehmigt wurden nur die Netzausbaumaßnahmen, die auch nach einem vollständigen Kohleausstieg bis 2038 energiewirtschaftlich notwendig sind. **DK**



In der Netzleitstelle in Neunburg (Foto Archiv) wird der sichere Netzbetrieb koordiniert. Die NABEG-Novelle fordert künftig eine stärkere Zusammenarbeit der Netzbetreiber. Bild: Uwe Moosburger/Bayernwerk

Bayernwerk:

Stromnetzbetreiber koordinieren künftige Zusammenarbeit

Regensburg. Die gemeinsame Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben zum sogenannten Redispatch 2.0 hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) kürzlich bei einem Webinar mit 220 Teilnehmern von Unternehmen, Verbänden und nachgelagerten Netzbetreibern im Bayernwerk-Netzgebiet vorgestellt. Die Novelle des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) bringt grundlegend neue Anforderungen für Verteilnetzbetreiber. Das Gesetz fordert in Zukunft eine Intensivierung der Koordination aller Stromnetzbetreiber in Bayern, um Kosten für Netzsicherheitsmaßnahmen zu reduzieren und die Planbarkeit von Prozessen zu erhöhen.

Von der Gesetzesänderung Redispatch 2.0 sind alle Netzbetreiber gefordert, an deren Stromnetze Erzeugungsanlagen angeschlossen sind. Ab Oktober 2021 müssen auch EEG- und KWKG-Anlagen und Speicher ab einer Nennleistung von 100 kW sowie steuerbare Anlagen auch kleiner 100 kW eingebunden werden. Doch die vermehrte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen beeinflusst zunehmend die Lastflüsse in den Stromnetzen, denn die Anzahl der dezentral und volatil einspeisenden Anlagen erhöht sich kontinuierlich. Auch in Bayern.

Neue Funktionalitäten

„Die Zukunft der Energieerzeugung findet dezentral bei uns Verteilnetzbetreibern statt und stärkt unsere Verantwortung. Die Schlüsselrolle der Stromnetzbetreiber in Bayern wurde erkannt und in der neuen Gesetzesregelung berücksichtigt. Der optimierte Redispatch trägt dazu bei, durch neue Funktionalitäten das Stromnetz fit zu machen für den weiteren Zubau Erneuerbarer-Energien-Anlagen. Wir freuen uns diese Herausforderung gemeinsam mit den bayerischen Netzbetreibern zu meistern“, erklärte Robert Pflügl, Geschäftsführer Bayernwerk Netz GmbH.

Das Bayernwerk bereitet sich mit der Entwicklung und späteren Einführung notwendiger Prozesse auf die neuen Anforderungen vor. Zum Start der Kooperation hat sich Bayerns größter Verteilnetzbetreiber mit Vertretern von mehr als 100 Unternehmen, Verbänden und Netzbetreibern bei einem Online-Seminar abgestimmt.

Unterstützung vom VBEW

Im ersten Teil des Online-Treffens haben die Vertreter von Unternehmen, Verbänden und Netzbetreibern ein gemeinschaftliches Verständnis für die aus der NABEG-Novelle ableitbaren Verantwortlichkeiten erarbeitet. „Die Initiative, die das Bayernwerk ergreift, um mit weiteren bayerischen Stromnetzbetreibern gemeinsam nach Lö-

sungen zu suchen, Redispatch 2.0 umzusetzen, empfinde ich sehr wichtig. Der VBEW unterstützt dieses Projekt natürlich sehr gerne. Es ist die logische Konsequenz aus der angestrebten Dezentralisierung unserer Stromversorgung“, sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, zur Begrüßung. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung haben die Teilnehmer die Änderungen der politischen Rahmenbedingungen und die steigende Verantwortung der Verteilnetzbetreiber mit dem Redispatch 2.0 gemeinsam eingeordnet.

Weiterer Gedankenaustausch

Der zweite Teil des Webinars widmete sich dem Austausch zu den einzelnen für Redispatch 2.0 notwendigen Funktionalitäten und Teilprozessen. Die Teilnehmer tauschten sich über die künftige Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Netzebenen und der verschiedenen Netzbetreiber aus. Die regulativen Anforderungen zum Redispatch 2.0 in Bayern sollen in den kommenden Monaten weiter intensiv besprochen und angegangen werden. **□**



Stefan Pastötter aus Schönram, Vorstandsmitglied des bayerischen und deutschen Wasserkraftverbandes, ist einstimmig von allen Mitgliedsstaaten der EU zum Vorstandsmitglied des europäischen Verbandes für erneuerbare Energien (EREF) in Brüssel gewählt worden. Hier vertritt er ab sofort die Interessen der deutschen Wasserkraft. In enger Zusammenarbeit mit EREF-Generalsekretär Dirk Hendricks, der sich in Brüssel für einen Systemwandel hin zu Erneuerbaren Energien engagiert, will er dazu beitragen, die erfolgreiche Arbeit der EREF fortzusetzen und weiter auszubauen. Hier will er besonders die heimische Wasserkraft in den Fokus nehmen und fördern. Unser Bild zeigt Stefan Pastötter (l.) mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei einer Veranstaltung in Traunstein (Wasserkraftwerk Gfaler) vor Corona. Bild: VWB

dena-Studie:

Sichere Stromversorgung auch 2050 möglich

Die Klimaschutzziele für 2050 können – entsprechende Anstrengungen vorausgesetzt – erreicht und dabei die Nachfrage nach Energie zuverlässig gedeckt werden. Dies haben in den vergangenen Jahren diverse Studien gezeigt. Damit auch die Versorgungssicherheit weiterhin bis 2050 gewährleistet werden kann, muss neben der Bereitstellung der benötigten Energiemengen auch ein zuverlässiger Betrieb der Stromnetze sichergestellt werden. Auf diesen Aspekt einer sicheren und zuverlässigen Stromversorgung – die sog. Systemsicherheit – legt eine aktuelle Studie der Deutsche Energie-Agentur (dena) ihr Augenmerk.

„Die Versorgungssicherheit ist ein zentrales energiepolitisches Ziel. Die Diskussion um eine sichere und zuverlässige Energieversorgung fokussiert allerdings zu sehr darauf, wie benötigte Energiemengen bereitgestellt werden können. Das greift zu kurz. Auch der Betrieb des Systems muss trotz steigender Komplexität reibungslos funktionieren“, erklärt Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung.

„Die dena-Studie zeigt erforderliche technische Weiterentwicklungen von dezentralen Anlagen und Prozessen auf. Eine besondere Herausforderung ergibt sich durch die lange Nutzungsdauer von Anlagen im Stromnetz. Damit sichergestellt ist, dass Anlagen, die in den kommenden Jahren ans Netz gehen, die Fähigkeiten für eine zukünftige Systemsicherheit mitbringen, müssen technische Vorgaben und regulatorische Rahmenbedingungen vorausschauend definiert werden.“

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass vom Zieljahr 2050 aus betrachtet ein sicherer Systembetrieb technisch möglich ist. Die hierfür erforderlichen Weiterentwicklungen heutiger Technologien und Prozesse sind nach Einschätzung der dena-Plattform Systemdienstleistungen realisierbar. Voraussetzung dafür, dass künftige Netznutzer die erforderlichen technischen Eigenschaften mitbringen, ist die vorausschauende Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen und technischen Anschlussrichtlinien.

Komplexe Aufgabe

Das integrierte Energiesystem der Zukunft zu betreiben, wird auch eine komplexe Koordinationsaufgabe. Das Verhalten einer großen Anzahl von dezentralen Erzeugungsanlagen muss mit den Anforderungen des Systems in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus gewinnt die netzebenenübergreifende Zusammenarbeit an Bedeutung, weil potenzielle Erbringer von Systemdienstleistungen zunehmend in den Verteilnetzen angeschlossen werden.

Das Blindleistungsangebot nimmt in den Übertragungsnetzen aufgrund des Kernener-

gie- und Kohleausstiegs bereits vor 2050 erheblich ab. Die Untersuchung zeigt, dass 2050 theoretisch das Potenzial besteht, die stationären Blindleistungsbedarfe der Übertragungsnetze aus Quellen in den Verteilnetzen zu decken. Voraussetzung dafür ist, dass Wirkleistungsgengpässe durch Netzausbau weitgehend beseitigt werden und die dezentralen Erzeugungsanlagen im Verteilnetz in der Lage sind, unabhängig von ihrer Einspeisung Blindleistung bereitzustellen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die identifizierten Potenziale nur zu Teilen abgerufen werden können, wenn die Stromnetze künftig für einen höheren Stromtransport optimiert werden.

Mehr Gaskraftwerke vonnöten

Der Netzwiederaufbau wird in Zukunft komplexer werden, da das Verhalten von einer Vielzahl dezentraler Anlagen netzebenenübergreifend einbezogen werden muss. Gleichzeitig werden langfristig zusätzliche Gaskraftwerke benötigt, um die Stromnachfrage zu decken. Da diese Kraftwerke für den Netzwiederaufbau genutzt werden können, kann dena zufolge an den bestehenden Konzepten für den Netzwiederaufbau prinzipiell festgehalten werden.

Je nachdem, in welcher Spannungsebene die schwarzstartfähigen Kraftwerke angeschlossen sein werden, müssen bestehende Konzepte allerdings weiterentwickelt werden. Es besteht die Möglichkeit, dass künftig inselnetzfähige Bereiche für die lokale Wiederversorgung entstehen. Ob diese technischen Fähigkeiten sinnvoll für den überregionalen Netzwiederaufbau genutzt werden können, sollte Gegenstand weiterer Forschung sein.

Mit Blick auf Frequenzhaltung und -stabilität zeigt die Studie, dass 2050 ein kleiner Anteil der Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie flexible Lasten ausreichend Leistung für die Frequenzrückführung durch Sekundär- und Minutenregelleistung bereitstellen könnten. Hierfür sind die notwendigen Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen.

Die Frequenzstabilisierung durch Primärregelleistung ist auf einen Kraftwerksausfall von 3 GW ausgelegt. Bis 2050 müssen aus dena-Sicht weitere Maßnahmen ergriffen werden, damit in einer solchen Situation der Normalbetrieb aufrechterhalten werden kann. Die Studienergebnisse zeigen, dass hierfür keine zusätzliche Momentanreserve erforderlich ist.

Prinzipiell können dezentrale Energieanlagen (Erzeuger, Speicher und Lasten) Momentanreserve bereitstellen, allerdings nur, wenn sie mit netzbildenden Umrichtern ausgestattet werden. Die entsprechenden Konzepte und erforderlichen Technologien sind vorhanden, müssen aber noch weiterentwickelt werden. Auch die Potenziale einer regionalen Optimierung von Angebot und Nachfrage, um Leistungssprünge bei einem System Split zu begrenzen, sind noch nicht ausreichend untersucht. Gleiches gilt für eine mögliche Nutzung von HGÜ-Leitungen, um Leistungsdivergenzen zwischen Teilnetzen teilweise auszugleichen. **DK**

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Energieausschreibung Strom- und Gas
- Ausschreibung von Reinigungsdienstleistungen
- Kalkulation von Kommunalabgaben
- Friedhofsgebühren
- Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
- Kur- und Fremdenverkehrsbeiträge
- Feuerwehrgebühren

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Bund-/Länder-Treffen der Energieminister:

Netzausbau beschleunigen, Investitionen verstärken

Die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder auf den Wachstumspfad zu führen, war Ziel des jüngsten Energieministertreffens via Videokonferenzschalte. Schwerpunkte der Beratung waren die Themen Netzausbau und verstärkte Investitionen in die Energiewende.

Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier „schreitet der Netzausbau in Deutschland Schritt für Schritt voran. Im vergangenen Jahr waren rund die Hälfte aller Projekte nach dem Gesetz zum Ausbau der Energieleitungen in Betrieb, ein weiteres Drittel ist bereits im Bau. Bis Jahresende 2020 sollen dann rund 90 Prozent dieser Vorhaben in Bau oder in Betrieb sein.

Von den großen Nord-Süd-Stromautobahnen steht nun beim SuedOstLink als erste Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung der komplette Trassenkorridor fest. Bis Ende des Jahres sollen knapp 90 Prozent der Vorhaben nach dem Bundesbedarfsplangesetz in der Planfeststellungsphase oder weiter sein. Wir dürfen aber nicht nachlassen. Bund und Ländern müssen auch weiterhin kontinuierlich an einer Beschleunigung des Netzausbaus arbeiten.“

Über die Anstrengungen beim Netzausbau hinaus forderten die Energieministerinnen und -minister der Länder verstärkte Investitionen in die Energiewende und stellten dazu gegenüber dem Bund ihr Positionspapier vor, das weitreichende Investitionsanreize und Förderungen vorsieht und auch Entlastungen des Strompreises in den Blick nimmt.

Der Vorsitzende des Energieministertreffens, Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen) wies darauf hin, dass die Energiewende ein wichtiger Wachs-

tumsmotor zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden kann. „Damit das gelingt, brauchen wir jetzt starke Anreize für weitreichende Investitionen in erneuerbare Energien, intelligente Stromnetze und Wasserstoffinfrastrukturen. Kurzfristig fordern wir von der Bundesregierung darüber hinaus die dringend notwendige Streichung des 52 GW Förderdeckels bei der Photovoltaik, die Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes noch vor der Sommerpause und eine deutliche Entlastung der Stromverbraucher, beispielsweise durch Senkung von Stromsteuer und EEG-Umlage.“

Ausstieg aus dem Krisenmodus

Laut Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger sorgt die Energiewende insgesamt für Wachstum, schafft Arbeitsplätze und steht für eine nachhaltige Wertschöpfung. Bayern unterstützt deshalb ausdrücklich die Forderung, die EEG-Umlage spürbar abzusenken und zu stabilisieren. Dadurch würden Haushalte, Mittelstand und Industrie ganz gezielt entlastet werden. „Mit dieser Maßnahme erleichtern wir der Wirtschaft den Ausstieg aus dem Corona-Krisenmodus. Gleichzeitig muss sich beim Thema Wasserstoff endlich etwas bewegen. Wir

erwarten uns zeitnah die Verabschiedung der nationalen Wasserstoffstrategie, damit wir dieser Technologie in ganz Deutschland zum Durchbruch verhelfen. Das Potenzial für die Stromproduktion und die Mobilität ist immens.“

Energiewende

Wie VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einer ersten Reaktion auf das Treffen betonte, gehe es neben gezielten Fördermaßnahmen vor allem darum, den Entscheidungsstau bei der Energiewende endlich aufzulösen. So hingen etwa kommunale Windparks mit ca. 1,2 GW installierter Leistung im Genehmigungsprozess fest. Die Investitionssumme dieser Parks allein betrage ungefähr 1,3 Milliarden Euro.

Ein starker Impuls kann aus Liebings Sicht auch von einer Überarbeitung des Systems der Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich ausgehen. Dadurch könnten die Stromkunden

Energiemonitor zeigt:

Erneuerbare Energien im Aufwärtstrend

In den vergangenen Wochen konnte der Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm bereits mehr als 50 Prozent des verbrauchten Stroms aus regenerativen Quellen beziehen.

Wie Doris Rottler vom Sachbereich Energie und Klimaschutz am Landratsamt mitteilt, lag am 21.04.2020 der Anteil an regenerativen Energien dann bei 100 Prozent (Stand 12.00 Uhr). „Doch nicht nur das: Neben der vom Landkreis benötigten Menge an Strom von mehr als 26.000 kWh konnten weitere 11.000 kWh in das Netz eingespeist werden.

Strommix

Unser Landkreis versorgte zu dem Zeitpunkt also nicht nur uns selbst mit Strom, sondern stellte über das Netz anderen Regionen Strom aus regenerativen Energien zur Verfügung“, so Doris Rottler. Die Hauptstromlieferanten sind aktuell die vielen kleineren und größeren Photovoltaik-Anlagen sowie die Windkraft. Doch auch Biomasse- und Wasserkraft-Anlagen liefern einen wichtigen Anteil an unserem Strommix. Versorgt werden mit diesem nicht nur Privathaushalte und kommunale Anlagen, sondern auch Industrie und Gewerbe, die Hauptabnehmer mit fast 20.000 kWh sind. Rottler: „Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir zwar temporär schon mehr Energie erzeugen, als wir im Landkreis benötigen, an der Obergrenze sind wir damit jedoch noch nicht. Während die Auslastung bei den Wasserkraftwerken bei 87 % lag, waren gerade einmal zwei Drittel der PV-Anlagen ausgelastet.“

Schwankende Werte

Die oben genannten Werte würden allerdings nur den Moment widerspiegeln. „Die Werte schwanken teilweise stark. Man denke da beispielsweise an Photovoltaik-Anlagen, die nachts keine elektrische Energie erzeugen. Dadurch entsteht ein Tag-/Nacht-Gefälle“, so die Energieexpertin. Wer mehr über den aktuellen Strommix erfahren möchte, kann sich online unter <https://energiemonitor.bayernwerk.de/pfaffenhofen-landkreis> informieren. Hier gibt es einen aktuellen Stand über den Anteil der erneuerbaren Energien im Landkreis sowie eine Übersicht über die

erheblich entlastet und gleichzeitig die dringend notwendige Sektorenkopplung vorangebracht werden.“ Denn klar ist: Bei den Maßnahmen, die jetzt beschlossen werden, reicht es nicht aus, lediglich auf den Status vor der Krise zurückzukommen. Vielmehr müssen wir die geplante Konjunkturbelebung nutzen, um einen entscheidenden Schritt bei Klimaschutz, Energiewende und Modernisierung der Infrastrukturen in Deutschland voranzukommen und dabei die Kommunen und ihre Unternehmen auf dem Weg in die neue Energiewelt zu unterstützen.“

Dies gelte auch für die Themen Energieeffizienz und Wärmewende. Hier schlummerten erhebliche Potenziale, die dringend realisiert werden müssen. Kommunale Unternehmen seien im Rahmen der Energieberatung, der Energieeffizienznetzwerke und der Erzeugung und Verteilung von Nah- und Fernwärme zentrale Akteure, die der Energieeffizienz und der Wärmewende vor Ort besser auf die Sprünge helfen können. Da damit erhebliche Investitionen und lokale Wertschöpfung generiert werden können, müsse ein kommunales Klima-Konjunkturprogramm auch diese beiden Aspekte ins Zentrum rücken.

DK

Holzverwendung nützt dem Klima

Nachhaltige Waldbewirtschaftung und Holznutzung reduzieren nachweislich die Treibhausgas-Emission

Die stoffliche und energetische Nutzung von Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern hat deutlich positive Effekte für den Klimaschutz. Das geht unter anderem aus dem Klimaschutzgutachten 2016 der wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung sowie aus der Kohlenstoffinventur 2017 des Thünen-Institutes für Waldökosysteme hervor.

Auch zahlreiche weitere Untersuchungen belegen, dass die nachhaltige Erzeugung sowie die stoffliche und energetische Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz eine bessere CO₂-Bilanz erzielen als die alleinige Erhöhung des Kohlenstoffspeichers bei Nutzungsverzicht in den Wäldern.

Aktuell speichern Bäume und Böden der Wälder bundesweit etwa 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, weitere 34 Millionen Tonnen sind im Totholz gespeichert, Tendenz steigend. Damit entlastet der Wald die Atmosphäre jährlich um rund 62 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Das entspricht sieben Prozent der Emissionen in Deutschland.

Das Bauen, Heizen oder die Stromerzeugung mit Holz ersetzen die CO₂-intensive Aufbereitung und Verwendung der begrenzt vorrätigen fossilen Ressourcen Kohle, Öl und Gas. Die Substitutionseffekte der stofflichen und energetischen Holzverwendung eingerechnet verdoppelt sich der Kompensationseffekt der Waldnutzung auf 120 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung pro Jahr.

Der positive Klimaeffekt ist am größten bei regionaler Verwendung von Holz, das nach langfristiger Mehrfachnutzung am Ende der Nutzungskette zur Energieerzeugung eingesetzt wird. Da-

bei leistet auch die energetische Nutzung von Holz einen Beitrag zum Klimaschutz.

Holzverbrennung ist weitgehend klimaneutral

Die energetische Nutzung von Holz macht etwa ein Drittel aller erneuerbaren Energien in Deutschland aus, bei erneuerbarer Wärme sind es sogar rund 75 Prozent. Dabei trägt die energetische Nutzung von Holz kaum zum Treibhausgaseffekt bei. Selbst im Vergleich zu Erdgas-Brennwertheizungen kann Holz mit einer zehnfach besseren Treibhausbilanz punkten. Für die effiziente und emissionsarme Wärmeherzeugung aus Holz steht eine Vielzahl modernster Heizungskessel zur Verfügung.

Durch die nachhaltige, naturnahe Waldbewirtschaftung stellt die Forstwirtschaft sicher, dass der Wald nicht übernutzt wird. Pro Jahr wird weniger Holz eingeschlagen als im gleichen Zeitraum nachwächst.

Mit dem schrittweisen Waldumbau – von nadelbaumdominierten Wäldern hin zu naturnahen Mischwäldern – wird der bewirtschaftete Wald seit den 1990-er Jahren an die Erfordernisse des Klimawandels angepasst und die biologische Vielfalt erhöht. □

Gemeinsam die Klimakrise verhindern!

Offener Brief von Hans Gröbmayer, Energieagentur Ebersberg-München

Die Klimakrise zum Inhalt hat ein offener Brief des Geschäftsführers der Energieagentur Ebersberg-München, Hans Gröbmayer. Darin wendet er sich konkret an die „neu gewählten und in ihren Ämtern bestätigten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“.

Laut Gröbmayer ist bei der Klimakrise kein Ende in Sicht. Hier warne die Wissenschaft schon lange vor einem Zustand der Erde, bei dem es kein Zurück in einen Normalzustand mehr geben wird. „Wir haben nicht mehr viel Zeit, das Unsere zu tun, um diese existenzielle Bedrohung des Lebens auf der Erde zu verhindern. Die Wissenschaftler sprechen von einem Zeitraum von zehn Jahren – weniger als zwei Legislaturperioden“, mahnt der Geschäftsführer.

Dramatische Folgen

Klimarelevante Gase, vor allem CO₂, reicherten sich in der Atmosphäre an und bauten sich erst in hunderten von Jahren wieder ab. In dieser langen Zeit trügen sie dazu bei, den Erdball aufzuheizen, erläutert Gröbmayer in seinem Schreiben. „Jeder von uns spürt die Auswirkungen schon jetzt. Ohne Corona-Krise würden wir vom letzten nicht vorhandenen Winter, von der schon wieder bedrohlichen Trockenheit und vielleicht auch von den Waldbränden in Australien oder rund um Tschernobyl sprechen. Wenn wir die Erderhitzung vor Erreichen der sogenannten Kippunkte nicht aufhalten können, gibt es nichts mehr zu retten.“

Nach Gröbmayers Überzeugung werden die Folgen der Klimakrise wesentlich dramatischer sein als jene der Corona-Pandemie. Sicher sei aber auch, „dass das Verhindern der

Klimakrise mit wesentlich geringeren Einschränkungen verbunden wäre, als wir jetzt bereit sind, hinzunehmen“.

Das Ausschöpfen der Einsparpotenziale sowie der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien und Speichertechnologien einschließlich Wasserstofftechnik wird nach seinen Worten dazu beitragen, „dass wir eine maximale Versorgungssicherheit und eine optimale Wertschöpfung in unserer Region haben“. Zudem schafften und sicherten die zukunftsfähigen Technologien dringend benötigte Arbeitsplätze.

Finanzmittel sinnvoll einsetzen

Auch die Zusammenhänge zwischen Gesundheitsschutz, Artenschutz und Klimaschutz seien eindeutig belegt und wirkten sich gravierend auf das Wohlergehen aus. Die derzeit zur Bewältigung der Krise zur Verfügung gestellten Finanzmittel sollten als Rettungsschirm und Chance zum Aufbau einer klimafreundlichen, zukunftssicheren und nachhaltigen Wirtschaft begriffen werden.

„Mit Ihrer Wahl haben Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in Sie gesetzt, der großen Verantwortung gerecht zu werden“, betont Gröbmayer. „Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, die Klimakrise zu verhindern. Jetzt. Denn wenn es zu spät ist, können wir nichts mehr tun.“ DK



Energiehelden gesucht!

10.000 Euro für Bürger, Schulen und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld?

Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

**Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!**

Weitere Informationen unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Bündnis wirbt für mehr grüne Wärme

Ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Verbänden, Genossenschaften und Klimaschutzorganisationen, darunter VKU und Klima-Allianz Deutschland, wirbt für mehr grüne Wärme in der Nah- und Fernwärmeversorgung. Das Bündnis schlägt ein konjunkturstimulierendes Förderprogramm für grüne Wärmenetze vor. Damit soll die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare oder klimaneutrale Quellen erleichtert werden.

Das Programm solle vor allem darauf abzielen, Wärmenetze in Stadt und Land um- und auszubauen, sie zu verdichten und sukzessive mit erneuerbarer Wärme zu befüllen. Im Bestand beliefern Wärmenetze nicht selten eine große Vielzahl von Abnehmern, aber auch gewerbliche und industrielle Kunden mit Wärme. Hier gehe es darum, die Wärmequelle im Sinne der Klimaneutralität sukzessive umzustellen. Hierzu dienen – neben direkten erneuerbaren Wärmequellen – PtH-Anlagen (E-Heizer, Groß-Wärmepumpen) und Wärmespeicher. Auch im Neubau könnten Wärmenetze einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten – insbesondere, wenn Bestandsgebäude integriert werden – und die Wärmequelle und die Gebäude unmittelbar aufeinander abgestimmt werden können.

Wärmenetze 4.0

Die offensive Förderung von erneuerbaren und klimaneutralen Wärmenetzsystemen sei notwendig, weil die Wärmewende aufgrund ihrer Komplexität nicht ohne weiteres gelingen wird. Deshalb bedürfe diese Förderung unterschiedlicher Instrumente, die sich in folgenden Förderschwerpunkten widerspiegeln: An erster Stelle steht, mehr erneuerbare und klimaneutrale Wärme in bestehende und neue Wärmenetze zu bringen. Die bestehenden Ansätze wie im Kohleausstiegsgesetz (EE-Bonus) sind zu zaghaft und schließen einige EE-Technologien sogar aus. Auch müssen, so das Bündnis, bestehende große Wärmenetzsysteme in Ballungsräumen nicht zuletzt großflächig umgebaut werden, um klimaneutrale und erneuerbare Wärme aufzunehmen, zu transportie-

ren und für die Kunden nutzbar zu machen.

Das bestehende Programm „Wärmenetze 4.0“ sei zu eng ausgelegt und enthalte vielfach unrealistische Förderbedingungen (zum Beispiel für Bioenergie), heißt es weiter. Es sollte auf eine breitere Basis gestellt und besser ausgestattet werden. Weiter wird festgestellt, „dass kommunale Wärmeplanung heutzutage zu oft an der zu geringen Ausstattung der Kommunen mit Fachkräften und nicht zuletzt aus finanziellen Gründen scheitert, jedoch ein Schlüssel für die Dekarbonisierung der Wärmenetze ist“.

Potenziale ermitteln

Die Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Kommunen und die Förderung der Wärmeplanung selbst sollten dazu beitragen, eine hochwertige Wärmeplanung einführen und umsetzen zu können. Dies gelte zum Beispiel für die gezielte Ermittlung von EE-Wärme- oder Abwärmepotenzialen in Wärmekatastern (Wärmebedarfspläne, Wärmelandkarten). Auch könnten Kosten eingespart werden durch Verzahnung der Wärmenetzplanung und der Breitbandversorgung im ländlichen Raum, etwa durch Mitverlegung von Leerrohren für Glasfaserkabel.

Darüber hinaus würde der breitere Einsatz von Wärmespeichern und Power-to-Heat-Anlagen helfen, deutlich mehr ansonsten abgeregelten EE-Strom in ein Wärmesystem zu integrieren (Nutzen-Statt-Abregeln). Die bisherigen Förderansätze wie im Kohleausstiegsgesetz (pth-Bonus) seien zu halbherzig und sollten auf eine breitere Basis gestellt werden. Zwar seien Wärmetechnologien in der Regel gut in den Markt ein-



V.l.: Manja Hager, Hauswirtschaftsleiterin, Arthur Lettenbauer, Kreisgeschäftsführer, Jennifer Sax, Pflegedienstleiterin. Bild: erdgas schwaben

erdgas schwaben spendet 5.000 Euro

Laptops und selbstgenähte Schutzmasken für BRK-Pflegezentrum in Donauwörth

„Gerade unseren Bewohnern fehlt der Besuch“, erklärt Arthur Lettenbauer, Kreisgeschäftsführer des Roten Kreuzes in Nordschwaben. „Ohne Besuch bauen viele Bewohner geistig leider sehr schnell ab. Mit dem Videochat können sie den Kontakt zu ihren Lieben aufrechterhalten und bleiben somit aktiv.“

Laptops für die Bewohner des Pflegezentrums in Donauwörth konnte der Kreisverband Nordschwaben des Roten Kreuzes besorgen. erdgas schwaben hat-

geführt, jedoch bestünden nicht selten Skalierungslücken. So habe es in der Vergangenheit beispielsweise für Groß-Wärmepumpen kaum oder keine Anwendungsfelder gegeben. Eine zeitlich begrenzte „Sprinterprämie“ zur Realisierung von Skalierungssprüngen könne die Wärmewende entscheidend beschleunigen, betont das Bündnis.

Ein zentraler Ansatzpunkt für die Nutzung von Großwärmepumpen oder PtH in Wärmesystemen sei zudem die Weiterentwicklung des Systems für Abgaben und Umlagen auf Strom. Die in Verbindung mit der Einführung des Brennstoffemissionshandels-gesetz (BEHG) vorgesehene Absenkung der EEG-Umlagen sei hierzu ein erforderlicher erster Schritt. **DK**

te dafür 5.000 Euro gespendet. Mit den neuen mobilen Geräten können die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegezentrums mit ihren Angehörigen per Video-Chat im Kontakt bleiben, auch wenn einzelne Besuche wieder möglich sind. Zudem wurde Schutzausrüstung für Rettungsdienstmitarbeiter und Pflegepersonal sowie Spezial-Stoff für rund 3.000 Mund-Nase-Masken angeschafft.

Nähen für den Eigenbedarf

Gerade zu Beginn der Corona-Pandemie war Schutzkleidung für den Rettungsdienst und das Pflegepersonal Mangelware und wegen der gestiegenen Nachfrage deutlich teurer als zuvor. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Roten Kreuzes wurden selber aktiv und nähten Mund-Nase-Masken für den Eigenbedarf. Die Spende von erdgas schwaben wurde sowohl für den besonderen Stoff als auch für Schutzausrüstung verwendet. **□**

„Anti-Corona-Quick-Check“ für Versorgungsunternehmen

Überprüfung des betrieblichen Corona-Pandemiemanagements

Als Betreiber kritischer Infrastrukturen sind die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft in diesen Zeiten besonders gefordert und dafür mit ihrem vorhandenen Krisen- und Notfallmanagement professionell aufgestellt. Die Versorger haben im Rahmen dessen Prozesse aufgesetzt, die regelmäßig getestet, geprüft und evaluiert werden und die auch im Falle einer Pandemie wie dieser greifen.

Zur unabhängigen Überprüfung des betrieblichen Pandemiemanagements bietet der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW über seine Dienstleistungsgesellschaft mbH den Mitgliedern ab sofort einen „Anti-Corona-Quick-Check“ an. Als erstes Unternehmen haben die Stadtwerke Weilheim i. OB Kommunalunternehmen (KU) das Audit erfolgreich abgelegt.

Das Ergebnis der Überprüfung wird mit den gegebenenfalls vorhandenen Verbesserungspotentialen dokumentiert und mit einer Urkunde bestätigt. „Staat und Gesellschaft können sich auf die im VBEW organisierten Energie- und Wasserversorger verlassen, sie sorgen auch in Krisenzeiten für eine sichere Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Wasser“, stellte Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW, fest.

Auch in der Corona-Krise gut gerüstet

Im Rahmen des „Anti-Corona-Quick-Checks“ werden die unternehmensspezifisch getro-

Stadtwerke Weilheim als 1. bayerisches Versorgungsunternehmen geprüft

Die Stadtwerke Weilheim haben als erstes bayerisches Ver-



V.l.: Volker Noe, Geschäftsführer der OCTOTHORPE GmbH, Peter Müller, Vorstand und Geschäftsführer der Stadtwerke Weilheim und Detlef Fischer, Geschäftsführer der VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH. Bild: VBEW

fenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Pandemiemanagement durch ein Interview und eine Vor-Ort-Begehung überprüft. Maßstab dafür sind u. a. die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 16.04.2020 herausgegebenen „SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards“ sowie die mittlerweile branchenspezifisch gesammelten Erfahrungen zum Corona-Pandemiemanagement des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW. **□**

sorgungsunternehmen den „Anti-Corona-Quick-Check“ bestanden und ihr betriebliches Pandemiemanagement im Rahmen eines ausführlichen Interviews und einer Vor-Ort-Begehung erfolgreich überprüfen lassen.

„Wir nehmen den Schutz unserer Kunden und Mitarbeiter sehr ernst. Denn nur mit gesunden Mitarbeitern können wir in dieser Pandemie die Versorgung aufrechterhalten“, resümierte Peter Müller, Vorstand und Geschäftsführer der Stadtwerke Weilheim. **□**

Solarpotenzialkataster für Stadt und Landkreis Hof

Klimaschutz in Form von Energieeinsparung und Erneuerbaren Energien ist in aller Munde. Einen wertvollen Beitrag kann der Ausbau von Solarenergie leisten. Stadt und Landkreis Hof haben jetzt ein Solarpotenzialkataster vorgestellt. Im kostenlosen Online-Portal <https://www.landkreis-hof.de/solarpotenzialkataster> kann jeder schnell und unkompliziert prüfen, ob das eigene Dach für eine Solaranlage geeignet ist und ob sich eine Investition finanziell rechnet.

Bei der Berechnung im Solarpotenzialkataster wird auch berücksichtigt, ob und wie lange das jeweilige Dach durch benachbarte Bäume oder Häuser beschattet wird. Zudem finden Interessierte Hinweise zu Planung und Bau einer Solaranlage und nützliche Links auf weiterführende Seiten.

Sonnenenergie selbst nutzen

Ziel ist es, die gewonnene Sonnenenergie größtenteils selbst zu nutzen. Überschüssige Energie wird im eigenen Energiespeicher bevorratet oder ins öffentliche Netz eingespeist. Beispielsweise können mit Photovoltaik-Anlagen Elektrogeräte betrieben oder E-Autos geladen

werden. Durch Solarthermie ist die Beheizung des Gebäudes sowie die Warmwasserbereitung möglich.

Insgesamt wurden in Stadt und Landkreis Hof 129.000 Gebäude auf ihre Eignung für Photovoltaik und Solarthermie untersucht. Laut der Solarpotenzialanalyse sind rund 50 % der Gebäude für die Nutzung von Solarenergie geeignet. Würden alle geeigneten Dachflächen genutzt, ergäbe dies einen Stromertrag von etwa 950 GWh pro Jahr.

Würde beispielsweise eine Person im Durchschnitt jährlich 1.500 kWh an Strom verbrauchen, könnten damit im Jahr ca. 630.000 Personen versorgt werden. **DK**

Wir sind für Sie da!
Lassen Sie uns zusammenhalten und aufeinander achten.
Bleiben Sie gesund!

Online-Kundenportal:
www.erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle und Hauptverwaltung Augsburg
Tel. 0821 90 02-0
augsburg@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Kaufbeuren
Tel. 08341 82 95-0
kaufbeuren@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Donauwörth
Tel. 0906 706 74-0
donauwoerth@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Kempten
Tel. 0831 574 11-0
kempten@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Günzburg
Tel. 08221 36 02-0
guenzburg@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Nördlingen
Tel. 09081 8705-0
noerdlingen@erdgas-schwaben.de

Der Gas-Entstörungsdienst ist jederzeit für Sie erreichbar:
Tel. 0800 182 8384



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Alternativer Substratanbau für Energiegewinnung und Biodiversität

N-ERGIE erprobt großflächig Blühwiesen für Biogas-Anlagen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft startet ein mehrjähriges Projekt für mehr Biodiversität beim Betrieb von Biogas-Anlagen: Gemeinsam mit der Mittelfränkischen Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe e.V. (MER) und den Lehranstalten in Triesdorf erprobt sie den Anbau und die energetische Verwertung von insektenfreundlichen Pflanzenmischungen.

Die Projektpartner unterzeichneten Anfang Mai 2020 einen entsprechenden Kooperationsvertrag. Ebenfalls Anfang Mai begannen die ersten beteiligten Landwirte mit der Aussaat der Blühpflanzen.

Klima- und Naturschutz Hand in Hand

„Klima- und Naturschutz sind am wirkungsvollsten, wenn sie Hand in Hand gehen. Dafür setzen wir uns im Rahmen einer regionalen Energiewende ein“, erklärt Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE. „Gerade für Biogas-Anlagen, die sich mit Auslaufen der EEG-Vergütung in einem schwierigen Marktumfeld bewegen, wollen wir innovative Lösungen unterstützen, die Wirtschaftlichkeit mit Ökologie verbinden und so die Chance auf einen Fortbestand der Anlagen erhöhen.“

Norbert Bleisteiner, Leiter des Fachzentrums für Energie und Landtechnik in Triesdorf, ergänzt: „Durch ein geschicktes Substratmanagement und den Einsatz von Blühpflanzen kann ein positiver Beitrag zur Biodiversität geleistet werden. Idealerweise wird dadurch der Humusaufbau im Boden gesteigert, womit CO₂ aus der Atmosphäre fixiert wird. Dadurch liefert die Biogasbranche mittelfristig Argumente für ihre zusätzlichen Beiträge zum Klimaschutz und zur Steigerung der Artenvielfalt. Langfristig hat Biogas nur eine Chance, wenn die Gesellschaft dessen Nutzen erkennt. Dieses Projekt soll auch einen Beitrag leisten, das Verständnis hierfür zu fördern.“

Die N-ERGIE fördert die neun beteiligten Landwirte, die die Blühpflanzen auf insgesamt 20 Hektar aussäen, über die dreijährige Projektlaufzeit hinweg. Dies ist erforderlich, da der Energieertrag der Blühpflanzen deutlich niedriger ist als bei Mais und Landwirte ohne Unterstützung durch die N-ERGIE spürbare Ertragseinbußen hätten.

Untersuchung auf 20 Hektar in der Region

Die MER und das Triesdorfer Fachzentrum begleiten das Projekt wissenschaftlich und beraten die Landwirte von der Aussaat über die Ernte bis zur energetischen Verwertung. Unter-

sucht werden zwei Aspekte: einerseits, wie sich die Blühpflanzen unter verschiedenen regionalen Bedingungen idealerweise für die Biogas-Anlagen einsetzen lassen, andererseits welchen Effekt sie auf die Population von Insekten, Vögeln und Kleintieren sowie die Boden- und Grundwasserqualität haben.

Ergoldsbacher Level RS®:

Neuer Glattziegel von ERLUS für flache Dachneigungen

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist die echte Lösung für flach geneigte Dächer, denn hier schützt der Ziegel, nicht das wasserdichte Unterdach.

Der Level RS® ist ein Glattziegel mit klarer, kantiger Form und geradem Abschluss. Er ist klinkerhart gebrannt und hat eine geringe Wasseraufnahme von fünf Prozent. Durch die tiefe Ringverfaltung mit 3-fachem Kopf- und Seitenfalz bleibt selbst bei flachen Dachneigungen (im Halbverband verlegt: Regeldachneigung 16 Grad, Minstdachneigung 10 Grad) die Unterkonstruktion trocken. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen können entfallen. Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist ab Herbst 2020 lieferbar.

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist bereits der dritte Ziegel für besonders flache Dachneigungen. Ergoldsbacher Level RS®, Ergoldsbacher E 58 RS® und Ergoldsbacher Karat® – die Spezialisten für flach geneigte Dächer von ERLUS. www.erlus.com/levelrs

ihrem üppigen Blütenangebot liefert sie besonders viel Nektar und Pollen für Insekten. Im Anschluss an die Ernte liefert die Nachblüte Nahrung für die Winterbiene.

Wertvoller Beitrag zur Artenvielfalt

Wertvoller Beitrag zur Artenvielfalt

Die N-ERGIE engagiert sich für eine regionale Energiewende. Sie sieht die erneuerbaren Energien als wesentlichen Baustein und investiert hohe Beträge in deren Ausbau – vorrangig in ihrem Netzgebiet. Besonders Wert legt die N-ERGIE dabei auf den Naturschutz. Deshalb bewirtschaftet sie etwa die Flächen ihrer Photovoltaik-Kraftwerke extensiv und ökologisch. So dienen sie nicht nur dem Klimaschutz, sondern leisten darüber hinaus einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt.

Rekordförderung:

600 Mio. Euro für Baumaßnahmen der bayerischen Kommunen

Zuwachs von knapp 10 % im Vergleich zum Vorjahr

Bayern unterstützt seine Kommunen auch in diesem Jahr wieder in Rekordhöhe – das gilt insbesondere bei wichtigen Investitionen. Laut Finanzminister Albert Füracker sind allein für Hochbaumaßnahmen im diesjährigen Kommunalen Finanzausgleich 600 Millionen Euro vorgesehen – das ist wieder ein absoluter Rekord.

„Die bayerischen Kommunen nehmen im Ländervergleich damit eine Spitzenposition ein: Sie haben seit Jahren die mit Abstand höchste Investitionsquote und glänzen durch eine niedrige Verschuldung. Der Freistaat Bayern steht eng an der Seite seiner Kommunen und leistet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer guten finanziellen Lage. Er steht damit trotz der momentanen Krisensituation voll zu seinen Ankündigungen“, betonte Füracker.

Die Mittel zur Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wurden 2020 um weitere 50 Millionen Euro auf nun 600 Millionen Euro erhöht. Dies entspricht einem Zuwachs von 9,1 %. Mit diesen Mitteln werden Baumaßnahmen im ganzen Land unterstützt. Beispielsweise seien folgende Förderbeträge in 2020 genannt:

- Der Ersatzneubau der Grund- und Mittelschule in Hohenroth (Unterfranken) mit 4,0 Mio. Euro
- Die Generalsanierung und Erweiterung des Beruflichen Schulzentrums Luisenstraße in München (rund 3,6 Mio. Euro)
- Die Generalsanierung der Sport- und Schwimmhalle der Hans- und Sophie-Scholl-Realschulen in Weiden i.d. Opf. mit 1,5 Mio. Euro.

Die Bayerische Staatsregierung

unterstreicht damit ihre konsequent kommunalfreundliche Haltung. Insgesamt unterstützt der



Albert Füracker.

Freistaat seine Kommunen über den Finanzausgleich in 2020 mit rund 10,3 Milliarden Euro, ein Plus von 3,2 % gegenüber dem Vorjahr. Damit wird erstmals die Schallmauer von 10 Milliarden Euro durchbrochen.

Aufgrund der derzeit besonderen Herausforderungen für die gesamte öffentliche Hand zieht der Freistaat Bayern Auszahlungen in Höhe von rund 2 Milliarden Euro für seine Kommunen vor. Dies sichert die Liquidität von Landkreisen, Städten und Gemeinden und verschafft ihnen möglichen Spielraum auch in Krisenzeiten.



Die echte Lösung: regensicherer Dachziegel statt wasserdichtes Unterdach!

Funktionieren wie ein Regenschirm für Ihr Haus: ERLUS Dachziegel für flach geneigte Dächer.

Das Steildach mit Tondachziegeln bietet viele Vorteile: Es hat eine sehr gute ökologische Bilanz, ist praktisch wartungsfrei, einfach zu verarbeiten und regensicher. Der Dachziegel – eine jahrtausendealte Idee – ist die nachhaltigste Form, Ihr Haus vor Regen zu schützen. Sinkt jedoch die Dachneigung unter die Regeldachneigung von 16°, steigt das Risiko, dass Regen in die Unterkonstruktion läuft. Das Unterdach muss die regensichernde Funktion übernehmen. Auf längere Sicht wird das Dach anfälliger für Wartungsarbeiten. Dagegen hat ERLUS drei Dachziegelmodelle für flach geneigte Dächer entwickelt. Die Modelle Ergoldsbacher Karat®, E 58 RS® und der neue Level RS® sind regensicher ab 7° bzw. 10° Dachneigung. Durch ihre ausgefeilte technische Form wird das Wasser auf dem Ziegel perfekt abgeleitet. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen für das Unterdach braucht es nicht. So bietet ERLUS die nachhaltige und effiziente Dach-Lösung, die Ihr Haus schützt wie ein Regenschirm!



www.erlus.com

ERLUS^e

Qualität aus Deutschland

Viele Millionen Fördermittel für kommunale Hochbaumaßnahmen

Erneuter Rekord beim Kommunalen Finanzausgleich

Als „Haushälter“ eigentlich zum Sparen angehalten, freut sich Landtagsabgeordneter Hans Herold trotzdem über zusätzliche staatliche Fördermittel für den kommunalen Hochbau, die für alle bayerischen Gemeinden und Landkreise in diesem Jahr erneut um 50 Millionen auf 600 Millionen Euro erhöht werden. „Insgesamt werden die Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden in diesem Jahr die Rekordsumme von 10,29 Milliarden Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten“.

Für den Hochbau fließen mehr als zehn Millionen Euro in 2020 in „seinen“ Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, zu welchem auch ein großer Teil des Landkreises Fürth gehört. Darüber freuen sich auch die beiden jeweils mit überwältigender Mehrheit wieder gewählten Landräte Matthias Dießl und Helmut Weiß.

Vor allem Schulen, schulische Sportanlagen und Kinderbetreuungseinrichtungen in fast allen Gemeinden in Herolds Stimmkreis würden von den Fördermitteln profitieren. „Der Freistaat zeigt sich auch in der Corona-Krise weiterhin als starker und verlässlicher Partner unserer Kommunen. Gerade mit Blick auf den Ausbau unserer Bildungs- und Betreuungseinrichtungen werden wir in Bayern nicht sparen“, so der Stimmkreisabgeordnete, der sich als Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für diese Förderungen massiv eingesetzt hatte.

Ohne die Städte Oberasbach, Stein und Zirndorf, die zum Stimmkreis von Petra Guttenberger gehören, gibt es in diesem Jahr insgesamt 3.970.000 Euro

für Hochbaumaßnahmen der anderen Kommunen im Landkreis Fürth. So erhält beispielsweise der Markt Cadolzburg 350.000 Euro für die Generalsanierung der Mehrzweckhalle im Ortsteil Wachendorf und 900.000 Euro Zuschuss zum Neubau von Kindertageseinrichtungen und Kindergärten. Die Gemeinde Puschendorf profitiert mit 446.000 Euro für eine Kindertageseinrichtung, und auch die Gemeinden Großhabersdorf, Obermichelbach, Seukendorf, Tuchenbach und Veitsbronn werden mit Fördermitteln bedacht, ebenso die Märkte Roßtal und Wilhermsdorf sowie die Stadt Langenzenn.

Mehr als sechs Millionen Euro gibt es für den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. Eine Million erhält der Landkreis allein für den Ersatzneubau des Gymnasiums in Scheinfeld. Die größten gemeindlichen Brocken sind hier 500.000 Euro für den Neubau einer Sporthalle mit Ganztagsräumen sowie Erneuerung der Freisportanlagen und Schaffung eines barrierefreien Schulzugangs an der Hermann-Delp-Grund-

schule in Bad Windsheim und 583.000 Euro für den Neubau der Kindertageseinrichtung in Markt Erlbach.

Die Kreisstadt Neustadt a.d. Aisch erhält 500.000 Euro für die Generalsanierung der Grundschule und 629.000 Euro für eine neue Kindertageseinrichtung. Weitere Zuwendungen gehen an die Märkte Burghaslach, Dachsbad, Emskirchen, Ipsheim, Markt Bibart, Markt Nordheim, Markt Taschendorf und Uehlfeld. Bedacht werden zudem die

Gemeinden Hagenbüchach und Münchsteinach sowie die Städte Scheinfeld und Uffenheim.

„Kommunal- und familienfreundliche Politik in Bayern“

Insgesamt gehe der Kita-Ausbau in Bayern gut voran. „Mit unserer massiven Unterstützung für Neubauten und Erweiterungen von Krippen, Kindergärten und Horten können die Kommunen zusätzliche Betreuungsplätze anbieten – das kommt letzten Endes den Kindern und ihren Eltern zu Gute“, erklärte der Abgeordnete. „Die erheblichen Fördermittel sind eine tragende Säule unserer kommunal- und familienfreundlichen Politik in Bayern“, so Hans Herold. pmw



Hans Herold (rechts) mit dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Fűracker. Bild: pmw

Wichtige Entscheidungen für das Bezirkskrankenhaus Bayreuth

Fast eine halbe Milliarde Euro investiert der Bezirk Oberfranken in den kommenden Jahren in seine Krankenhäuser. Zwei wichtige Entscheidungen für die Weiterentwicklung des Bezirkskrankenhauses Bayreuth trafen Bezirksausschuss und der direkt im Anschluss tagende Verwaltungsrat der „Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken“ (GeBO).

Zunächst beschäftigte sich der Bezirksausschuss mit der notwendigen räumlichen Vergrößerung der Klinikschule Oberfranken im Rahmen der Erhöhung der Bettenzahl in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bayreuth. Hierfür wird zeitnah ein Interimsgebäude errichtet. „Wir leisten mit dem Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie einen wichtigen Beitrag für die bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Oberfranken. Wir warten nicht bis zur großen Lösung, sondern wir sorgen dafür, dass zeitgerecht geholfen werden kann“, so Bezirksstagspräsident Henry Schramm.

Mehr Betten, mehr Raumkapazitäten

Mit der Erweiterung auf 60 Betten und 14 tagesklinische Plätze im März 2020, besteht nun auch mehr Platzbedarf für die Klinikschule Oberfranken, in der die Kinder während ihres meist mehrmonatigen Klinikaufenthaltes beschult werden. Der Bezirk Oberfranken muss als Sachaufwandsträger der Schule zeitgerecht zusätzliche Raumkapazitäten bereitstellen. In dem für die Kinder- und Jugendpsychiatrie für 3,1 Millionen Euro vorgesehenen Interimsgebäude werden rund 90 m² für einen Klassenraum und drei weitere Räume zur Differenzierung für die Klinikschule eingeplant. Die anteiligen Kosten dafür belaufen sich auf etwa 400.000 Euro. Der Bezirksausschuss sicherte zu, die Kosten für die erforderlichen Schulräume zu übernehmen. Insgesamt sprach sich der Bezirksausschuss für einen Investitionszuschuss von 1.225.000 Euro an die GeBO aus. Mit diesem Gesamtbetrag unterstützt der Bezirk die Errichtung des Interimsgebäudes

für die Kinder- und Jugendpsychiatrie mit 24 Betten und die Klinikschule. Der große Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie soll ab 2022 für über 30 Millionen Euro verwirklicht werden.

Neubau des Heilpädagogischen Bereichs

Zudem gab es eine Entscheidung des Bezirksausschusses zum geplanten Neubau des Heilpädagogischen Bereichs („H-Station“) in Bayreuth, in dem psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung behandelt werden. Der Ausschuss akzeptierte die Entscheidung der Regierung von Oberfranken, von den voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von rund 10 Millionen Euro gut 7,5 Millionen als förderfähige Kosten anzuerkennen. Für den nicht von staatlichen Fördermitteln gedeckten Eigenanteil von etwa 2,4 Millionen Euro stellte der Bezirksausschuss einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 50 % an die GeBO, also etwa 1,2 Millionen Euro, in Aussicht. Gemeinsames Ziel von Bezirk und GeBO ist es für das Projekt eine Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm zu erreichen.

Rahmenvertrag für Pflegestützpunkte

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stimmte der Bezirksausschuss dem neuen Rahmenvertrag zur Einrichtung so genannter Pflegestützpunkte in Bayern zu. Der Rahmenvertrag, auf den sich die Landesverbände der Kranken- und Pflegekassen mit den kommunalen Spitzenverbänden geeinigt haben, schafft Planungssicherheit für die Errichtung weiterer Pflegestützpunkte in Oberfranken. Pflegestützpunkte bieten

Kommunale Baumaßnahmen sind gerade jetzt sehr wichtig

„Am Bau wird während der Corona-Pandemie weitergearbeitet. Die Bauindustrie unternimmt alles, um die Baustellen sicher weiter zu betreiben. Dafür braucht sie aber auch genügend Aufträge. Besonders kommt es auf die Kommunen an. An diese appelliere ich daher: Führen sie alle laufenden Bauprojekte fort. Bringen sie schon jetzt Nachfolgeprojekte auf den Weg.“ Mit diesen Worten fordert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die bayerischen Kommunen auf, ihrer Verantwortung als öffentlicher Bauauftraggeber auch in der Corona-Pandemie gerecht zu werden.

Die Kommunen sind sicherlich massiv von Corona betroffen, so Schmid. Die Gewerbesteuererinnahmen werden spürbar sinken. „Trotzdem sollten die Kommunen jetzt nicht den Rotstift gerade bei den Bauinvestitionen ansetzen. Bei der Sanierung kommunaler Bauten – Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Bäder und Sportstätten, Straßen oder der Leitungsinfrastruktur darf es keinen Baustopp geben.“ Schmid weiter: „Gerade die kommunalen Bauaufträge sichern das wirtschaftliche Überleben tausender vorwiegend mittelständischer Bauunternehmen und damit viele Arbeitsplätze. Gut ausgelastete Bauunternehmen sind gleichzeitig gute Gewerbesteuerzahler.“

Die Bauindustrie befürchtet allerdings, dass einige Kommunen ihrer Bauverantwortung womöglich bald nicht mehr gerecht werden können, so Schmid: „Daher haben wir uns an die bayerische Politik gewandt mit der Forderung: Der Freistaat sollte schnell den klammen Kommunen helfen. Als Sofortmaßnahme müsste vorübergehend die Eigenbeteiligung der Kommunen bei allen Förderprogrammen des Freistaats halbiert werden. Ergänzend dazu könnte der Freistaat einen Schutzschirm oder einen neuen Rettungsfonds für die Kommunen schaffen.“

„Die Unternehmen der bayerischen Bauindustrie sind auch in dieser Ausnahmesituation der richtige Partner für alle kommunalen Baumaßnahmen“, so Schmid abschließend. □

eine kostenlose Beratung zu allen Themen rund um die Pflege und stehen allen Bürgern offen. In seinem Vortrag wies Sozialplaner Robert Stiefeler jedoch darauf hin, dass er derzeit keinen Mangel an Beratungsangeboten im Bereich der Pflege sehe. Es gebe bereits sehr differenzierte und regional etablierte Hilfsmöglichkeiten. Auch der Bezirk Oberfranken biete mit regelmäßigen Sprechtagen in den Landratsämtern, in der Service- und in der Sozialverwaltung umfassende Beratungsangebote zur Hilfe zur Pflege an. Parallelstrukturen sollten vermieden werden. Zusätzliche Pflegestützpunkte sollten daher nur dann errichtet werden, wenn dafür vor Ort ein Bedarf besteht.

Krisendienst soll im Oktober starten

Für Menschen, die in psychische Krisen geraten, soll es noch in diesem Jahr einen eigenen Krisendienst in Oberfranken ge-

ben. Den psychosozialen Krisendienst kann jeder in Anspruch nehmen, der sich in einer Notsituation befindet. Die vom Bezirk und dem Freistaat Bayern finanzierte Zentrale Leitstelle, die an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr telefonisch erreichbar sein wird, wird bei der Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH in Bayreuth angesiedelt. Daneben wird es zahlreiche ambulante aufsuchende Teams geben, die jeweils aus zwei Fachleuten bestehen und nach ihrer Anforderung durch die Leitstelle spätestens innerhalb einer Stunde an jedem Ort in Oberfranken sein werden. Die mobilen Teams werden ausschließlich vom Bezirk finanziert. Hierfür sollen künftig jährlich rund 1,5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Laut Bezirkstagspräsident Henry Schramm wird eine Inbetriebnahme im späten Herbst angestrebt: „Mit dem Krisendienst schließen wir eine Lücke im bisherigen Versorgungsangebot und zwar flächendeckend in ganz Oberfranken.“ □

Richtfest zum Neubau der Bertolt-Brecht-Schule

Im Auftrag der Stadt Nürnberg errichtet die WBG KOMMUNAL GmbH (WBGK) im Rahmen einer Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaft den Neubau des Kooperativen Schulzentrums Bertolt-Brecht-Schule (BBS) in Nürnberg Langwasser.

Trotz Corona-Zeiten verliefen die Bauarbeiten bisher planmäßig und ohne besondere Vorkommnisse. Die Rohbauarbeiten werden in diesen Tagen termingerecht abgeschlossen. Die traditionelle Richtfestfeier muss wegen der aktuellen Lage leider entfallen.

Die Baustelle der BBS ist die derzeit größte laufende Schulbaustelle in Nürnberg und eine der größten Baustellen in der Region. Das Investitionsvolumen beträgt rund 170 Mio. Euro. „Ich bin sehr erfreut über den guten Verlauf des Bauvorhabens. Es ist auch vom finanziellen Aufwand her das bisher größte Schulbauprojekt der Stadt Nürnberg. Es hat sich als richtig erwiesen, dieses gemeinsam mit der WBG KOMMUNAL und einem Generalübernehmer umzusetzen. Gerade in Zeiten von Corona sind eine rechtzeitige Baufertigstellung und ein verlässlicher Preis besonders

wichtig. Dafür danke ich allen Beteiligten“, stellt Stadtkämmerer Harald Riedel fest.

„Ich freue mich sehr, dass wir bei diesem Großprojekt völlig im Plan liegen, und danke allen Beteiligten für ihr großes Engagement“, erklärte WBGK-Geschäftsführer der WBGK, Ralf Schekira. Zu Beginn mussten ca. 65.000 m³ Erdrreich bewegt und mehr als 11.500 laufende Meter Geothermie-Bohrungen mit einer Tiefe von jeweils bis 100 Metern Tiefe vorgenommen werden. Im Laufe der Rohbauarbeiten wurden rund 24.000 m³ Beton verarbeitet und rund 4.000 Tonnen Stahl in den Beton eingebracht. Im Verlauf des nun folgenden Ausbaus werden rund 7.500 m² Trockenbauwände gebaut und ca. 12.000 m² Betondeckenfläche mittels einer Betonkerntemperierung beheizt. In der Hochphase werden rund 330 Mitarbeiter vor Ort beschäftigt sein. □

Geld gibt es trotzdem

Bezirk Oberbayern vergibt Fördermittel für Denkmalpflege

Rund 900.000 Euro für die Denkmalpflege: Über diese Summe hätte der Kulturausschuss im oberbayerischen Bezirkstag im April entschieden. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Krise musste der Ausschuss in den Juli verschoben werden. Geld gibt es trotzdem.

Der Großteil der Zuschüsse wird im Juli ausgezahlt. Für 25 der gut 80 Projekte gibt es schon heute Geld – und zwar insgesamt rund 32.000 Euro. Es handelt sich dabei um Zuschüsse unter 2.500 Euro. Diese darf Bezirksstagspräsident Josef Mederer frei vergeben, sie müssen nicht durch den Kulturausschuss genehmigt werden. Wie die Förderungen über 2.500 Euro wurden auch sie von den Berichterstattern der Fraktionen im Bezirkstag und Bezirksheimatpfleger Dr. Norbert Göttler vorberaten.

Auch Engel ...

Unter den mit einer kleineren Summe geförderten Projekten befindet sich beispielsweise die Renovierung einer Engelsfigur auf dem Ostfriedhof in Eichstätt. Die Instandsetzung der 1910 im Galvanisierungsverfahren hergestellten Plastik fördert der Bezirk mit 1.800 Euro. Ein weiterer Zuschuss geht in den Landkreis Eichstätt für die Orgel in der alten Pfarrkirche Hitzhofen. Für das vom Münchner Hof-Organbaumeister Franz Borgeas Maerz erbaute Instrument gibt es erneut einen Zuschuss von 1.000 Euro, nachdem sich die im letzten Jahr begonnene Sanierung als aufwändiger erwiesen hatte als ursprünglich gedacht.

Auch die Vorplanung zum Umbau einer Wachbaracke des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers VII A (kurz: Stalag VII A) in Moosburg an der Isar fördert der Bezirk

(1.000 Euro). Die drei verbliebenen Wachbaracken des 1939 von der deutschen Wehrmacht im Norden der Stadt errichteten Lagers stehen unter Denk-

malenschutz. Eine von ihnen soll umgebaut und künftig von der benachbarten Schule als Speisesaal sowie für die Mittagsbetreuung genutzt werden.

... und Marienfiguren müssen renoviert werden

Einen Zuschuss von 2.000 Euro erhält die Katholische Kirchenstiftung St. Michael Rottbach. Gedacht ist er für die Sanierung der Mariengrotte und der Friedhofsmauer an der Pfarrkirche St. Michael in Rottbach, einem Ortsteil der Gemeinde Maisach im Landkreis Fürstfeldbruck. Im Landkreis Mühldorf am Inn werden bei dieser „kleinen“ Vergaberunde gleich sechs Projekte berücksichtigt. Unter anderem erhält die Primavera Naturkorn GmbH in der Stadt Mühldorf 1.600 Euro für die Restaurierung der Marienstatue am Siloturm der ehemaligen Alten Walzmühle.

Der Bezirk Oberbayern bezuschusst Maßnahmen an Bau- und Bodendenkmälern sowie an Einzelobjekten, die wegen ihrer künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkstümlichen Bedeutung von allgemeinem Interesse sind. Insgesamt stellt er dafür in diesem Jahr 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Mit der Förderung sollen die höheren Kosten, die bei der Renovierung oder Restaurierung denkmalgeschützter Gebäude entstehen, kompensiert werden. Der Bezirk übernimmt zehn bis zwanzig Prozent dieser Mehrkosten, jedoch nur bis zu einer Höhe von 50.000 Euro. Die Förderung der Denkmalpflege gehört zu den Aufgaben der Fachberatung Heimatpflege des Bezirks Oberbayern, die ihren Sitz im Kloster Benediktbeuern hat. □

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml:

Landesamt für Pflege zahlte erste Gelder in Millionenhöhe aus

Investitionsoffensive zum Ausbau von Pflegeplätzen kommt gut voran

Das neue Investitionskostenförderprogramm zum Ausbau von Pflegeplätzen in Bayern mit dem Titel „PflegesonahFör“ (Förderung der pflegerischen Versorgung im sozialen Nahraum) kommt gut voran. Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml betonte: „Wir müssen uns den demographischen Herausforderungen stellen und unsere Versorgungsstrukturen an die geänderten Lebensverhältnisse der Menschen anpassen. Deshalb wollen wir pro Jahr mit dem neuen Programm 1.000 neue Pflegeplätze schaffen, um eine flächendeckende und bedarfsgerechte pflegerische Versorgungsstruktur zu erreichen. Ich freue mich sehr, dass die ersten Fördergelder jetzt vom Bayerischen Landesamt für Pflege an verschiedene Einrichtungen angewiesen werden konnten.“

Durch das Programm sollen die stationäre Pflege und – verbunden mit einer Ausweitung in den sozialen Nahraum – auch die häusliche Pflege wohnortnah gestärkt werden. Durch die staatlichen Gelder können Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze, aber auch Dauerpflegeplätze sowie ambulant betreute Wohngemeinschaften und Begegnungstätten gefördert werden.

Öffnung in den sozialen Nahraum

Dr. Dr. Markus Schick, der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Pflege (LFP), erläuterte: „Wir wollen Impulse setzen für eine Öffnung von Pflegeheimen in den sozialen Nahraum. Das können beispielsweise haushaltsnahe Dienste oder Betreuungsangebote im Viertel sein, die es den pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, so lange wie möglich soziale Kontakte zu pflegen und in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können.“

Förderbeispiele

Gefördert werden beispielsweise der Ersatzneubau des Kreislaltenheimes Palling mit sieben Tagespflegeplätzen, 90 Pflegeplätzen und einer Begegnungsstätte, die Sanierung und ein Neubau des Seniorenheimes Anlauertal Titting mit insgesamt 58 Dauerpflegeplätzen, Öffnung in den sozialen Nahraum, zwei Kurzzeitpflegeplätzen und fünf Tagespflegeplätzen und das Senioren-Servicehaus Pfatter mit 20 Tagespflegeplätzen und 12 Plätzen in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft. Außerdem erhält die BRK Tagespflege in Dingolfing Fördermittel für den Neubau einer Tagespflege mit 15 Plätzen.

Insgesamt 209 Pflegeplätze entstehen mit Hilfe der bis jetzt

bewilligten Fördermittel neu oder können modernisiert werden, um einen künftigen Wegfall zu verhindern. 9.265.000 Euro an Fördergeldern wurden bereits bewilligt – insgesamt stehen für die Investitionskostenförderung 60 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere Informationen rund um die Förderrichtlinie finden Interessierte im Internet unter www.pflegesonah.bayern.de.

Wohnortnahe Versorgung

Ein besonderes Anliegen der Investitionskostenförderung ist die Stärkung der wohnortnahen Versorgung. Aus diesem Grund setzt die Förderrichtlinie einen Schwerpunkt auf Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen sowie ambulant betreute Wohngemeinschaften. Gerade im ländlichen Raum soll auch die Entstehung von kleinen pflegerischen Angeboten unterstützt werden (z.B. Förderung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften mit einer räumlich getrennten Begegnungsstätte in einem Gebäude oder die Schaffung von Tagespflegeplätzen). Es sind bereits 62 Förderanträge eingegangen (Stand: 14. Mai 2020).

Zukunftsweisende Strukturen

Ministerin Huml ergänzte: „Mit unserem Förderprogramm möchten wir zukunftsweisende Strukturen in der Pflege schaffen. Daher unterstützen wir Projekte, die ambulante und stationäre Pflege miteinander verbinden, wie z.B. den Ersatzneubau des Kreislaltenheimes Palling im Landkreis Traunstein. Neben 90 neuen Dauerpflegeplätzen werden hier auch sieben Tagespflegeplätze und ein Begegnungszentrum für bis zu 20 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen geschaffen.“

Huml fügte hinzu: „Durch die Vernetzung von ambulanten und stationären Angeboten und den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen ermöglichen wir individuelle Pflegearrangements und stärken so die häusliche Pflege. Die Teilhabe pflegebedürftiger Menschen am gesellschaftlichen Leben und die Unterstützung pflegender Angehöriger sind mir ein wichtiges Anliegen.“

Fördervoraussetzungen

Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem der nachgewiesene Bedarf an Pflegeplätzen oder Begegnungstätten, die sozialräumliche Planung, beispielsweise in Form eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts, eine fachliche Konzeption sowie eine abgeschlossene bauliche Planung. Anträge für die Förderung können an das für den Vollzug des Programms zuständige Landesamt für Pflege gerichtet werden. Das Landesamt für Pflege erreichen Sie unter folgender Adresse: Bayerisches Landesamt für Pflege, Köferinger Straße 1, 92224 Amberg oder per E-Mail unter: poststelle@lfp.bayern.de.

Landkreis Günzburg:

Fast 6 Millionen Euro für kommunale Hochbaumaßnahmen im Günzburg

Auch in diesem Jahr unterstützt der Freistaat Bayern kommunale Hochbaumaßnahmen im Landkreis Günzburg. Der Landkreis selbst, die Städte Burgau, Günzburg und Thannhausen, die Gemeinden Kötz und Röfingen sowie der Schulverband Thannhausen erhalten Zuweisungen nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes für kommunale Hochbaumaßnahmen in Höhe von insgesamt 5.801.000 Euro. Dies teilte Alfred Sauter, MdL mit.

1,78 Millionen Euro erhält der Landkreis für Generalsanierung und Umbau des Krumbacher Simpert-Kraemer-Gymnasiums. 2,3 Millionen Euro dienen der Erweiterung und Sanierung des Dossenberger-Gymnasiums in Günzburg.

Für die Erweiterung der Kindertagesstätte Mindelzwerge erhält die Stadt Burgau 50.000 Euro sowie über 150.000 Euro für den Umbau und die Erweiterung der Kindertagesstätte Purzelbaum in Unterkörnigen.

Einen Baukostenzuschuss von 70.000 Euro bekommt Günzburg für Umbau und Erweiterung des

räte auf integrierten Brandschutz mittels Kleinlöschsicherungen zu bestehen.“

Das Unternehmen hat eine Hotline JOB-Coronahilfe eingerichtet: +49 (0) 4102-2114-223

Die JOB-Gruppe entwickelt, produziert und vertreibt thermisch auslösende Glasampullen für automatische Sprinkler, die mittlerweile zum Standard in der Sprinklerindustrie geworden sind. Dazu kommen neue, auf die Minderung von Schäden ausgerichtete Löschkonzepte, um Brände bereits in der Entstehungsphase zu erkennen und gezielt löschen zu können.

Das Unternehmen ist Weltmarktführer in Forschung, Entwicklung und Produktion von wärmeempfindlichen Thermo Bulbs (Glasfässchen) für die Sprinklerindustrie und andere Branchen. Der hohe technische Standard wird durch die eigene Produktion von gezogenen Glasrohren mit hoher Flexibilität ergänzt, weshalb die JOB-Gruppe für jeden Kunden Produkte individualisieren kann.

Weitere Informationen: job-group.com



V.r.: Baudirektor Stefan Noll und der Leiter des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach, Henner Wasmuth, erklärten Landrat Richard Reisinger und Matthias Kolb, Leiter des Tiefbauamts am Landratsamt Amberg-Sulzbach, anstehende Straßenbauprojekte im Landkreis Amberg-Sulzbach. Bild: Christine Holleder

Straßenbauprojekte im Fokus

Dialog zwischen Landrat und Vertretern des Bauamts

Amberg-Sulzbach. Corona zum Trotz werden auch in diesem Jahr im Landkreis Amberg-Sulzbach wieder zahlreiche Straßenbauprojekte in Angriff genommen. Über einzelne Schwerpunkte tauschte sich Landrat Richard Reisinger nun mit Vertretern des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach aus. Dieses zeichnet für Bundesstraßen und Staatsstraßen verantwortlich.

Behördenleiter Henner Wasmuth und Baudirektor Stefan Noll, zuständiger Abteilungsleiter für den Landkreis Amberg-Sulzbach, betonten dabei, dass das Staatliche Bauamt „auch in diesen schwierigen Zeiten den Beteiligten am Bau als verlässlicher Partner zu Seite steht und die Bauwirtschaft und Ingenieurbüros weiterhin

mit Aufträgen unterstützt“. Bis dato habe das Coronavirus laut Noll wenig Einfluss auf das Baugeschehen sowie die Materialverfügbarkeit, sodass die Straßen- und Brückenbauprojekte im Zeitplan liegen.

Rege Bautätigkeit

So findet auch im Landkreis

Amberg-Sulzbach aktuell rege Bautätigkeit statt. Beispiel Birgland: Dort wird an zwei Querungshilfen in Schwend sowie an einem Radweg zwischen Schwend und der A6 gebaut. Letzterer ist Teil eines Radwegkonzepts zwischen Sulzbach-Rosenberg und Lauterhofen (Lkr. Neumarkt) im Umfeld der Staatsstraße 2164, so Noll.

Radwege sind ein besonderes Anliegen

In Punkto Radwege ist Landrat Richard Reisinger ein Radweg entlang der B 14 von Sulzbach-Rosenberg nach Kauerhof ein besonderes Anliegen. Hier finden laut Stefan Noll aktuell Verhandlungen zum Grunderwerb statt. Zudem werde vor Ort aufgrund der Erweiterung des Bau- und Gewerbegebiets sowie der vorhandenen Bushaltestelle beim dortigen Gasthaus die Installation einer Bedarfsampel geprüft.

Kurz vor Fertigstellung ist dagegen die Kreuzung B 85/Kreisstraße AS 11 bei Edelsfeld. Dort könne bereits in wenigen Wochen der Verkehr wieder ohne Einschränkungen rollen, so Noll. Die B 85 ist ohnehin ein Schwerpunktthema. So soll in den Pflingstferien der Fahrbahnbelag auf Höhe des Krankenhauses (zwischen der Abfahrt Staatsstraße 2164 (Bereitschaftspolizei) und der B 14) auf einer Länge von rund 1,3 Kilometern erneuert werden. Ähnliches soll in einem ersten Bauabschnitt auf der B 85 bei Auerbach geschehen. Die Kosten für beide Projekte belaufen sich auf rund 3,3 Millionen Euro.

Fahrbahnerneuerungen

Fahrbahnerneuerung stehen zudem auf der B 14 zwischen Sulzbach-Rosenberg und Hahnbach (ca. 3 Kilometer) an sowie auf der B 299 bei Ursensollen (ca. 1 Kilometer). Kosten hierfür rund 2,8 Millionen Euro. Bei Ursensollen wird parallel dazu die baubedingt zu sperrende Anschlussrampe der A6 mit einem neuen Fahrbahnbelag versehen.

Positives gibt es auch vom Radweg zwischen Amberg und Hirschau zu berichten. Zwischen Immenstetten und Steingloh wird in der zweiten Jahreshälfte der radverkehrstaugliche Ausbau eines bestehenden öffentlichen Feld- und Waldweges vorbereitet. Ziel ist es, entlang der Staatsstraße 2238 eine Radwegverbindung zwischen den beiden Städten zu schaffen.

Zwischen Freudenberg und Mertenberg soll noch in diesem Jahr mit dem Ausbau der Staatsstraße auf einer Länge von rund 1,5 Kilometern im Bereich Wutschdorf begonnen werden.

Stefan Noll/Christine Holleder

Wussten Sie schon?

Wir sanieren auch Ihre Schule



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr "Bauamt auf Zeit" bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten
- ✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien



Erhöhte Feuergefahr durch Beatmungsgeräte

Tödliche Unfälle in Russland waren vermeidbar

Die Brandunfälle mit Beatmungsgeräten von Corona-Patienten in Moskau und St. Petersburg belegen, wie wichtig das Thema integrierter Brandschutz in medizinischen Geräten ist. Die in Ahrensburg bei Hamburg ansässige JOB GmbH, Technologieführer bei integrierten Brandschutz-Systemen, weist darauf hin, dass die Unfälle in den beiden russischen Kliniken, bei denen kürzlich sechs Menschen ums Leben kamen, mit geringfügigem Aufwand sehr wahrscheinlich vermeidbar gewesen wären.

So können in die meisten medizinischen Geräte mit geringem finanziellem Aufwand eine Kleinlöschsicherungsanlage eingebaut werden, die als kleinster Feuerlöscher der Welt gelten. Dabei handelt es sich um eine Glasampulle, die bei großer Hitze zerplatzt und ein brandstoppendes Schutzgas freisetzt, das Feuer löscht und den Strom unterbricht. Damit können Brände vermieden, Menschenleben und Werte geschützt werden – insbesondere auch in sensiblen Infrastrukturen wie Krankenhäusern. Angesichts der Corona-Krise

hat die JOB GmbH angeboten, die Hersteller von Beatmungsgeräten kostenlos mit E-Bulbs zu beliefern und entsprechende Design-In-Teams zur Verfügung zu stellen.

JOB-Geschäftsführer Bodo Müller: „Statistisch gesehen brennt es auch in deutschen Kliniken einmal pro Woche. Die Unfälle ließen sich in vielen Fällen vermeiden wenn alle Geräte mit internem Brandschutz ausgestattet wären. Trägern und Betreibern von Krankenhäusern ist dringend zu empfehlen, bereits bei der Ausschreibung zur Beschaffung medizinischer Ge-

Halbzeit beim 2. Bauabschnitt:

„Kultur-Schloss Theuern wird immer schöner“

Bauliche Überraschungen verzögern Zeitplan

Bei der Sanierung historischer Gebäude sind bauliche Überraschungen nichts Ungewöhnliches. Diese Erfahrungen machen derzeit auch die Verantwortlichen des Landratsamtes Amberg-Sulzbach, die mit der Generalsanierung des ehemaligen Hammerherrenschlosses in Theuern betraut sind. Landrat Richard Reisinger, Museumsleiter Dr. Martin Schreiner, Projektleiter Thomas Raithel vom Gebäudemanagement des Landkreises Amberg-Sulzbach und Tourismusreferent Hubert Zaremba machten sich jetzt ein Bild vom Fortschritt der Sanierungsarbeiten.

Trotz Verzögerungen im Zeitplan des 2. Bauabschnitts geht es stetig voran. „Das Kultur-Schloss Theuern wird von Tag zu Tag schöner“, betont Landrat Richard Reisinger. Große Fortschritte macht der kleine Saal im Südflügel des Kultur-Schlosses. Nachdem sich nach der Freilegung der Tragkonstruktionen erhebliche Bauschäden auftraten, mussten das Deckentragwerk statisch und bauphysika-

lung verschiebt sich damit voraussichtlich auf Herbst 2021.

Eingriffe in die historische Substanz

Mit dem 3. und letzten Bauabschnitt steht die Sanierung des Schlosshauptgebäudes mit Jägerhaus an. Die Planungen sind noch nicht abgeschlossen, da größere Eingriffe in die historische Substanz zu bewerkstelligen sind.



Nach umfassenden Sanierungsarbeiten nimmt der kleine Saal im Südflügel des Kultur-Schlosses Theuern allmählich Form an. Vom Baufortschritt überzeugten sich Landrat Richard Reisinger und Museumsleiter Dr. Martin Schreiner (2. und 3. v. rechts), Projektleiter Thomas Raithel (rechts) und Tourismusreferent Hubert Zaremba (links).

Bild: Martina Beierl / Christine Holleder (Archivbild)

lisch komplett erneuert und die Bodendielen über dem Gewölbe saniert werden. Das stark zerstörte Gewölbemauerwerk im ehemaligen Pferdestall darunter konnte nur durch einen Teilabriss und Wiederaufbau ersetzt werden.

Derzeit laufen die Arbeiten für den Personenaufzug und für die WC-Anlage. Dazu werden Bohrpfähle tief im Boden installiert, der Untergrund stabilisiert und anschließend die Bodenplatten eingezogen. Schäden in der Holzbalkendecke im kleinen Saal waren vorher nicht bekannt. „Sie stellten auch so eine bauliche Überraschung dar, die zu der Bauverzögerung geführt hat“, erklärt Thomas Raithel. Um ein gutes weiteres Jahr wird sich deshalb der 2. Bauabschnitt hinziehen. Die Fertigstel-

lung sind. Baubeginn ist voraussichtlich im Frühjahr 2022. Bauabschnitt 1 mit der Sanierung des ehemaligen Schweinestalls ist erfolgreich abgeschlossen. Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Neugestaltung der Museumsräume „Industriegeschichte“ im Dachgeschoss. Sowohl die Anordnung der Steckdosen als auch die Beleuchtung bieten künftig ein flexibles System, das Umgestaltungen im Ausstellungsbereich mit geringem Aufwand möglich macht.

Barrierefreiheit

In Zukunft sind beide Veranstaltungssäle für Hochzeitsgäste und Kulturbesuchern barrierefrei zu betreten. Dank einer modernen Holzpellet-Heizung mit Regelung wird das rund 240 Jah-



Landrat Leo Schrell und Oberbürgermeister Frank Kunz verschafften sich gemeinsam mit Vertretern des BRK sowie der Baufirma und des Planungsbüros einen Eindruck vom Beginn der Bauarbeiten zur Errichtung einer neuen Tagespflegeeinrichtung des BRK. Bild: Jan Koenen

Baubeginn an der BRK-Tagespflege Dillingen

In der aktuellen Corona-Pandemie wird in besonderer Weise deutlich, wie wichtig bedarfsgerechte Angebote im Bereich der Pflege sind. Deshalb freuen sich Landrat Leo Schrell und Oberbürgermeister Frank Kunz unisono, dass in diesen Tagen mit dem Bau der BRK-Tagespflege in Dillingen gestartet werden konnte.

„Der BRK-Kreisverband Dillingen stellt sich mit der neuen Einrichtung den Anforderungen an die Pflege der Zukunft. Gerade die momentane Corona-Situation hat die Defizite in diesem Arbeitsbereich deutlich aufgezeigt“, so der Vorsitzende des BRK-Kreisverbandes, Landrat Leo Schrell.

Die neue Tagespflege bietet

Platz für insgesamt 20 Besucher, die dort während des Tages betreut werden. Der Fahrdienst des Roten Kreuzes wird die Beförderung von und zur Einrichtung durchführen. Gerade im Bereich der teilstationären Versorgung wird durch die BRK-Tagespflege eine Lücke zwischen der ambulanten und vollstationären Versorgung von älteren Menschen geschlossen. Diese Einrichtung ist im Landkreis Dillingen die erste reine Tagespflegeeinrichtung. Dafür investiert der Kreisverband des Roten Kreuzes rund 1,3 Mio. Euro.

Für den BRK-Kreisverband Dillingen ist die Tagespflege ein weiterer Baustein seines Versorgungskonzeptes für Menschen mit einem Hilfebedarf. „In den letzten Jahren wurden durch die Betreute Wohnanlage in der Schillerstraße, die in unmittelbarer Nähe zur neuen Tagespflege entstanden ist, und durch die bereits bestehende Sozialstation weitere Angebote geschaffen“, stellt Stephan Härpfer, Geschäftsführer des BRK-Kreisverbandes, fest. Das Personal für die neue Tagespflege wurde aus bestehendem Pflegepersonal generiert und für die neue Tätigkeit geschult.

Leo Schrell bedankt sich sehr herzlich bei der Hospitalstiftung Dillingen, namentlich dem Vorsitzenden, Frank Kunz, für den Verkauf des Bauplatzes. Kunz betont: „Mit dem neuen Angebot wird in Zukunft nicht nur die Betreuungssituation in unserer Stadt ausgebaut – die Tagespflege bedeutet vor allem auch für die pflegenden Angehörigen eine spürbare Entlastung. Deswegen hat sich auch der Stadtrat klar dafür ausgesprochen, dieses wichtige Projekt zu unterstützen, um so die Familienfreundlichkeit für alle Generationen weiter zu stärken“, so das Dillinger Stadtoberhaupt.

Ein „Tokyo Tower“ für den Heuchelhof

Gartenamt gestaltet die Spielplätze Tokio- und Otsustraße um

Aufgrund der Corona-Pandemie musste das Gartenamt der Stadt Würzburg zum Bedauern vieler Kinder und Eltern die öffentlichen Spielplätze sperren. Auf dem Heuchelhof konnte diese Zeit jedoch genutzt werden: Die beiden Spielplätze Tokio- und Otsustraße wurden für insgesamt ca. 175.000 Euro umgestaltet.

Auf dem Spielplatz Tokiostraße mussten mehrere Spielgeräte rückgebaut werden. Eine grundlegende Erneuerung war unumgänglich. Bereits 2016 fand in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Familie, der ARGE Familien in der Stadt, dem Quartiersmanagement Heuchelhof sowie dem Bürgerverein Heuchelhof eine Nutzerbeteiligung vor Ort statt. Die dort aufgenommenen Anregungen und Wünsche bildeten die Basis für die Planung des Gartenamtes.

Den Spielplatz in sein Umfeld integrieren

„Unser Grundanliegen bei den Planungen ist es, den einzelnen Spielplatz ebenso wie das Umfeld zu betrachten“, so Dr. Helge Bert Grob, Leiter des Gartenamtes. Im Bereich Madrider Ring befindet sich neben dem Spielplatz Tokiostraße auch der Spielplatz Otsustraße. Die fußläufige Entfernung beträgt lediglich 125 m. Daher entwickelte das Gar-

tenamt ein räumliches und thematisches Gesamtkonzept für beide Spielplätze: Die Angebote für kleinere Kinder wurden weitgehend auf dem Spielplatz Otsustraße und die für größere Kinder auf dem Spielplatz Tokiostraße realisiert.

Anregungen aus der Bevölkerung

Die Anregungen der Nutzerinnen und Nutzer waren vielfältig. Besonders das Thema Klettern und Rutschen in zwei unterschiedlichen Höhen lag ihnen am Herzen. Dieses Kernanliegen und weitere Wünsche konnten im Rahmen der Planung des Gartenamtes berücksichtigt werden. Lediglich auf separate Fußballtore wurde bewusst verzichtet. Es gibt einen nahe gelegenen Bolzplatz.

„Ziel des Gartenamtes war es“, so Dr. Grob, „zwei individuelle und auf den Ort zugeschnittene Spielplätze zu gestalten“. Daher stehen die Entwürfe – ausgehend von den Straßennamen – unter dem Thema „Japan, Tokio, Otsu“. Abgeleitet von den in den Flaggen vorkommenden Elementen, wurden punktförmige Spielgeräte und kreisrunde Formen verwendet. Außerdem wurden – beispielsweise bei den Spielgeräten – die charakteristischen Farben rot und weiß aufgegriffen.

Individuelles Spielgerät

Der „Tokyo Tower“ ist das Wahrzeichen der japanischen Metropole Tokio. In Anlehnung daran wurde ein individuelles Spielgerät entwickelt. Diese teilweise über neun Meter hohe Kombination aus Stahl und Holz ist das Hauptelement der Planung. Sie besteht aus einem Vierecksturm mit 1,90 m Podesthöhe, schrägen Kletternetzen und einer Edelstahlrutsche. Hoch hinaus ragen die rot-weißen Stahlpfosten. Über eine Seilbrücke gelangt man zu einem Sechsecksturm, dessen Grundriss in Anlehnung an die

Flagge Tokios ausgewählt wurde. Ausgestattet ist er mit einem senkrechten Kletternetz und einem Kletter-Balancier-Aufstieg. Außerdem wurden eine Nestschaukel, eine Wippe und drei einzelne Spielpunkte zum Drehen, Hüpfen und Sitzen oder Bockspringen aufgebaut. Bänke und Sitzauflagen runden das Angebot ab.

Neue Sandspielfläche

Der Spielplatz Otsustraße wurde mit einer Spielkombination für kleine Kinder ausgestattet. Auf das 0,95 m hohe Podest mit Edelstahlrutsche führt ein Treppenaufstieg. Zudem gibt es eine Unterschlupfmöglichkeit.

Der bestehende Sandkasten wurde durch eine neue Sandspielfläche mit Sandbagger ersetzt. Ein rundes Bodentrampolin lädt zum Hüpfen und Springen ein. Natürlich wurden auch hier Sitzmöglichkeiten vorgesehen. Voraussichtlich Ende Mai sind die Fundamente ausgehärtet und der Rollrasen angewachsen. Leider ist die weitere Entwicklung bezüglich der Sperrung von Spielplätzen aktuell noch nicht absehbar. Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner hofft jedoch, dass die neuen Geräte möglichst bald von vielen Kindern gespielt werden können.



Der neue „Tokyo Tower“ auf dem Spielplatz Tokiostraße.

Bild: Gartenamt / Marie-Luise Löchner



Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0, info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de

Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Sparkassen – verlässliche Partner auch in Corona-Zeiten

GZ-Interview mit Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern

GZ: Dr. Netzer, wie stark hat die schnelle Ausbreitung der Corona-Pandemie die Arbeit der Sparkassen verändert, wurden Sie überrascht?

Netzer: Es ging uns wie so vielen anderen – obwohl wir doch gesehen hatten, was auf uns zukommt, hatten wir dann das Gefühl, dass alles ganz plötzlich ging. Aber dank gut vorbereiteter Notfallpläne konnten wir unseren Betrieb quasi von heute auf morgen weitgehend umstellen: weniger Geschäftsstellenbetrieb, dafür enorm viel mehr Onlineaktivitäten unserer Kunden und Berater. Vor allem für die schnellen Liquiditätshilfen für Kunden, die oft schon rasch wirtschaftlich unter Druck kamen.

Die Sparkassen laufen seitdem auf Hochtouren, unsere Mitarbeiter leisten noch immer enormen Einsatz, um unsere Kunden gerade in dieser Krisenzeit zu begleiten. Wir haben fast überall Kapazitäten aufgestockt, Fachleute für Aufgaben aus anderen Bereichen in Webinaren geschult. Das haben viele Sparkassen vor allem im Kreditbereich so gehandhabt: Denn ein großer Schwerpunkt liegt auf der Bear-

beitung von Förderkrediten für unsere Firmenkunden.

GZ: Wie viele Förderkredite im Zusammenhang mit dem Corona-Hilfsprogramm konnten Sie denn bislang auf den Weg bringen?



Dr. Ulrich Netzer.

Netzer: Mittlerweile sind es fast 3.700 Förderkredite mit einem Volumen von über 950 Mio. Euro, die allein die bayerischen Sparkassen auf den Weg gebracht haben. Für sehr viele Kunden sind diese Förderkredite

aber gar nicht die beste Lösung. Oft ist ein direkter Kredit bei der Sparkasse vorteilhafter in den Finanzierungsmix einzubauen. Auch hier gilt: Jeder vertretbare Kredit wird auch vergeben. Im März und April haben wir 3,8 Mrd. Euro neue Kredite an Unternehmen und Selbstständige zugesagt, das sind 26 Prozent mehr als im März/April 2019.

GZ: Hätten das nicht mehr sein können? Die langsamen Fortschritte bei der Kreditvergabe wurden ja öfter bemängelt.

Netzer: Es ist klar, dass wir Sparkassen als Hausbanken eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für unsere Kunden in den bayerischen Regionen tragen. Dieser Verantwortung kommen wir so schnell und so umfänglich wie möglich nach. Es ist in unserem ureigensten Interesse, dass unsere Kunden auch nach der Krise noch unsere Kunden sind, also erstens am Markt und zweitens erfolgreich. Wir tun alles, um gemeinsam gut durch diese Krise zu kommen, das Motto bei uns heißt #gemeinsamdadurch.

Gleichzeitig müssen wir allerdings auch achtsam sein – das ist wie bei einem Rettungsschwimmer: Er will helfen, muss aber beim Retten auch auf sich selber achten. Es gab zu Beginn viele Unklarheiten über die genaue Ausgestaltung der Förderkredite. Und natürlich mussten wir korrekte Kreditprüfungen durchführen – das verlangen die Förderbanken genauso wie die Aufsicht von uns.

GZ: Was heißt das genau?

Netzer: Die staatlichen Förderbanken haben zu Beginn der Krise sehr schnell zusätzliche Fördermittel bereitgestellt. Die Bedingungen für die Vergabe waren aber noch nicht immer klar. Gleichzeitig sollten die Hausbanken aber schon für die Förderbanken die Kreditprüfung durchführen. Dazu gibt es an und für sich klare Vorschriften, die im Verlauf der Wochen erleichtert wurden. Wenn eine Sparkasse aber nun eine Kreditprüfung ohne Klarheit positiver abgeschlossen hätte als es zum jeweiligen Zeitpunkt erlaubt war, müsste sie damit rechnen, dass sie bei Überprüfung durch die Finanzdienstleistungsaufsicht Schwierigkeiten bekommt. Das gilt ganz unabhängig davon, dass die Hausbanken natürlich auch ein eigenes Interesse daran haben, nur solide Finanzierungen zuzusagen, weil sie ja selbst in aller Regel für einen Teil des Ausfallrisikos haften.

GZ: Die Haftungsfreistellung also war der Knackpunkt?

Netzer: Am Anfang gab es viele Unklarheiten und auch sehr viel Unwissenheit bei den Antragstellern. Viele dachten, dass die Haftungsfreistellung den Antragsteller betrifft, er also nicht mehr voll für den Kredit haften müsse. Aber das war ein wenig forderliches Missverständnis, denn die Haftungsfreistellung bezieht sich auf das Innenverhältnis zwischen Förderbank und Hausbank. Sie ändert nichts an der Tatsache, dass es nicht um einen Zuschuss, sondern um einen Kredit geht, der geprüft und später zurückbezahlt werden muss. Das gilt auch für die Schnell-Kredite mit 100prozentiger Haftungsfreistellung – sollten sie ausfallen muss die Hausbank hier nichts an die Förderbank zurückzahlen. Bei den anderen Konstruktionen bleibt immer ein Teil des Ausfallrisikos bei der Hausbank.

GZ: Welche Hilfen gibt es denn bei den Hausbanken außer Krediten auf die eigene Bilanz oder aus dem Corona-Schutzschirm?

Netzer: Neben der Neukredit-

vergabe ist erst einmal die Erhöhung von Kontokorrentspielräumen ein sehr häufig genutztes Mittel – manchmal sogar bei einer Reduzierung der dafür anfallenden Zinsen. Die Hauptstütze für die Entlastung unserer Kunden ist aber die vorübergehende Aussetzung von Zins- und Tilgungsleistungen bei bereits bestehenden Krediten: Mittlerweile haben die bayerischen Sparkassen insgesamt bereits über 44.000 Tilgungsaussetzungen vorgenommen, davon 53 % für Firmenkunden.

Die Corona-Krise wird uns alle aber noch länger beschäftigen, so dass noch einige Unternehmen wegen Einnahmeverlusten in finanzielle Engpässe geraten werden. Weil wir vor Ort mit und von unseren Kunden leben ist es für uns selbstverständlich, gemeinsam Lösungen zu finden. Konkret heißt das, dass Sparkassenkunden bei bestehenden Krediten die fälligen Tilgungsleistungen für mehrere Monate aussetzen können.

GZ: Wo gibt es derzeit die größten Hürden bei der Finanzhilfe für die Unternehmen?

Netzer: Schwierig wird es leider immer dann, wenn Unternehmen nicht erst durch die Corona-Krise in Liquiditätsengpässe gekommen sind. Wer aber 2019 ein gesundes Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell hatte, der kann auch jetzt mit unkomplizierter Unterstützung rechnen.

GZ: Und wie sehen Sie die Auswirkungen auf die Kommunen?

Netzer: Bislang hat der Fokus der Krisenbewältigung auf Hilfen für die Wirtschaft und private Haushalte gelegen. Der nächste Schritt muss jetzt sein, die kommunalen Haushalte zu sichern. Denn wir sehen, dass die Folgen der Corona-Pandemie natürlich auch die kommunalen Haushalte erheblich betreffen. Zu befürchten

ist immerhin ein sehr deutlicher Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen – allen voran der konjunkturanfälligen Gewerbesteuer. Auch die Gebühren, Beiträge und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit stehen unter Druck. Und das bleibt wohl auch mittelfristig so: Von 2021 an rechnen immer noch 86 Prozent der Kämmerer mit sinkenden Einnahmen. Die Sparkassen haben auch hier vor Ort bereits reagiert und unterstützen die bayerischen Kommunen überall dort, wo es notwendig ist. Soweit ich das sehe, sind die Bayern hier aber ohnehin im Vorteil. Bundesweit ist die Spreizung zwischen stark und wenig betroffenen Kommunen viel größer als im Freistaat.

GZ: Wie sehen denn hier die Unterstützungsleistungen aus?

Netzer: Den meisten Kommunen stehen die größeren Herausforderungen ja noch bevor. Aber schon jetzt fallen bereits laufende Einnahmen weg, z.B. durch Steuerstundungen. Hier helfen die Sparkassen durch die Erhöhung von Kassenkrediten. Aber Liquidität ist sehr oft gar nicht das Problem, sonst hätte es zuvor das Thema Verwarentgelte gar nicht gegeben. Es werden also erst einmal Bestände abgebaut. Doch die mittelfristigen Ausfälle von Steuereinnahmen setzen Investitionsplänen unter Druck. Um die Investitionslücke zu schließen, bieten wir, gemeinsam mit der Bayern-Labo, sehr günstige Investitionskredite an. Es muss also jetzt wie in Zukunft keine Kreditklemme für die bayerischen Kommunen befürchtet werden.

GZ: Wären da Investitionen in eine stärkere Digitalisierung der kommunalen Abläufe nicht sinnvoll?

Netzer: Ja, klar. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, einige Lehren aus

dem Shutdown ins normale Leben zu übernehmen. Auch die kommunalen Einrichtungen reduzieren die direkten Kontakte – mit Homeoffice und Videocalls allein ist es aber nicht getan. Das Thema „Online-Rathaus/Landratsamt“, in dem kommunale Dienstleistungen auf einer Webpräsenz abrufbar sind, rutscht derzeit in den Prioritätenlisten der Bürgermeister und Landräte ganz nach oben. Die Landesregierung stellt dafür spezielle Fördermittel im Programm „Digitales Rathaus“ zur Verfügung. Und die Sparkassen bieten schon seit einiger Zeit ein leistungsfähiges System zur Abwicklung der Bezahlvorgänge an: Mit „Girocheckout“ steht hier der erprobte Baustein für das E-Payment bereit.

GZ: Meinen Sie, dass die Bürger schon bereit für solche Lösungen sind?

Netzer: So wie wir Sparkassen eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Online-Banking-Leistungen feststellen, sehen wir auch, dass sich in der aktuellen Situation viele die Möglichkeit wünschen, andere Erledigungen wie z.B. Behördengänge per Computer oder Smartphone zu erledigen. Hier findet zurzeit ein Umdenken statt. Der Bedarf ist in den letzten Wochen rasch gestiegen.

Die Sparkassen bieten ihren Kunden übrigens jetzt die Möglichkeit, sich in einem stark vereinfachten Prozess auf elektronischem Weg für das Online-Banking freischalten zu lassen, ohne dass sie dafür in eine Filiale kommen müssen. Damit reagieren sie auf das gestiegene Interesse an Online-Banking – auch von Kunden, die ihre Bankgeschäfte bisher lieber in der Filiale durchgeführt haben. Die Bayern sind offener geworden für neue Lösungen und wir begleiten sie dabei verlässlich.

Flagge zeigen für Vielfalt

Am 26. Mai fand der Deutsche Diversity-Tag 2020 statt - ausgerufen von der Charta der Vielfalt. Schon lange definiert der Konzern Versicherungskammer Vielfalt als zentralen Unternehmenswert.

„Seit einigen Jahren fördern wir Diversity, weil es ein explizit definierter Wert unseres Konzerns ist“, erklärt Barbara Schick, die im Konzernvorstand für Diversity verantwortlich ist. „Das Engagement von uns allen ermöglicht eine Vielfalt an Perspektiven, Kompetenzen und Meinungen, die jeden Einzelnen mit einschließt und zu einer offenen Gesellschaft beiträgt.“

Offenes Denken und ein Statement für Toleranz sind gerade angesichts der derzeit herrschenden Unsicherheit wichtig für eine positive gemeinschaftliche Grundhaltung. Deshalb engagierte sich der Konzern Versicherungskammer bereits zum wiederholten Mal am jährlich stattfindenden Deutschen Diversity-Tag mit verschiedenen Aktionen. Er weist damit auf die Vielfalt in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt hin.

Seit 2016 setzen sich Mitarbeitende des Konzerns in mehreren Arbeitsgruppen auf freiwilliger Basis für verschiedene Themen ein und entwickeln Maßnahmen für den Konzern. Hierbei wurde beispielsweise erprobt, was jun-

ge und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in generationenübergreifenden Tandems voneinander lernen können und wie Jobsharing auch auf der Führungsebene umgesetzt werden kann. Eine weitere AG beschäftigt sich damit, möglichst vielfältige Talente bei der Personalauswahl zu berücksichtigen.

Zum Diversity-Tag wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund der aktuellen Situation virtuell einiges geboten. Das Intranet lud zu Beiträgen und Mitmachforen ein und in den Casinos konnten sie mit Diversity-Menüs To Go-Vielfalt schmecken.

Auch über die Social-Media-Kanäle der Versicherungskammer wurde auf das Thema aufmerksam gemacht. Alles unter dem Motto #FlaggefürVielfalt: Die Versicherungskammer ist überzeugt, dass dann, wenn die verschiedenen Talente und Perspektiven aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden, daraus ein großer Mehrwert für jeden Einzelnen sowie für das Unternehmen entstehen kann.

Sparkassen-Kreditbasket XVI erfolgreich aufgestockt

Der Sparkassen-Kreditbasket XVI (S-KB XVI 2019) konnte wie seine beiden Vorgängerpools mit dem sog. zweiten Einbringungstermin aufgestockt werden. 115,3 Mio. Euro zusätzliches Absicherungsvolumen, verteilt auf 56 Adressen, erhöhen den Gesamtpool auf 712,2 Mio. Euro. 32 Sparkassen nutzten die Möglichkeit, mittelständische Kreditrisiken gegen Ausfälle abzusichern - die Gesamtteilnehmerzahl steigt dabei auf 83, so dass der Rekord von 2017 eingestellt wird.

Die Sparkassen haben die Absicherungsentscheidungen für den Aufstockungstermin bereits vor der Corona-Pandemie getroffen und können sich nun bestätigt sehen. Auch die bereits angekündigte diesjährige Kreditpooling-Transaktion S-KB XVII 2020 wird stark nachgefragt. Sie kann einen weiteren bedeutsamen Beitrag zur Stabilität der Betriebsergebnisse der teilnehmenden Sparkassen im Umfeld des schwersten Wirtschaftseinbruchs der jüngeren Zeit leisten.

Im Rahmen des Kreditbaskets übertragen Sparkassen mittels Kreditderivaten Adressenausfallrisiken großer gewerblicher Kre-

ditengagements auf ein Portfolio und erwerben im Gegenzug anteilig das diversifizierte Portfolio. Etwaige Ausfälle bei den Kreditrisiken müssen somit nicht von der einzelnen Sparkasse getragen werden, sondern verteilen sich als kleine Beträge auf alle investierenden Sparkassen.

Die Transaktion wurde erneut von BayernLB, Helaba, LBBW, NORD/LB sowie SaarLB arrangiert und von den regionalen Sparkassenverbänden und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) begleitet. Administratoren des Kreditbaskets sind die BayernLB und die Helaba.



VER SICHER KAMMER UNGS
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Finanzgruppe

Steuerschätzung Bayern:

Kommunale Haushalte stärken

Die drastischen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie treffen auch den Bayerischen Staatshaushalt. Wie Finanzminister Albert Füracker bei der Vorstellung der aktuellen Steuerschätzung hervorhob, könne der Freistaat heuer mit Steuereinnahmen von rund 41,6 Mrd. Euro rechnen - 5,5 Mrd. Euro weniger als noch im vergangenen Herbst vorausgesagt. „Aber Bayern stemmt sich gegen die Krise“, unterstrich Füracker: „Dank unserer vorausschauenden Finanzpolitik in der Vergangenheit und schneller, effektiver Reaktionen seit Beginn der Pandemie sind wir gut gerüstet.“

Auch in den nächsten Jahren muss der Freistaat Füracker zufolge mit deutlichen Mindereinnahmen rechnen. So sind im Vergleich zur letzten Schätzung rund 2,7 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen für 2021 zu erwarten, rund 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2022. Zum Vergleich: Nach dem Ausbruch der Finanzkrise beliefen sich die geschätzten Einnahmerückgänge im Jahr 2009 in Bayern auf etwa 1,5 Milliarden Euro.

Seriöse Finanzpolitik im Blick

Bayern, so der Finanzminister, bleibe auch in der Krise handlungsfähig und stehe zu seinen

Beschlüssen. „Trotz aktuell sinkender Einnahmeprognozen werden wir unsere Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigen. Ziel ist eine rasche konjunkturelle Erholung“, machte Füracker deutlich. „Investitionen und Maßnahmen, die Wirtschaft, Kommunen und Familien in Bayern zugutekommen, werden daher im Jahr 2020 wie beschlossen fortgeführt.“ Damit sei sichergestellt, dass Wirtschaft und Bürger sich auf die bereits gegebenen Zusagen des laufenden Haushaltsjahres vollumfänglich verlassen können. „Mit dem Bayerischen Corona-Krisenmanagement stützen und stärken wir gezielt unsere Wirtschaft und sichern möglichst

viele Arbeitsplätze“, unterstrich der Minister.

Seriöse und zukunftsgerichtete Finanzpolitik bleibe Bayerns Markenzeichen. Dennoch musste der Bayerische Landtag mit Blick auf das Ausmaß der Pandemie zum ersten Mal seit vielen Jahren eine Aufnahme von neuen Schulden genehmigen. „Die aktuellen Kreditaufnahmen sind ein schmerzhafter Einschnitt, aber sie sind nötig, um die aktuelle Krise zu überwinden. Auf Basis der Steuerschätzung im September 2020 werden wir dann die Planungen für den Doppelhaushalt 2021/2022 darstellen“, erklärte Füracker.

Ein Aderlass ohnegleichen

Angeichts der drohenden Steuerausfälle von rund 2 Milliarden Euro bei den bayerischen Gemeinden und Städten sprach Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl von einem „Aderlass, den es so noch nie gegeben hat“. Er appellierte deshalb an die Bay-

erische Staatregierung, die Gemeinden und Städte in Bayern finanziell nicht im Regen stehen zu lassen.

Krise gemeinsam bewältigen

Gerade in Krisenzeiten müsse die öffentliche Verwaltung funktionieren. Die Bürgerinnen und Bürger, die durch die Corona-Krise ohnehin stark beeinträchtigt sind, erwarteten zu Recht Leistungen ihrer Gemeinden und vertrauten auf die Funktionsfähigkeit kommunaler Einrichtungen. Brandl: „Jedem ist klar: Nach der Corona-Krise werden in den Rathäusern die Rotstifte gezückt und kommunale Leistungen überprüft werden. Bayerns Gemeinden und Städte rufen deshalb der Staatsregierung zu: Helft uns, redet mit uns, wie wir die Krise gemeinsam bewältigen.“

Der Verbandschef erwartet von der Staatsregierung, dass umgehend Gespräche über die finanzielle Lage der Kommunen aufgenommen werden. Dort, wo konkreter Bedarf ist, gehe es um aktuelle Hilfestellungen, aber auch um die Stabilisierung der Finanzausstattung. Darüber hinaus müsse die Handlungs-, vor allem aber die Investitionsfähigkeit der Gemeinden und Städte gestärkt werden, um auch die örtliche Wirtschaft zu unterstützen.

Gewaltige Finanzlöcher

Laut Brandl können die Steuerausfälle derzeit noch nicht klar beziffert werden, weil die Krise noch nicht beendet ist. Doch seien bereits jetzt gewaltige Finanzlöcher absehbar. Bislang hätten sich die kommunalen Ebenen mit Forderungen zurückgehalten; nun sei es aber an der Zeit, mit dem Staat über konkrete Problemlösungen und die Zukunft der Kommunalfinanzen zu reden.

Auch der Bayerische Landkreistag hat Bund und Freistaat dazu aufgerufen, zu den Kommunen zu stehen. Wie Verbandspräsident Christian Bernreiter, Landrat in Deggendorf, hierzu ausführte, „brechen den Gemeinden in nie dagewesener Größenordnung die Steuereinnahmen weg. Fallende Steuereinnahmen bedeuten auch sinkende Schlüsselzuweisungen aus dem Allgemeinen Steuerverbund. Zudem fehlen auch weitere Einnahmen, wie etwa beim ÖPNV oder in den Bädern.“

Im ersten Schritt schlage dies in den Haushalten der Städte und Gemeinden krachend ein, etwas zeitverzögert dann in denen der Landkreise. Dies belastete die kommunale Aufgabenerfüllung und führe dazu, dass auch bereits beschlossene und geplante Investitionen auf den Prüfstand gestellt und schlimmstenfalls nicht weiterverfolgt werden können. Dies sei unbedingt zu verhindern.

Alle Kräfte mobilisieren

„Alles was wir tun (können), hängt von der Kraft unserer Unternehmen ab. Unsere Betriebe und die Arbeitsplätze, die sie bieten, sind der Schlüsselfaktor. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir alle Kräfte mobilisieren, um unsere Wirtschaft so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen und die Menschen in Lohn und Brot zu halten. Dafür müssen die kommunalen Haushalte gestärkt und die entstehenden Lücken gemeinsam gefüllt werden“, unterstrich Bernreiter. Die bayerischen Landkreise stünden zu ihrer Verantwortung und trügen durch ihr zügiges und entschlossenes Handeln wesentlich zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowie zur Akzeptanz der von der Staatsregierung beschlossenen Maßnahmen in der Bevölkerung bei. Bei den Verhandlungen mit

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand

Angeichts der Mai-Steuerschätzung für den Freistaat fordert der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, eine neue Schwerpunktsetzung im Haushalt. „Die Corona-Pandemie reißt ein riesiges Loch in den bayerischen Haushalt. Alleine für das laufende Jahr 2020 werden Mindereinnahmen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro erwartet. Bis 2022 summieren sich die Corona-bedingten Mindereinnahmen dann auf mehr als 10 Mrd. Euro. Diese neue Situation muss sich auch im Haushalt des Freistaates widerspiegeln.“

Daher dürfe nur noch das ausgegeben werden, was absolut notwendig ist und der wirtschaftlichen Erholung diene. „Sonst droht dem Haushalt eine massive Schieflage“, machte von Hohenhau deutlich.

Zwang zur Schuldenaufnahme

Der Bund der Steuerzahler kritisiert dabei ausdrücklich nicht die jetzt notwendige Abkehr vom strikten Schuldenverbot und die Erhöhung der bayerischen Neuverschuldung um 10 Mrd. Euro. Es liegt durch die Corona-Pandemie eine Notsituation vor, die selbst den finanziell solide aufgestellten Freistaat Bayern zwingt, jetzt neue Schulden zu machen, um den Schaden für die Menschen und die Wirtschaft zu minimieren. Das entspricht dem Geist der Schuldenbremse, für die sich der Bund der Steuerzahler in Bayern immer eingesetzt hat. Die Schuldenbremse erlaubt es, dass die öffentliche

Hand in Notsituationen Kredite aufnehmen kann. Zum Geist der Schuldenbremse gehört es ebenso, dass dann das Land einen Tilgungsplan erstellt und umsetzen muss, um die neuen Schulden in den folgenden Jahren wieder abzubauen.

Es darf keine Denkverbote geben

„Es ist nun geboten, die Landesausgaben den sinkenden Einnahmen anzupassen und neue Schwerpunkte im Haushalt, insbesondere zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise, zu setzen. Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Hier darf es keine Denkverbote geben“, so der Steuerzahlerbund. „Bayern war und ist Vorreiter einer soliden Haushaltspolitik. Der Steuerzahlerbund hofft, dass der Freistaat gerade jetzt in der Corona-Pandemie wieder Maßstäbe setzt, wie man rasch ein Weg zurück zur Normalität findet.“ □

Quartalsbilanz 2020:

BayernLB sorgt für Risiken aus Corona-Pandemie vor und weist Verlust aus

Die BayernLB bereitet sich mit einer angepassten Risikovorsorge auf den zu erwartenden Einbruch der Wirtschaftsleistung in Folge der Corona-Pandemie vor. Im ersten Quartal 2020 hat der Konzern 72 Mio. Euro (Vj.: +7 Mio. Euro) zurückgelegt, um für Kreditrisiken vorzubeugen. Mit einer harten Eigenkapitalquote (CET 1-Quote) von 14,7 Prozent zum 31. März (31.12.2019: 15,6 Prozent) ist die Bank sehr solide kapitalisiert, um solche Belastungen auch in Zukunft zu verarbeiten und ihre Kunden durch die Krise zu begleiten.

Operativ wirkte sich die Pandemie erst im März auf das Kundengeschäft aus. In Summe stiegen Zins- und Provisionsüberschuss im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum sogar leicht auf 498 Mio. Euro (Vj.: 492 Mio. Euro) an. Unter dem Strich weist die BayernLB trotzdem ein negatives Quartalsergebnis vor Steuern von -151 Mio. Euro (Vj.: 51 Mio. Euro) aus. Das ist insbesondere auf Zuführungen zur Risikovorsorge sowie Bewertungseffekte vor allem infolge des Einbruchs der Kapitalmärkte im März zurückzuführen. Zusätzlich belasteten die im ersten Quartal für das Gesamtjahr komplett verarbeitete europäische Bankenabgabe und die Beiträge für die Einlagensicherung. Die Aufwendungen dafür beliefen sich in Summe auf 115 Mio. Euro und lagen damit deutlich über dem Vorjahreswert von 93 Mio. Euro.

„Die Coronakrise schlägt sich jetzt auch in den Bankbilanzen nieder, auch wenn wir noch keine konkreten Einzelfälle mit akutem Risikovorbedarft haben. Unser ordentliches operatives Geschäft im ersten Quartal darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie stark die Pandemie die Wirtschaftsleistung bremst. Natürlich stellen wir uns darauf ein, dass wir im laufenden Geschäftsjahr angesichts des prognostizierten Konjunktureinbruchs Kreditausfälle zu verzeichnen haben werden. Dieser Erwartung haben wir – soweit heute schon machbar – Rechnung getragen. Unseren Kunden stehen wir nach Kräften als Partner zur Seite, um die Liquiditätsversorgung zu sichern“, kommentiert der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Stephan Winkelmeier, die Geschäftsentwicklung der ersten drei Monate.

Zinsüberschuss legt zu

Den Zinsüberschuss steigerte die BayernLB im ersten Quartal 2020 auf Konzernebene leicht auf 426 Mio. Euro (Vj.: 423 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss lag mit 71 Mio. Euro auf Vorjahresniveau (Vj.: 70 Mio. Euro). Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung von

-65 Mio. Euro (Vj.: -13 Mio. Euro) war maßgeblich durch negative Bewertungseffekte aus den Verwerfungen an den Kapitalmärkten in Folge der Corona-Pandemie und der Ausweitung der Credit Spreads geprägt. Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich auf 11 Mio. Euro (Vj.: 31 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme der BayernLB erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 auf 241,8 Mrd. Euro (31.12.2019: 226,0 Mrd. Euro). Die Kapitalbasis der BayernLB ist weiterhin sehr solide. Die Bank ist damit auch für weitere aus der Corona-Pandemie resultierende Belastungen aus heutiger Sicht gut gerüstet.

Fortschritte im Transformationsprozess

Die Richtigkeit des strategischen Zielbilds der BayernLB, sich bis 2024 zu einem fokussierten, effizienten Spezialinstitut zu entwickeln, mit der DKB als innovativer Digitalbank unter dem Konzerndach, wird durch die krisenhaften Entwicklungen rund um die Corona-Pandemie nochmals bestätigt. Das Ende letzten Jahres gestartete Transformationsprogramm hat die BayernLB in den ersten drei Monaten 2020 mit Nachdruck vorangetrieben. So wurden ein umfassender Umsetzungsplan erarbeitet und im Kapitalmarktgeschäft die organisatorische Neuaufstellung zum 1. April vollzogen.

Die Bank konzentriert sich künftig mit ihrer „Markets“-Einheit neben Geldmarktprodukten und Absicherungsgeschäften für Kunden vor allem auf Debt Capital Markets-Produkte, wie Schuldscheine und Unternehmensanleihen. Darüber hinaus hat die BayernLB erste Maßnahmen zur Kostensenkung eingeleitet. Auch der angekündigte Stellenabbau verläuft planmäßig.

Die BayernLB hat mit Beginn des Geschäftsjahres 2020 ihre operativen Segmente neu geordnet und weist die Ergebnisse aus dem Kundengeschäft nun in drei statt wie bisher in vier Segmenten aus. Im Segment Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen ist das gewerbliche Immobiliengeschäft,

das Sparkassengeschäft, das Förderinstitut BayernLabo und – neu – das Geschäft mit Banken, Versicherungen und Assetmanagementgesellschaften gebündelt. Das erweiterte Segment weist ein Ergebnis von 47 Mio. Euro vor Steuern (Vj.: 58 Mio. Euro) aus. Der im Immobiliengeschäft der BayernLB erfolgreich eingeleitete Wachstumskurs zeigt sich im Anstieg von Zins- und Provisionsüberschuss auf 138 Mio. Euro (Vj.: 122 Mio. Euro). Anders als im Vorjahr konnte jedoch nicht im nennenswerten Umfang Risikovororge aufgelöst werden. Das Sparkassengeschäft profitierte von einem deutlichen Geschäftszuwachs im Handel mit physischen Edelmetallen im Kundenauftrag. Die in diesem Segment abgebildeten BayernLB-Töchter Real I.S. und BayernInvest hielten ihre Ergebnisse auf Vorjahresniveau.

Das neu formierte Segment Corporates & Markets, in dem die Geschäfte mit Firmenkunden sowie die Kapitalmarktaktivitäten der BayernLB gebündelt sind, weist nach den ersten drei Monaten 2020 ein Ergebnis in Höhe von -89 Mio. Euro vor Steuern (Vj.: 4 Mio. Euro) aus. Dies ist insbesondere auf die erhöhte Risikovororge von -71 Mio. Euro (Vj.: -3 Mio. Euro) im Zuge der Coronakrise zurückzuführen, ohne dass sich dieser Vorsorgebedarf auf akute Einzelfälle bezieht. Zum Quartalsende fragten die Kunden aufgrund des Corona-Lockdowns verstärkt Liquidität nach, was sich aber noch nicht signifikant in den Geschäftszahlen widerspiegelt.

Die BayernLB unternimmt derzeit erhebliche Anstrengungen, um die Liquiditätsversorgung ihrer Kunden auch während der Coronakrise sicherzustellen. Um schneller auf Bedürfnisse der Kunden reagieren zu können, hat das Institut in den vergangenen Wochen seine Kreditprozesse teilweise vereinfacht. Außerdem sind die Beratungskapazitäten vor allem für die Förder- und Hilfsprogramme der staatlichen Förderbanken ausgeweitet worden. Die Spezialisten der BayernLB haben dazu hunderte Gespräche geführt. Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen und im Direktgeschäft hat die Bayerische Landesbank seit Mitte März bereits mehr als 3.000 Förderanträge mit einem Volumen von rund 1,2 Mrd. Euro bearbeitet und an die KfW Bankengruppe oder die LfA Förderbank Bayern durchgeleitet. □

Geschäftsstelle Haunstetten-Mitte eröffnet nach Umzug

Stadtparkasse Augsburg erweitert Service mit (digitaler) Mitarbeiterin INES

Die Stadtparkasse Augsburg setzt auf noch stärkere Nähe zu ihren Kunden. Die Geschäftsstelle Haunstetten-Mitte eröffnete an neuer Wirkungsstätte „Im Tal 5“ in Haunstetten. Als erste Sparkasse in Schwaben geht hier mit „INES“ ein persönlicher Videoservice an den Start.

„Wir wollen bei unseren Kunden vor Ort sein“, so Cornelia Kollmer, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse Augsburg. „Im September 1974 wurde mit der Geschäftsstelle Haunstetten-Mitte die erste Geschäftsstelle unseres Hauses in Haunstetten eröffnet. Wir sind seit fast fünf Jahrzehnten hier präsent. Mit INES bieten wir unseren Kunden nun einen einzigartigen Service, den es in diesem Umfang und dieser Technik hier noch nicht gibt.“

Gewinn für jedermann

INES (=interaktiver ElektronikService) macht Gespräche wie am Service möglich. Daueraufträge einrichten und ändern, Kartensperrungen, Lastschriftrückgaben, Terminvereinbarungen und ähnliches lassen sich persönlich-digital erledigen. Über einen großen Bildschirm klärt der Kunde direkt im Gespräch mit einem Mitarbeiter aus dem Sparkassen-Team Ser-

vice.direkt sein Anliegen. Gerade im aktuellen Umfeld, in dem verantwortungsvoll auf einen direkten Kontakt verzichtet werden soll, eine gute Lösung. Für die Bedienung ist weder Vorwissen noch eine vorherige Anmeldung oder Freischaltung notwendig. Der INES Videoservice ist über die normalen Öffnungszeiten hinaus im Einsatz. Aktiviert wird INES per Lichtschranke, es ist keine Tür zu öffnen. In Corona-Zeiten für alle ein Gewinn, persönlich, einfach, vor Ort.

Die neuen Räume in der großzügigen repräsentativen Geschäftsstelle bieten einerseits eine offene Aufteilung und eine angenehme Atmosphäre, andererseits Bereiche für diskrete Beratung. Der Service-, Beratungs- und SB-Bereich der Geschäftsstelle mit einem Geldautomat, auch mit Einzahlungsfunktion, ist barrierefrei.

Stärkung der regionalen Wirtschaft

Die Ausstattung der Geschäftsstelle entspricht den neuesten ökologischen Anforderungen. Naturmaterialien, energiesparende Klimatechnik und neueste LED-Technik setzte die Sparkasse bei der Neugestaltung ein. Zur Stärkung der Region und der regionalen Wirtschaft wurden viele Aufträge an heimische Unternehmen vergeben. „Bei der Gestaltung der Räume, hatten wir den Schutz der Umwelt und des Klimas immer vor Augen. Ökologie und Ökonomie gehen so Hand in Hand“, so Cornelia Kollmer.

Individuelle Beratungstermine können weiterhin unabhängig von den Öffnungszeiten täglich von Montag bis Freitag vereinbart werden, aufgrund der aktuellen Lage zur Zeit nur telefonisch. □

DK

Studie des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung:

Konjunkturprogramm für Bayern

In einer Studie im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hat das ifo Institut Vorschläge entwickelt, um Bayerns Wirtschaft aus der Corona-Krise zu führen. „Angesichts der großen finanziellen Belastungen für den Staat ist es dabei von besonderer Bedeutung, Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung möglichst zielgenau und ursachengerecht zu gestalten“, betont das Institut.

Besonders vielversprechende Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung sind aus ifo-Sicht unter anderem eine deutliche Ausweitung der Verlustrücktragsmöglichkeiten sowie die Chance, Rückstellungen für Verluste im Jahr 2020 zu bilden. Diese Maßnahmen würden sich für viele Unternehmen unmittelbar positiv auf die Liquidität auswirken. Da diese Maßnahmen darüber hinaus grundsätzlich nur zu einer zeitlichen Verlagerung von Steuerzahlungen führen, seien die fiskalischen Kosten gering. Auch die Einführung einer beschleunigten Abschreibung für betriebliche Investitionen würde eine erhebliche Liquiditätswirkung erzielen.

Befristete man diese Maßnahme zeitlich, würde zudem ein Anreiz entstehen, Investitionen vorzuziehen, was den Prozess der wirtschaftlichen Erholung beschleunigen könnte, heißt es weiter. Eine permanente Senkung der Gewinnbesteuerung (Körperschaft-, Einkommen- und Gewerbesteuer) sei dagegen als konjunkturstimulierendes Instrument nur bedingt geeignet. Mittel- bis langfristig könnte eine Senkung der Gewinnsteuerbelastung dagegen die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort erhöhen und das Investitionsklima verbessern. Auf Seiten der Arbeitnehmer könnten sich steuerliche Entlastungen vor allem für die Bezieher geringer und

mittlerer Einkommen konjunkturstimulierend auswirken, da diese Einkommensgruppen tendenziell eine höhere Konsumneigung aufweisen.

Öffentliche Investitionen ausweiten

Auch durch eine Ausweitung öffentlicher Investitionen könne die wirtschaftliche Erholung befördert werden. Zu erwägen wären insbesondere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur einschließlich Infrastrukturen für das Etablieren klimafreundlicher Technologien (z.B. Ladesäulen für Elektrofahrzeuge oder Citymautsysteme) sowie Investitionen in die Digitalisierung von Schulen und der Verwaltung. Krisenverschärfend würde es hingegen wirken, würde der Staat im Verlauf der Krise Investitionen zurückfahren. Aufgrund wegbrechender Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie der Einkommen- und Umsatzsteuer könnten insbesondere die Kommunen dazu gezwungen sein. Dies gelte es nach Möglichkeit zu verhindern.

Ein mögliches Instrument hierfür wäre laut ifo Institut ein Fonds, der laufende und geplante kommunale Investitionsvorhaben sichert und zusätzlich neue kommunale Investitionen ankurbelt. Auch könne der Staat zusätzliche Anreize zur Ausweitung privater Investitionen durch entsprechende För-

derprogramme schaffen. Solche Förderprogramme könnten entweder technologieoffen gestaltet sein oder sich auf Bereiche konzentrieren, von denen ein besonders positiver Effekt für die mittel- und langfristige wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten ist (z.B. FuE-Förderung, Digitalförderprogramme). Im letzteren Fall sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass die Ziele des Förderprogramms mit den Interessen der Beschäftigten im Einklang sind.

Nach Auffassung von Staatsminister Hubert Aiwanger ist es für die bayerische Wirtschaft jetzt wichtig, unter Beachtung der Hygienemaßnahmen möglichst schnell die Corona-Depression hinter sich zu lassen, um weitere massive Struktur-schäden in der Wirtschaftssubstanz zu vermeiden. Um dieses Ziel strategisch abzusichern, müsse das Vorhalten einer starken Gesundheitsversorgung gewährleistet sein, um für weitere Corona-Bedrohungen möglichst gewappnet zu sein.

Für starke Kommunen

„Öffentliche Investitionen sind nun wichtiger denn je“, bemerkte Aiwanger. „Starke Städte und Gemeinden sind die besten Regionalförderer: Sie sorgen mit ihren Investitionen und Ausgaben direkt vor Ort für Wertschöpfung - vom Straßenbau bis zur Schulkantine. Als Staatsregierung müssen wir uns deshalb mit dem ifo-Vorschlag eines Investitionsfonds für die Kommunen beschäftigen. Wir dürfen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister jetzt nicht allein lassen.“

„Um Konkurse abzuwenden und Arbeitsplätze zu sichern,

sollte vor allem der steuerliche Verlustrücktrag deutlich ausgeweitet werden“, machte ifo-Präsident Clemens Fuest deutlich. Die Verrechnung von Verlusten des Jahres 2020 mit Gewinnen der vergangenen Jahre sei keine Steuersubvention, sondern nur Ausdruck fairer Besteuerung.

Der Bund sei nun genauso gefordert wie Bayern, unterstrich Aiwanger: „Insbesondere Berlin muss jetzt bei der Steuerpolitik Mut zeigen. An erster Stelle steht die Senkung der Unternehmenssteuern auf international wettbewerbsfähiges Niveau. Die Meinung des ifo dazu ist deutlich: Deutschland würde dadurch sowohl die Inlandsnachfrage stärken als auch für ausländische Investoren noch attraktiver werden.“

Aus der Studie geht außerdem hervor, dass Bayerns Unternehmen einen Umsatzrückgang von 20 Prozent erwarten. Besonders negativ ist die Einschätzung bei Dienstleistern und kleinen Betrieben mit bis zu 49 Mitarbeitern. 22 Prozent der bayerischen Unternehmen nehmen Liquiditätshilfen in Anspruch, besonders hoch ist dabei der Zuspruch im Handel mit 32 Prozent. 56 Prozent der Betriebe verschieben geplante Investitionen, 26 Prozent streichen diese Ausgaben vollständig.

Die Unternehmen spüren die negativen Folgen der Corona-Krise auf unterschiedliche Weise. Für die Konjunkturmaßnahmen ist besonders relevant, dass 73 Prozent den Nachfragerückgang im Inland als Beeinträchtigung nennen. Die schwindende Nachfrage aus dem Ausland ist dagegen für 59 Prozent relevant. Fast die Hälfte der Firmen war von gesetzlichen Betriebsschließungen betroffen. **DK**

Stadtkämmerei München:

SEPA-Mandate online erteilen

Ab sofort können SEPA-Mandate für regelmäßige Zahlungen an die Landeshauptstadt München auch online erteilt werden – ganz einfach von zuhause oder unterwegs unter www.muenchen.de/sepa.

Pro Jahr verarbeitet die Stadtkämmerei um die 35.000 SEPA-Mandate von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, vor allem für die an die Stadt zu zahlende Gewerbesteuer, Grundsteuer und Hundesteuer. Auch fast alle städtischen Gebühren können abgebucht werden. Die Erteilung eines SEPA-Mandats bietet vor allem bei regelmäßigen Zahlungen Vorteile – der jeweilige Betrag wird automatisch zum Fälligkeitstermin von dem angegebenen Konto abgebucht. Säumnisfolgen wie Zinsen oder Mahngebühren durch zu späte oder vergessene Überweisungen können dadurch bequem und unkompliziert vermieden werden.

Die neue vollintegrierte Online-Lösung bietet eine für beide Seiten komfortable Alternative zur Erteilung in Papierform. Zahlungspflichtige erhalten auf diesem Weg sofort eine Bestätigung über die Erteilung des Mandats. Die Zahlungsdaten werden im Hintergrund unmittelbar geprüft und das Mandat im System hinterlegt.

Ein weiterer neuer Service der Landeshauptstadt München, der besonders für Unternehmen interessant ist, ist die ab 1. April mögliche Annahme von elektronischen Rechnungen in den Formaten XRechnung und ZUGFeRD. Auslöser ist die EU-Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (Richtlinie 2014/55/EU), die eine EU-weite Norm für die von öffentlichen Stellen anzunehmenden Rechnungen zum Ziele hat. Über

das Bayerische E-Government-Gesetz werden diese Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Gemäß Art. 5 Abs. 2 BayEGovG ist der Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen sicherzustellen.

Paypage für alle Bezahlarten

Es gibt schon jetzt vielfältige Möglichkeiten, Steuern und Gebühren online an die Landeshauptstadt München zu zahlen – beispielsweise über das Giro-Code-Verfahren, per Kreditkarte oder Giropay. Derzeit werden die Kundinnen und Kunden allerdings für jeden Zahlservice auf eine individuelle Bezahlseite geleitet. Ende 2020 wird hier eine neue Lösung implementiert, die alle Bezahlarten auf einer zentralen Seite bündelt und so die internen Prozesse deutlich erleichtert. Es ist ebenfalls geplant, gegen Ende 2020 auch die Zahlung über ein PayPal- oder ein Paydirekt-Konto anzubieten.

Stadtkämmerer Christoph Frey: „Unser Ziel ist es, die Digitalisierung der Verwaltung zügig voranzutreiben und damit den Bürgerinnen und Bürgern einen spürbaren Mehrwert zu bieten. In diesem Jahr gehen wir mit den genannten Projekten wesentliche Schritte in die richtige Richtung, indem wir die Bezahlverfahren deutlich vereinfachen und beschleunigen. Geplant ist es, künftig auch weitere Verwaltungsleistungen digital anzubieten und auch die Verwaltung selbst weiter zu digitalisieren und modernisieren.“ **DK**

Bilanzpressekonferenz Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Zufriedenstellendes Geschäftsjahr

„Das Geschäftsmodell der Sparkasse war in den zurückliegenden Jahren wesentlich durch die Negativzinsen, die Digitalisierung sowie den demografischen Wandel beeinflusst. Dennoch konnte sich die Sparkasse Niederbayern-Mitte in diesem Umfeld erfolgreich behaupten und bleibt zum Wohle aller Kundinnen und Kunden auf hohem Niveau stabil und zukunftssicher“, betonte Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier vor Pressevertretern.

Strohmaier informierte darüber, dass die Sparkasse Niederbayern-Mitte mit einer Bilanzsumme von 4,48 Mrd. Euro und einem Betriebsergebnis von 1,03 % im Jahr 2019 zu den erfolgreichsten Kreditinstituten in Deutschland zählt. Aktuell gelinge die Eins vor dem Komma im Betriebsergebnis nur noch wenigen Finanzinstituten. Das wirtschaftliche Eigenkapital konnte damit im vergangenen Jahr um 5,2 %, auf über 570 Mio. aufgestockt werden. Mit einer wie 2018 stabilen Eigenkapitalquote von rund 18 % sei die Zukunftsfähigkeit und damit die Kreditversorgung der Region auch künftig gesichert.

Ungebrochenes Kundenvertrauen

Trotz der schwierigen Phase auf Grund enormer makroökonomischer Herausforderungen, bleibe die Sparkasse ein verlässlicher und starker Partner für Mittelstand, Privatkunden und Kommunen, so der Vorstand. Ihre unverzichtbare Rolle als Finanzier der heimischen Region konnte die Sparkasse mit einem Wachstum des Kreditvolumens von 6,8 % auf 3.251 Mio. Euro weiter ausweiten. 2019 wurden neue Kredite in Höhe von 792 Mio. Euro ausgereicht. Mit einem Kreditwachstum von 20 % in den vergangenen drei Jahren ist die Sparkasse laut Strohmaier ein unverzichtbarer

Partner für die Heimat. Trotz der anhaltenden Zinsflaute sei das Vertrauen der Kunden in die Sparkasse ungebrochen. Ein Einlagenwachstum von 4,5 % auf insgesamt 3.390 Mio. Euro sei dafür ein deutliches Zeichen.

Die Geschäftstätigkeit sowie die daraus erwirtschafteten Erträge kommen der Gesellschaft in der Region zugute. Über 400.000 Euro wurden für gesellschaftliche Themen bereitgestellt. Die Kommunen profitieren von Gewerbesteuerzahlungen in Höhe von 5,1 Mio. Euro. Insgesamt wurden ertragsabhängige Steuern in Höhe von fast 11,5 Mio. Euro gezahlt.

In einer Zeit massiver technologischer, finanz- und gesellschaftspolitischer Umbrüche liege der Fokus auf Stabilität und auf Qualität in der Kundenbindung, machte der für das Kundengeschäft verantwortliche Vorstand Dr. Martin Kreuzer deutlich. „Mit umfassender ganzheitlicher Beratung und unserem digitalen Angebot auf Top-Niveau, stellen wir tagtäglich die Leistungsfähigkeit der Sparkasse für unsere Kunden unter Beweis.“

Freilich hätten die vergangenen Monate auch die Sparkasse Niederbayern-Mitte dazu gezwungen, schwierige Entscheidungen zu treffen, um Schaden vom Institut fernzuhalten. Schließlich sei eine solide, gesunde und zukunftsfähige Sparkasse ein wichtiger Garant für die erfolgreiche Entwicklung der

Region. Umso mehr blicke man trotz der rückläufigen Ergebnisse durchaus mit Stolz auf den erreichten Bilanzgewinn in Höhe von 5,95 Mio. Euro (2018: 6,1 Mio.) unterstrich Kreuzer.

Strohmaier zufolge reichen die Wurzeln der Sparkasse Niederbayern-Mitte 180 Jahre in die Geschichte zurück. Bereits 1840 wurde der Grundstein gelegt und viele dramatische Herausforderungen wie verheerende Kriege hat die heimische Sparkasse überstanden. „Eine solch langanhaltende extreme Zinssituation, mit der wir nun schon seit mehreren Jahren konfrontiert sind, ist allerdings eine ganz neue Herausforderung, die es über einen so langen Zeitraum in Deutschland noch nie gab“, stellte der Sparkassenchef fest.

Stabiler Finanzpartner

Gemeinsam mit dem sich deutlich verändernden Kundenverhalten und der voranschreitenden Digitalisierung ist es aus seiner Sicht deshalb wenig überraschend, dass die unerfreulichen Folgen der anhaltenden Niedrigzinspolitik immer stärker auch bei Kunden und Finanzinstituten ankommen. Über einen langen Zeitraum habe die Geldpolitik den Euroraum stabilisiert. Mittlerweile überwiege der Schaden dieser expansiven Geldpolitik allerdings sehr deutlich. Deshalb müsse die Sparkasse in dieser Situation alle Möglichkeiten ausloten, um weitreichende Folgen abzumildern, damit sie auch für künftige Generationen der stabile Finanzpartner für Menschen und Wirtschaft in der Heimat bleiben kann. **DK**

BESTENS ABGESICHERT

BVK Zusatzversorgung

PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

- ✓ STAATLICH GEFÖRDERT
- ✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
- ✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an - mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de



BVK Bayerische Versorgungskammer

Erfreuliche Jahresbilanz 2019 der LfA Förderbank Bayern

Aktueller Schwerpunkt auf Unterstützung der Wirtschaft in der Corona-Krise
Gesamtförderleistung 2019 von 2,58 Milliarden Euro

Die LfA Förderbank Bayern zieht für das Jahr 2019 eine erfreuliche Bilanz: Im Hauptgeschäft mit Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen verzeichnete die staatliche Spezialbank mit 1,81 Milliarden Euro erneut ein Zusagevolumen auf hohem Niveau und erreichte damit den zweithöchsten Wert im Vergleich der letzten fünf Jahre.

Die mittelständischen Betriebe konnten daraus Investitionen in Höhe von rund 2,57 Milliarden Euro anstoßen. Zusammen mit den Konsortialdarlehen (439 Millionen Euro) und Globaldarlehen (125 Millionen Euro) beläuft sich die Kreditvergabe 2019 auf rund 2,37 Milliarden Euro. Die Gesamtförderleistung

für den Wirtschaftsstandort Bayern, einschließlich der Risikoübernahmen (208 Millionen Euro), lag bei rund 2,58 Milliarden Euro.

Zuwächse bei den programmgebundenen Förderkrediten gab es insbesondere im Bereich Energie und Klimaschutz. Alleine die Nachfrage der kleinen und mitt-

leren Betriebe in der Energieeffizienzförderung stieg um knapp 14 Prozent auf rund 300 Millionen Euro. Zudem hat die LfA ihre Digitalisierungs- und Innovationsförderung komplett neu ausgerichtet und bietet auch im Innovationskredit 4.0 Tilgungszuschüsse an. Die Zusagen bei Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben erhöhten sich um 8,1 Prozent.

Die über 90 geförderten bayerischen Kommunen konnten 2019 mit unseren Förderkrediten Investitionen in die kommunale Infrastruktur in Höhe von über 160 Millionen Euro realisieren.

Passgenaue Förderkredite

Die Bilanzsumme lag mit 21,834 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau (+ 3,6 Prozent). Die Kernkapitalquote blieb mit 23,3 Prozent nahezu konstant. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen hat die Bank ihre Kapitalbasis durch eine Zuführung in die Gewinnrücklagen weiter erhöht.

Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Die LfA hat im letzten Jahr rund 4.400 Unternehmen und Kommunen mit passgenauen Förderkrediten unterstützt. Und auch in der gegenwärtigen Krise setzt der Freistaat Bayern auf

Niederbayerische Genossenschaftsbanken:

Auf Wachstumskurs

Sehr zufrieden mit dem Geschäftsverlauf zeigte sich Bezirkspräsident Albert Griebel bei der Vorlage der Bilanzzahlen für das Jahr 2019. Die Volks- und Raiffeisenbanken in Niederbayern hätten ihr Kundengeschäft im vergangenen Jahr ausgebaut und befänden sich auf einem Wachstumskurs.

Um sieben Prozent wuchs Griebel zufolge das Volumen der ausgereichten Kredite und erreicht mit 15,2 Mrd. Euro ein neues Rekordniveau. Die Kundengelder stiegen um 5,5 Prozent auf 17,4 Mrd. Euro. Um fünf Prozent auf rund 23,1 Mrd. Euro nahm die Bilanzsumme der 34 Genossenschaftsbanken in Niederbayern zu.

Ergebnistreiber

Die Institute erwirtschafteten vor Steuern ein Ergebnis von rund 239,8 Mio. Wichtigster Ergebnistreiber war die Erholung an den Aktien- und Anleihemärkten. Die Banken verzeich-

benötigten Hilfen (der Politik entfiel fast die Hälfte aller Antworten auf den Punkt „finanzielle Unterstützung“. Dazu zählen sowohl eine Kompensation für Einnahmeausfälle bei weiterlaufenden Fixkosten als auch Forderungen nach einem Schutzschirm für Kommunen oder einer Altschuldenlösung.

Auch andere Punkte, die die Finanzlage der Kommunen thematisieren, adressieren konkrete Maßnahmen, um einen Teil der finanziellen Krisenlast von den Schultern der Kommunen zu nehmen, so zum Beispiel eine Entlastung bei den Sozialausgaben oder eine Flexibilisierung des Haushaltsrechts. Neben einer finanziellen Unterstützung wünscht sich jedoch ein Großteil der Kommunen auch mehr Planungssicherheit, insbesondere im operativen Umgang mit der Krise, beispielsweise mit Blick auf ein stärker abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern. **DK**

die Erfahrung und Kompetenz seiner Förderbank. Die zuletzt weiter erhöhte Risikoentlastung für die LfA erweitert ihre Handlungsmöglichkeiten erheblich, um bedrängten Unternehmen umfangreiche bankmäßige Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen zu können. Wir werden nicht lockerlassen, weiterhin alle Anstrengungen zur Begrenzung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Bayern zu unternehmen.“

LfA-Schnellkredit

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „2019 war erneut ein erfolgreiches Jahr für die LfA. Insbesondere die gestiegene Fördernachfrage bei Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zeigt, dass unser Angebot für die bayerischen Unternehmen attraktiv und bedarfsgerecht ist. Aktuell setzen wir alles daran, den Unternehmen in der gegenwärtigen Krisensituation zu helfen und sie im Zusammenwirken mit den Hausbanken der Unternehmen schnell mit Liquidität zu versorgen. Mit dem neuen „Corona-Schutzschirm-Kredit“ mit 90-prozentiger Haftungsfreistellung, der Ausweitung und Vereinfachung von Bürgschaften sowie den einfachen Möglichkeiten zur Tilgungsaussetzung bei bereits bestehenden Förderdarlehen hat die LfA ihr Förderinstrumentarium massiv erweitert. Mit dem „LfA-Schnellkredit“ mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung haben wir zudem ein weiteres wichtiges Kreditprodukt geschaffen, das speziell auf Betriebe mit bis zu 10 Beschäftigten zugeschnitten ist.“ **DK**

MünchenerHyp veröffentlicht Geschäftsbericht 2019:

Neugeschäft weiter ausgebaut

Die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) hat im Geschäftsjahr 2019 ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Im Hypothekenneugeschäft erzielte die genossenschaftliche Immobilienbank mit 6,5 Mrd. Euro Zusagevolumen ein Rekordergebnis. Vor dem Hintergrund des langjährigen Immobilienbooms nutzte die Münchener Hyp zudem die positive Entwicklung, um die Rücklagen zu stärken.

Die MünchenerHyp hat 2019 das Neugeschäft um 15 Prozent auf 6,5 Mrd. Euro ausgebaut. Sie verzeichnete deutliche Zuwächse in ihren Hauptgeschäftsfeldern der privaten und der gewerblichen Immobilienfinanzierung. In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung stieg das Neugeschäft um 18 Prozent auf 3,7 Mrd. Euro. Mit 2,8 Mrd. Euro Zusagevolumen waren die Genossenschaftsbanken der bedeutendste Vermittlungspartner. Auf sie entfiel auch der größte Teil der Zuwächse im Neugeschäft. Der Absatz von Wohnimmobilienfinanzierungen über freie Finanzierungsvermittler stieg um 30 Prozent auf 0,7 Mrd. Euro und in der Kooperation mit der Schweizer PostFinance konnte die MünchenerHyp das Neugeschäft um 3 Prozent auf 290 Mio. Euro ausweiten. Seit Mitte 2019 vergibt die Bank auch Wohnimmobilienfinanzierungen in Österreich in Zusammenarbeit mit freien Vermittlern. In dieser Markteintrittsphase konnten erste Abschlüsse erzielt werden. „In den kommenden Jahren wollen wir das Finanzierungs-geschäft in Österreich kontinuierlich ausbauen, um einen spürbaren Ergebnisbeitrag zu erzielen“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung stieg das Neugeschäft um 11 Prozent auf 2,8 Mrd. Euro. Davon entfielen 1,9 Mrd. Euro auf Finanzierungen von Gewerbeobjekten in Deutschland, was einer Steigerung um 40 Prozent entspricht. „Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Marktposition stetig gestärkt und uns einen guten Ruf in der Gewerbeimmobilienfinanzierung aufgebaut. Inzwischen gehört die MünchenerHyp zur Riege der bedeutenden Finanzierer Deutschlands“, so Dr. Louis Hagen.

Eigenkapitalbasis gestärkt

Pfandbriefe waren das bedeutendste Refinanzierungsinstrument der MünchenerHyp. Insgesamt emittierte die Bank im Jahr 2019 Hypothekendarlehenbriefe in einem Volumen von 4,8 Mrd. Euro. Darunter fanden die drei Benchmark-Emissionen eine sehr positive Resonanz bei den Investoren. Verstärkt wurden zudem Pfandbriefe in Schweizer Franken begeben.

Die Eigenkapitalsituation der Bank zeigt sich weiter sehr stabil. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder der MünchenerHyp stiegen um 39,9 Mio. Euro auf 1.072,5 Mio. Euro. Die harte Kernkapitalquote der MünchenerHyp lag zum Jahresende 2019 bei 19,8 Prozent (Vorjahr 21,7 Prozent). Die Kernkapitalquote belief sich zum selben Datum auf 21,4 Prozent (Vorjahr 21,7 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 22,1 Prozent (Vorjahr 22,9 Prozent). Die Leverage Ratio belief sich zum Jahresende 2019 auf 3,6 Prozent.

Die Bilanzsumme wuchs um 2,5 Mrd. Euro auf 42,9 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2019. Der Bestand an Hypothekendarlehen erhöhte sich um 3,5 Mrd. Euro oder 11 Prozent auf rund 35,5 Mrd. Euro. Der Großteil des Zuwachses entfiel mit 1,9 Mrd. Euro auf die private Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland. Damit erhöhten sich die Bestän-

de in diesem Geschäftsfeld auf 24,4 Mrd. Euro. Einschließlich des Bestands an Finanzierungen gewerblicher Wohnimmobilien in Höhe von 4,4 Mrd. Euro entfallen somit 81 Prozent des gesamten Hypothekenbestands der MünchenerHyp auf Wohnimmobilien.

Der Bestand an Finanzierungen von gewerblichen Immobilien belief sich zum Ende des Jahres 2019 auf insgesamt 11,1 Mrd. Euro. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie der MünchenerHyp auf 4,1 Mrd. Euro (Vorjahr 4,5 Mrd. Euro). Der Zinsüberschuss stieg um 7 Prozent auf 299,8 Mio. Euro. Die Provisionsaufwendungen erhöhten sich aufgrund des sehr erfolgreichen Neugeschäfts um 35 Prozent auf 110,7 Mio. Euro. Daraus ergab sich ein leicht rückläufiger Zins- und Provisionsüberschuss von 204,5 Mio. Euro (Vorjahr 207,6 Mio. Euro).

Risikoversorge im Kreditgeschäft

Da die Bank im Neugeschäft ihre konservative Finanzierungsausrichtung beibehält, bewegt sich die neu zu bildende Risikoversorge im Kreditgeschäft erneut auf sehr niedrigem Niveau. Die gute Risikosituation wurde dazu genutzt, durch den Auflösungsertrag aus einer Einzelwertberichtigung die Vorsorgereserven der Bank deutlich zu stärken. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 73,6 Mio. Euro. Nach einem Steueraufwand in Höhe von 37,9 Mio. Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 35,7 Mio. Euro.

Die dynamische Entwicklung des Neugeschäfts setzte sich Anfang 2020 bei einer weiterhin guten Markterfassung zunächst fort. Mit dem Ausbruch des Coronavirus in ganz Europa wich die positive Stimmung an den Märkten jedoch zunehmend Unsicherheiten über die Auswirkungen der Pandemie auf die Konjunktur und damit auf die Immobilien- und Immobilienfinanzierungsmärkte.

Da die Beschränkungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens sehr wahrscheinlich bis ins zweite Halbjahr reichen werden, ist es unmöglich abzusehen, wie gravierend und nachhaltig die Immobilien- und Immobilienfinanzierungsmärkte von den ökonomischen Folgen der Pandemie betroffen sein werden. Das wird auch kurz- bis mittelfristig den Kurs der MünchenerHyp beeinflussen. Ein Rückgang des Neugeschäfts in der Wohn- und in der Gewerbeimmobilienfinanzierung ist für das laufende Geschäftsjahr wahrscheinlich.

Aufgrund ihrer konservativen Geschäftspolitik und des hohen Anteils von Wohnimmobilienfinanzierungen in Deutschland und in der Schweiz am Darlehensbestand geht die Bank davon aus, dass ihre Risikosituation überschaubar bleibt. Sie erwartet zudem, dass sich die Konjunktur zum Ende dieses Jahres wieder beleben wird. Zusammen mit der anhaltenden Niedrigzinsphase rechnet sie somit für das Jahr 2021 wieder mit günstigeren Rahmenbedingungen für die Immobilienfinanzierung. **DK**

KfW-Kommunalpanel 2020:

Kommunalfinanzen in der Corona-Krise

Einschätzungen der Kommunen in einer aktuellen KfW-Umfrage deuten darauf hin, dass die Auswirkungen der Corona-Krise auf die öffentlichen Haushalte einem Muster folgen, das bereits bei früheren Krisen zu beobachten war: Einnahmen sinken, Ausgaben und Schulden steigen. Den finanziellen Engpässen wird durch das Streichen von Investitionen begegnet. Langfristig wird dies nach Meinung der Kreditanstalt für Wiederaufbau negative Konsequenzen für den Zustand der Infrastruktur nach sich zu ziehen.

Die Corona-Krise trifft die Kommunen laut KfW mit voller Wucht. Nicht nur mit Blick auf die administrative Bewältigung der Krise, sondern auch durch eine massive Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Kommunale Haushalte stehen vor unsicheren Zeiten. Auch wenn sich die Folgeschäden bislang nicht final beziffern lassen, sind aktuelle Schätzungen besorgniserregend. So prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände Einnahmeausfälle in Größenordnungen von 11,5 bis zu 60 Mrd. Euro. Die momentane Lage macht viele Haushaltsplanungen aus dem Vorjahr hinfällig.

Schlechte Stimmung

Erwartungsgemäß hat sich die Stimmung der Kammereien massiv verschlechtert. War im Herbst 2019 zumindest noch eine kleine Mehrheit positiv für das Jahr 2020 gestimmt, ist von Optimismus in der aktuellen Umfrage nicht mehr viel zu spüren. Weniger als 10 % der antwortenden Kommunen erwarten keine Verschlechterung, mit einer Verbesserung rechnet praktisch niemand. Von einer deutlichen Verschlechterung gehen hingegen 90 % aus.

Beim Blick auf die vermutliche Einnahmeentwicklung zeigt sich eine überwältigende Mehrheit von fast 95 % davon überzeugt, dass die Gesamteinnahmen im Jahr 2020 geringer als geplant ausfallen. Darunter gehen sogar über 40 % von stark sinkenden Einnahmen aus. Maßgeblich getrieben wird diese Einschätzung durch die erwarteten Steuerausfälle: Fast zwei Drittel der antwortenden Kammereien rechnen hier mit starken Mindereinnahmen. Auch für andere Einnahmearten wird ein Rückgang prognostiziert, einzig bei Zuschüssen und Fördermitteln wird für das laufende Jahr mehrheitlich keine Änderung erwartet.

Die aktuelle Krise wird sich nach Einschätzung der Kammereien nicht nur auf dieses Haushaltsjahr auswirken, sondern auch über das Jahr 2021 hinaus noch spürbare Effekte nach sich ziehen. So geben immer noch über ein Viertel der antwortenden Kammereien an, dass es in den Folgejahren stark rückläufige Einnahmen geben wird, bei den Steuereinnahmen

sind es sogar über ein Drittel. Insgesamt sind die Kommunen also pessimistisch, denn über 80 % gehen mittelfristig von eher sinkenden oder stark sinkenden Gesamt- und Steuereinnahmen aus. Bei den Zuweisungen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit trifft das auf jeweils über die Hälfte der Kommunen zu.

Steigende Sozialausgaben

Den Erwartungen sinkender Einnahmen stehen Erwartungen mit umgekehrten Vorzeichen für die Ausgabenseite gegenüber. Sowohl für das Jahr 2020 als auch für die Folgejahre rechnet eine deutliche Mehrheit der antwortenden Kommunen mit steigenden Ausgaben in allen relevanten Ausgabenkategorien, außer bei Investitionen.

So gehen rund 70 % der Kammereien von steigenden Sozialausgaben aus, mit einer Senkung rechnet in diesem Bereich praktisch niemand. Auch bei den Sachkosten und Personalausgaben erwartet eine große Mehrheit steigende Ausgaben. Anders stellt sich das Bild bei den Investitionen dar: Für heuer erwarten zwar 15 % der Kommunen noch steigende Investitionen, 34 % hingegen einen Rückgang.

Bedenklicher Schritt

„Dieser Schritt ist haushaltspolitisch als Krisenreaktion nachvollziehbar, mit Blick auf die kommunale Infrastruktur ist er aber bedenklich“, betont die KfW. Denn bereits zum Zeitpunkt der regulären Befragung für das KfW-Kommunalpanel 2020 im Herbst 2019 habe sich gezeigt, dass die kommunalen Investitionsbedarfe immer noch hoch sind. Schon bei der Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur hatten viele Kommunen in den vergangenen Jahren Probleme. Zusätzliche Investitionsbedarfe, beispielsweise aufgrund notwendiger Anpassungen an langfristige Entwicklungen wie den Klimawandel, waren dabei sogar noch kaum berücksichtigt.

Bei den Teilnehmern der Umfrage überwiegt deshalb der Wunsch nach finanziellen Entlastungen und mehr Planungssicherheit. Auf die Frage nach

Residenz Würzburg feiert 300. Jubiläum

Gigantisches Bauprojekt startete am 22. Mai 1720

Zwei neue Bildhauerkopien vervollständigen die Balustrade der Residenz

„Am 22. Mai 1720 fiel in Würzburg der Startschuss für ein gigantisches Bauprojekt: Der Grundstein für die neue Residenz von Fürstbischof Johann Philipp Franz von Schönborn wurde gelegt“, teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des anstehenden Jubiläums mit. Vor 300 Jahren entstand unter Leitung des Architekten Balthasar Neumann eine der bedeutendsten barocken Schlossanlagen Europas, die seit 1981 zum Weltkulturerbe der UNESCO zählt.

„Pünktlich zum Jahrestag der Grundsteinlegung wird die Balustrade des Ehrenhofes der Residenz mit zwei bisher fehlenden Skulpturen wieder komplettiert“, freut sich Füracker. Aktuell ist die Residenz aufgrund der Maßnahmen gegen eine Verbreitung des Corona-Virus noch geschlossen. Möglicher Öffnungszeitpunkt für Besucherinnen und Besucher ist das Pfingstwochenende.

Vollendeter Rohbau nach 24 Jahren

Eine Besonderheit beim Bau: Es wurde nicht mit dem Mitteltrakt der Residenz begonnen, sondern mit dem linken Seitenflügel. Daher war die Gesamtbreite der Residenz von 169 Me-

tern von Anfang an vorgegeben. Eigentlich war es üblich, mit dem Mittelbau zu beginnen und so das Bauwerk zu den Seiten erweitern zu können. Es dauerte 24 Jahre, bis der Rohbau vollendet und teilweise ausgestattet war. Das Richtfest 1744 feierte der Bruder und zweite Nachfolger des ersten Bauherrn, Fürstbischof Friedrich Carl von Schönborn. Von 1751 bis 1753 veredelte Giovanni Battista Tiepolo mit seinen Deckenfresken den Kaisersaal und das weltberühmte Treppenhaus. Diese Räume überstanden den verheerenden Luftangriff auf Würzburg im Jahr 1945, bei dem auch die Residenz fast völlig ausbrannte, glücklicherweise weitgehend unversehrt.

Nach den umfangreichen Wie-

deraufbau- und Rekonstruktionsarbeiten, die 1987 mit der Wiedereröffnung des Spiegelkabinetts endeten, unternahm die Schlosserverwaltung 2003-2016 große raumweise Restaurierungsaktionen in Treppenhaus, Kaisersaal, Gartensaal und Hofkirche. „Der in diesem Jahr neu eingerichtete Dokumentationsraum zu den Wiederaufbau- und Restaurierungsarbeiten wird pünktlich mit der Wiedereröffnung der Residenz zu besichtigen sein“, kündigt Füracker an.

Rekonstruktionen

Die beiden überlebensgroßen Sandsteinfliguren, die die Balustrade wieder ergänzen werden, waren bereits um 1900 einmal ersetzt worden. Nach der ver-

heerenden Zerstörung der Residenz 1945 wurden diese vermutlich vorgeschädigten Skulpturen im Zuge der Sicherungsarbeiten des Wiederaufbaus abgebaut und eingelagert. Die verschiedenen Bruchstücke der gut 1,5 Tonnen schweren Figuren lagen jahrelang unerkannt unter den zahlreichen Steinfragmenten, die in einer Kasematte im Würzburger Hofgarten auf Inventarisierung warteten. Die einzelnen Skulpturenteile wurden aufwändig restauriert und dienten als Vorlage für die Herstellung von zwei Bildhauerkopien aus Naturstein. Kleinere Fehlstellen wurden in Anlehnung an historische Fotos rekonstruiert.

Die Herstellung der Natursteinkopien wurde durch eine großzügige Spende der „Freunde der Würzburger Residenz e.V.“ gefördert. Auch die restaurierten Originalfiguren können besichtigt werden. Sie werden im Vestibül der Residenz Würzburg ausgestellt.

PS: Der für den 21. Mai vorgesehene Familientag wird verlegt. Ein neuer Termin wird frühzeitig bekannt geben.

Der Ballon steigt!

Das Museum des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg hat seinen Betrieb wieder aufgenommen. Zum einjährigen Geburtstag am 4. Juni wird die Dauerausstellung um viele Attraktionen reicher sein. Bereits am Eröffnungstag stieg der Fluchtballon von Naila endlich auf. Außerdem nun kostenlos im Foyer zu sehen: Zeitlang – Erkundungen im unbekannten Bayern. Fotoausstellung der SZ-Journalisten Sebastian Beck und Hans Kratzer.

Für Kunstminister Bernd Sibler ist dies ein wichtiger Meilenstein für das kulturelle Leben in Bayern: „In den vergangenen Wochen haben wir deutlich gespürt, wie sehr wir uns nach unserem vielfältigen kulturellen Leben im Freistaat sehnen. Um so mehr freut es mich, dass wir mit dem Museum der Bayerischen Geschichte nun endlich wieder die Schatzkammer unseres Freistaats mit einzigartigen, hochkarätigen und ganz besonderen Exponaten öffnen können – selbstverständlich unter strengen Hygienemaßnahmen.“

„Die Besucherinnen und Besucher“, so Sibler weiter, „werden sicherlich staunen, was sich in den vergangenen Wochen hinter den Kulissen getan hat: Das Museum in Regensburg bietet rechtzeitig zu seiner Rückkehr mit der Fotoausstellung der Süddeutschen Zeitung und der spannenden Neuinstallation rund um den Fluchtballon aus Naila zwei attraktive Neuheiten. Auch freut mich, dass Führungen durch die Ausstellung bereits ab dem 26. Mai in Regensburg aufgenommen werden können. Unmittelbare Kunst- und Kulturerlebnisse sind endlich wieder möglich!“

Arbeit auf Hochtouren

Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte ist erleichtert: „Wir haben die letzten Monate auf Hochtouren an unseren Projekten im Museum und auch an der Bayerischen Landesausstellung in Friedberg und in Aichach gearbeitet. Die Landesausstellung ist von der Technik her fertig und wird nun am 10. Juni 2020 eröffnet. In Regensburg haben wir den Stopp genutzt, Baumängel aufzuarbeiten und die Dauerausstellung zu erneuern. Das war in Corona-Zeiten alles andere als leicht. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Bau- und Museumssparten haben sich besonders engagiert. Dafür bin ich sehr dankbar und freue mich, dass wir in Regensburg mit dem Betrieb wieder starten können.“

Für den Besuch des Museums gelten strenge Schutz- und Hygieneregeln. Die grundlegenden Maßnahmen sind bekannt: Mas-

kenpflicht auch für Besucherinnen und Besucher, Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern sowie die Vermeidung von Gruppenbildungen. Im großzügig angelegten Neubau des Museums des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg gehen wir trotz Begrenzung der zeitgleich möglichen Besucherzahl nicht von längeren Wartezeiten aus. Der Laden ist ebenfalls seit 19. Mai 2020 wieder geöffnet, das Wirtshaus schließt sich mit Biergarten und Innenbetrieb entsprechend der allgemeinen Bestimmungen am 26. Mai 2020 an.

Neu im Museumsfoyer

Im Museum in Regensburg ist mit der Wiedereröffnung am 19. Mai 2020 im Foyer die Fotoausstellung „Zeitlang – Erkundungen im unbekannten Bayern“ von Sebastian Beck und Hans Kratzer, Redakteure der Süddeutschen Zeitung, zu sehen. Mit den 33 außergewöhnlichen Bildern zeigen die Journalisten ein Bayern abseits der großen Touristenströme und brechen viele gängige Klischees. Die Schau läuft bis 30. August 2020. Zu sehen ist sie kostenlos im Foyer des Museums.

Original Film-Set lässt den Ballon steigen

Gondel, Windmaschine und halbgefüllte Ballonhülle machen die Inszenierung des Fluchtbalons von Naila in der Dauerausstellung „Wie Bayern Freistaat wurde und was ihn so besonders macht“ perfekt. Aus konservatorischen Gründen wurde freilich nicht die Originalballonhülle aus Naila aufgeblasen, die ist ohnehin viel zu groß und muss in der eigens für sie angefertigten Vitrine bleiben. Die Inszenierung möglich macht Michael „Bully“ Herbig. Er ist der Regisseur des Erfolgsfilms „Ballon“ aus dem Jahr 2018 und hat dem Haus der Bayerischen Geschichte die Requisiten des Original-Film-Sets als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Der Ballon landet nun am Waldrand vor Naila und macht das Eintauchen in die Geschichte aus dem Jahr 1979 zu einem authentischen Erlebnis.

Der Wärmekreis schließt sich

Zweifachturnhalle und Mensa des Schulzentrums Scheßlitz werden an das Biomasseheizwerk angeschlossen

„Nun schließt sich der Wärmekreis!“ – So kommentiert Bambergers Landrat Johann Kalb die Anpassung des Wärmenetzes des Biomasseheizwerkes in Scheßlitz. Dieses war 2012 so konzipiert worden, dass es die getrennten Heizsysteme des Feuerwehrgerätehauses, der Mittelschule mit Turnhalle, der staatlichen Realschule und des Sonderpädagogischen Förderzentrums ablösen sollte. Jetzt wird die neue Zweifachturnhalle und die neue Mensa des Schulzentrums an dieses Biomasseheizwerk angeschlossen.

Die Anlage leistet einen wichtigen Beitrag für die CO₂-Neutralität im Landkreis Bamberg. Im Sinne der regionalen Wertschöpfung hatte sich der Kreis im Jahr 2012 für Holzhackschnitzel als Brennstoff entschieden. Als regionaler und zuverlässiger Partner für die Holzlieferung konnte die Waldbesitzervereinigung Bamberg e.V. mit Geschäftsstelle in Scheßlitz gewonnen werden.

Von Mitte Mai bis Ende Juli 2020 wird das Wärmenetz nun so angepasst und ausgebaut, dass die Zweifachturnhalle und die Mensa angeschlossen werden können. Somit ist nicht nur die Wärmeversorgung ab der neuen Heizsaison gewährleistet, so Landrat Kalb. Es werde auch die Effizienz der Biomasseheizanlage weiter verbessert.

Kommandosache Biowärme

Umweltfreundliche Heizlösung für die Kaserne in Altstadt

Die Franz-Josef-Strauss-Kaserne nutzt die Abwärme einer benachbarten Biogasanlage zur Heizung. Durch die Nutzung regionaler Ressourcen spart die durch Vattenfall Energy Solutions umgesetzte dezentrale Wärmelösung 3.000 Tonnen CO pro Jahr. Das entspricht fast 8.000 Flügen von Berlin nach Paris und zurück.

Dem Herzstück der Biogasanlage, dem Fermenter, wird alle 30 Minuten eine Mischung aus Rindergülle, Silomais, Grassilage und Getreide zugeführt. Bei circa 42 Grad erfolgt unter Luftabschluss durch Bakterien die Freisetzung von Methan. Es wird in zwei Gasmotoren verwertet. Die angebauten Generatoren liefern Strom, der ins öffentliche Netz eingespeist werden kann.

Das zurückbleibende Gärsubstrat wird als flüssiger Dünger später wieder auf die Felder ausgebracht. Als Nebenprodukt der Stromproduktion entsteht Abwärme. Der überwiegende Teil davon wird über eine zwei Kilometer lange Wärmeleitung zum Heizhaus geführt und steht zur Heizung der Kaserne zur Verfügung.

Drei moderne erdgasbetriebene Niedertemperaturkessel ergänzen die Versorgungslösung. Sie kommen vor allem für Spitzenlasten im Winter zum Einsatz. Auf dem Dach des Heizhauses gewinnt zudem eine 14 kWp-Photovoltaikanlage Sonnenenergie. Mit circa 14.000 kWh Leistung pro Jahr deckt sie einen großen Teil des Eigenstrombedarfs des Heizhauses.

Landkreis Pfaffenhofen:

Umweltausschuss beschließt Ladeinfrastrukturkonzept

Der Umweltausschuss hat ein Ladeinfrastrukturkonzept für den Landkreis Pfaffenhofen beschlossen. Zur Errichtung einer gemeindeübergreifenden und strukturierten Ladeinfrastruktur war zuvor die Kompetenzzentrum Sport Gesundheit Technologie GmbH beauftragt worden, ein Konzept als Grundlage für den bedarfsgerechten und zugleich zukunftsfähigen Aufbau von Ladeinfrastruktur zu erstellen.

Das Ladeinfrastrukturkonzept umfasst einen einheitlichen E-Ladesäulen-Netzplan, die Gestaltung multimodaler Mobilitätsstandorte, Anforderungen an den Netzausbau sowie die beispielhafte Erhebung des Investitionsbedarfs und der Fördermöglichkeiten als Grundlage für ein wirtschaftlich zu betreibendes Ladeinfrastruktur-

netz mit offenem Backend-System.

Das Konzept wird den kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden zur Verfügung gestellt, damit auf dieser Grundlage künftige Planungen vorgenommen werden können und bei möglichen künftigen Förderaufrufen mit einem durchdachten Plan reagiert werden kann.

Pfaffenhofen a.d. Ilm:

Interkommunaler Teil-Energienutzungsplan liegt vor

Durch gesetzliche Änderungen ist eine landwirtschaftliche Nutzung von Klärschlamm nur noch eingeschränkt möglich. Zudem sind die Kosten für eine externe Verwertung deutlich angestiegen. Die Gemeinden im Landkreis haben sich daher zusammengetan und ein gemeinsames Konzept erarbeitet lassen, um eine gemeinsame, mittel- und langfristig gesicherte, wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösung im Hinblick auf die Verwertung des Klärschlammes zu erhalten. Die Erstellung der interkommunalen Studie wurde von Doris Rottler von der Fachstelle Energie und Klimaschutz am Landratsamt Pfaffenhofen koordiniert.

Im Rahmen einer sog. „Szenario-Analyse“ wurden Möglichkeiten für die künftige energetische Verwertung von Klärschlamm betrachtet. Im jetzt vorliegenden Teil-Energienutzungsplan wurden fünf gemeindeübergreifende Szenarien erstellt und auf Umsetzbarkeit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkungen untersucht. Die Szenarien basieren auf fundierten Datenerhebungen in Verbindung mit Vor-Ort-Terminen in den kommunalen Klärwerken. Grundlage aller Szenarien ist das allgemeine Entwässerungskonzept; dazu wurde eine Entwässerungsstruktur definiert und die Bildung von Entwässerungsklustern, welche Zusammenschlüsse über die Gemeindegrenzen hinaus abbilden, angelegt. Hier kann bereits 95 Prozent des gesamten Klärschlammes entwässert werden.

Szenarien

In Szenario 1 wird die Entsorgung des entwässerten Klärschlammes in einer thermischen Verwertungsanlage außerhalb des Landkreises dargestellt. Vorzugsweise sollte eine Verwertung mit anschließender Phosphorrückgewinnung gewählt werden. Vorteil an diesem Szenario sind die geringen Investitionskosten. Demgegenüber stehen allerdings hohe Entsorgungskosten, sowie eine erhöhte CO₂-Belastung durch die Transportfahrten.

In den Szenarien 2a und 2b liegt der Schwerpunkt auf der Klärschlamm Trocknung, indem bislang freie Abwärmequellen genutzt werden. Dafür wurde die Trocknung an drei Biogasanlagen und einem Biomasseheizkraftwerk untersucht. Die verfügbare Wärme der Biogasbetriebe reicht aktuell nicht zur Trocknung der gesamten Klärschlammmenge aus. Mit der Abwärme des Heizkraftwerks kann die gesamte Klärschlammmenge

ge voraussichtlich nur dann getrocknet werden, wenn zusätzliche Wärme aus dem Fernwärmebetrieb bezogen wird.

In den Szenarien 3a und 3b wird die zentrale, thermische Verwertung in Form einer Klärschlamm-Monoverbrennung untersucht. Hierbei wird zwischen der Verwertung auf Landkreisebene und im Verbund mit weiteren Landkreisen und Kommunen unterschieden. Standorte zur Errichtung dieser Anlage sollten vorzugsweise in Industrie- / bzw. Gewerbegebieten gewählt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist die thermische Verwertung auf Landkreisebene oder im Verbund anzustreben. Die aktuelle Marktsituation zeigt, dass vor allem Monoverbrennungsanlagen, welche im Verbund betrieben werden, aus ökologischer und ökonomischer Sicht signifikante Vorteile gegenüber den aktuellen Entsorgungswegen mit sich bringen.

Ressourceneffizienz-Netzwerk

Doris Rottler: „Die Gemeinden des Landkreises haben bereits signalisiert, basierend auf den Erkenntnissen des interkommunalen Klärschlammkonzepts, die weitere Umsetzung einer gemeinsamen Klärschlammverwertung in Form eines Ressourceneffizienz-Netzwerks fortzuführen.“ Im Rahmen dieses Netzwerkes soll darüber hinaus die langfristig gesicherte Verwertung des Klärschlammes verfolgt werden. Parallel dazu sollten Verwertungskonzepte in umliegenden Landkreisen oder Zweckverbänden geprüft werden. Für die Erstellung des interkommunalen Teil-Energienutzungsplans zur Klärschlammverwertung erhalten die Kommunen einen Zuschuss in Höhe von 70 Prozent vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

16. Juni 2020 | 19-21 Uhr
ONLINE

LETZTE HOFFNUNG PETITION

Braucht Bayern eine*n unabhängige*n Bürgerbeauftragte*n und ein besseres Petitionsrecht?

Online-Expertengespräch mit:

- Bea Böhlen | Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter | ehemaliger Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing
- Barbara Schleicher Rothmund | Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz und Beauftragte für die Landespolizei

Moderation:

- Stephanie Schuhknecht, MdL | Vorsitzende des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden im Bayerischen Landtag
- Toni Schuberl, MdL | Sprecher für Rechtspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Anmeldung und Infos unter:
www.gruene-fraktion-bayern.de/termine

Ohne Kommunikation ist alles nichts

Öffentlichkeitsarbeit wird heute als Mehrwert für ein Projekt verstanden

Von Dr. Andreas Bachmeier, Vorstand und Partner der Engel und Zimmermann AG

„Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerüchten, Geschwätz und Gift“, so urteilte ein britischer Soziologe Mitte des 20. Jahrhunderts. Seit der Antike ist die Bedeutung der Kommunikation bekannt. Von einem Dialog im Sinne von Verstehen oder gar Verinnerlichen war man aber noch weit entfernt.

Heute ist die Projektkommunikation in der Realität angekommen. Auftraggeber aller Art haben den Mehrwert der Kommunikation für ihr Projekt verstanden und investieren daher verstärkt in Kommunikation und Dialog. Der Anteil für Kommunikationsmaßnahmen an Investitionen liegt laut einer Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (bitkom) zwischen vier und fünf Prozent des jeweiligen Gesamtbudgets. Andere Quellen geben sogar Größen bis zu 15 Prozent an.

Orientierung an der Realität

Aber in was genau investieren die Projektträger? Die Antwort darauf ist mehrschichtig: Zum einen werden durch Kommunikation Sachinformationen vermittelt. Damit wird Gerüchten vorgebeugt. So spekulieren die Menschen nicht untereinander wie das Vorhaben ausgestaltet sein wird oder wie die Nutzung geplant ist. Sie orientieren sich stattdessen richtigerweise an der Realität. Es gilt also: Die Bürger zu informieren, mit ihnen in Dialog zu treten und das anfangs genannte Vakuum gar nicht erst entstehen zu lassen.

Das Darlegen von Zielen, Absichten und Hintergründen ist aber nicht ausreichend. Ein mindestens ebenso wichtiger Punkt ist die Entstehung einer emotionalen Bindung des Bürgers



Dr. Andreas Bachmeier.

chen, muss jeder Einzelne einen Vorteil im Projekt erkennen. Sei dies der Klimaschutz zugunsten der nächsten Generationen, eine günstigere Verkehrsanbindung oder ein neugewonnener finanzieller Spielraum für die Kommune, wodurch die Renovierung des alten Kindergartens endlich möglich wird oder auch nur hinzugewonnene Parkplätze. Die Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen müssen abgedeckt sein, um eine tiefere Bindung zu erreichen. Die Sachebene schafft in Verbindung mit der Beziehungsebene Vertrauen und Akzeptanz. Somit tragen sie maßgeblich zum

Erfolg des Projekts bei. Beide Ebenen helfen, den unmittelbaren Nutzen für die Betroffenen aufzuzeigen und Widerstände gegenüber Veränderungen abzubauen.

Frühzeitig starten

All diese Maßnahmen greifen allerdings nur, wenn die Kommunikation frühzeitig einsetzt. Der Projektstart ist der Start der Kommunikation. Andernfalls bilden sich Strukturen und Denkmuster in der Bevölkerung, die am Projekt haften bleiben und die kaum mehr aus der Welt zu schaffen sind. Als verstärkende Ursachen sind hier die gewachsene Vernetzung der Menschen und die damit einhergehende bessere Kampagnenfähigkeit von Bürgerinitiativen sowie das nie vergessende Internet zu nennen. Durch schlichte Bequemlichkeit oder falsch verstandene Sparsamkeit wäre das Vorhaben – bevor es tatsächlich begonnen hat – in der Defensive. Die Gefahren für Verzögerungen oder ein Projektauswärtigen deutlich gestiegen und mit immensen Mehrkosten für den Projektträger verbunden.

Was ist also zu tun, um ein Vorhaben von Beginn an in die richtigen Bahnen zu lenken? Es gilt, frühzeitig mit der Arbeit zu beginnen: Eine Analyse der relevanten Stakeholder, die Entwicklung einer Story für das Projekt und die Herausarbeitung von Mehrwerten für jeden Einzelnen. Die kommunikative Hoheit muss zwingend beim Projektträger liegen. Und dieser muss den Raum der Projektkommunikation mit Leben füllen.



V.l.: Bertram Höfer, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Mittelfranken, Medienfachberater Klaus Lutz und Bezirkstagspräsident Armin Kroder

Bild: Bezirk Mittelfranken

Inklusive Medienpädagogik

Angebote der Medienfachberatung des Bezirks Mittelfranken

Ansbach – Was hat Medienbildung mit Inklusion zu tun? Für Medienfachberater Klaus Lutz ist dies schlicht und ergreifend ein Menschenrecht. Ein eigenes Handy oder das Surfen im Internet gehört für die meisten Menschen zu ihrem Alltag dazu, Menschen mit Behinderung bleibt das selbständige und sichere Bewegen in der digitalen Welt allerdings nicht selten verwehrt. Die Medienfachberatung des Bezirks Mittelfranken hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, Jugendliche mit Behinderung in einem von Medien geprägten Alltag medienkompetent zu machen.

„Wir pflegen einen breiten Inklusionsbegriff“, zu den Bereichen wie Arbeiten und Wohnen zähle eben auch die Medienpädagogik, machte Bezirkstagspräsident Armin Kroder kürzlich in einem Pressegespräch zum Thema „Inklusive Medienpädagogik“ im Bezirksrathaus in Ansbach deutlich. Inklusion müsse, so der Bezirkstagspräsident, allen dienen. Deshalb habe der Bezirk Mittelfranken auch verschiedene Publikationen in der sogenannten leichten Sprache herausgegeben. Diese nützten nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern „allen Menschen in unserer komplizierten Zeit“.

Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring

Beim Thema Inklusion arbeite der Bezirk eng mit dem Bezirksjugendring zusammen. Der unterhält dafür eigens eine Fachstelle und bekommt pro Jahr über eine halbe Million Euro aus der Bezirkskasse. Jugendring-Vorsitzender, Bertram Höfer: „Wir sind die Servicestelle vor Ort.“ Man wolle Barrieren abbauen und Teilhabe ermöglichen. „Egal wo jemand herkommt, wo jemand wohnt, welche Ausbildung oder sozialen Hintergrund er hat, allen Menschen muss es möglich sein, sich barrierefrei in einer digitalen Welt zu bewegen“, meint Höfer.

Für Medienfachberater Klaus

Lutz, der mit dem Bezirksjugendring als Netzwerk der Jugendverbände sowie Stadt- und Kreisjugendrängen in Mittelfranken, eng zusammenarbeitet, ist es oberstes Ziel „Jugendliche mit Behinderung in unserem von Medien geprägten Alltag medienkompetent zu machen“. Auf keinen Fall wolle die Medienfachberatung bei ihrer Arbeit belehrend oder gar „bekehrend“ auftreten. „Mir ist es wichtig, an der Alltagsnutzung der Jugendlichen teilzuhaben.“ Nach seiner Einschätzung könne er so am besten vor den möglichen Gefahren warnen. Im persönlichen Dialog arbeite er daran, das Selbstbewusstsein junger Menschen zu stärken und so ihr selbstbestimmtes Handeln zu fördern.

Anstoß durch die Politik

Klaus Lutz ist seit 20 Jahren hauptamtlicher Medienfachberater. Finanziert wird seine Stelle durch den Bezirk. Das Thema Inklusion und neue Medien werde in seinen Fachkreisen „stark diskutiert“. Daher habe es ihn besonders gefreut, dass der Impuls, inklusive medienpädagogische Projekte zu entwickeln, vom mittelfränkischen Bezirkstag kam. „Dieser Anstoß aus der Politik ist enorm wichtig“, ist sich der 58-Jährige sicher.

Zu den bisherigen inklusiven Angeboten zählt beispiels-

Kooperation beim Smart Meter Rollout

Regensburg. Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) übernimmt für die Regensburg Energie- und Wasserversorgung AG & Co KG (REWAG) die Smart-Meter-Gateway-Administration (SMGA) sowie die verschiedenen Aufgaben eines externen Marktteilnehmers (EMT) als Volldienstleistung.

Die Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG & Co KG hat sich beim Smart-Meter-Rollout für die Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk entschieden. Damit profitiert die REWAG von der Erfahrung und den Synergieeffekten bei der Beschaffung, der Administration und der WAN-Anbindung. Das Bayernwerk plant in den kommenden Jahren den Rollout von mehr als 600.000 intelligenten Messsystemen.

Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der REWAG, und Robert Pflügl, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH, begrüßen den weiteren Schritt der Kooperation zwischen REWAG und Bayernwerk.

Das Bayernwerk bietet modular aufgebaute Dienstleistun-

gen über die gesamte Wertschöpfungskette des intelligenten Messwesens an: von der qualitätsgesicherten Gerätebeschaffung, bei Bedarf mit integrierter SIM-Kartenbereitstellung für die WAN-Anbindung, über Montagedienstleistungen, den Gateway-Administrations- und EMT-Betrieb bis hin zu Ausbau und Entsorgung der Geräte.

„Das Bayernwerk hat uns mit hoher technischer Kompetenz und dem umfassenden modularen Dienstleistungsangebot überzeugt“, erklärt Dr. Torsten Briegel, Vorstandsvorsitzender der REWAG. „Wir sind uns sicher, dass wir zusammen mit der Bayernwerk Netz GmbH die zukünftigen Herausforderungen des Smart-Meter-Rollouts meistern werden und am Beginn einer langfristigen Partnerschaft stehen.“

weise ein Modellprojekt zum Thema „Persönliche Daten“ mit Schülerinnen und Schülern mit Lerneinschränkung der Jakob-Muth-Schule in Nürnberg. Für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Einschränkung, welche die größte Gruppe an jungen Menschen mit Behinderungen stellen, hat die Medienfachberatung spezielle Angebote entwickelt. Fünf Flyer in leichter Sprache klären zum Thema Computer-Spiele auf.“

Inklusions-Check

Insgesamt, so Klaus Lutz weiter, unterziehe die Fachstelle ihre Angebote allesamt einem „Inklusions-Check“. Denn es gelte, niemanden, egal ob mit oder ohne Behinderung, auszugrenzen. So seien beispielsweise sowohl beim jährlich stattfindenden Kinder- wie auch beim Jugendfilmfestival Induktions-schleifen am Boden verklebt, damit auch Hörbehinderte das Programm miterleben können.

Eine Herzensangelegenheit ist ihm dabei das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung. So wurden für die Durchführung eines Radioseminars für blinde und sehbehinderte Jugendliche zwölf Inklusionshelfer gebraucht. Jugendliche ohne Sehbehinderung, die diese Rolle übernommen hatten, hätten ihm dann im Anschluss erzählt, wie bereichernd sie die Situation empfunden hätten.

Informationen unter www.medienfachberatung-mfr.de

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Doris vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Wirtschaftsraum Augsburg:

Auf dem Weg ins neue Jahrzehnt

Der Wirtschaftsraum Augsburg, kurz A³, ist ein Zukunftsstandort. In der drittgrößten bayerischen Stadt und deren Umland siedeln Unternehmen aus zukunftssträchtigen Schlüsselindustrien entlang kompletter Wertschöpfungsketten. Bereits seit Jahren wächst in der Region ein Ballungsraum, der kurze Wege und Ressourceneffizienz als Motor seines Wachstums versteht. Damit dies auch im kommenden Jahrzehnt so bleibt, treibt die Region wichtige Projekte und Maßnahmen, wie den Augsburg Innovationspark oder, anknüpfend an die neue Universitätsmedizin, die Gesundheitswirtschaft, konsequent voran.

Hinter A³ verbergen sich die Stadt Augsburg und die beiden angrenzenden Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg, die sich vor über zehn Jahren mit großem Erfolg für eine gemeinsame Wirtschaftsförderung zusammenschlossen. Weltmarktführer wie auch Hidden Champions siedeln sich in der Region an, die Arbeitslosenzahlen sinken und junge Fachkräfte ziehen zu. Die geschaffenen Strukturen geben auch in der derzeitigen Corona-Situation die nötige wirtschaftliche Stabilität. Augsburg ist ein Zukunftsstandort. Damit dies weiterhin so bleibt, stößt die Region bereits jetzt wichtige Standortprojekte für das kommende Jahrzehnt an.

Lokales Netzwerk

Das spannendste Großprojekt befindet sich nahe der Universität: Der 70 Hektar große Augsburg Innovationspark ist Dreh- und Angelpunkt des Zukunftsstandorts A³. Auf 44 Baufeldern, die zwischen 1.700 und 16.500 Quadratmeter groß sind, siedeln Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aus den Zukunftsfeldern Leichtbau, Carbon/Faserverbund, Mechatronik & Automation, Luft- und Raumfahrt, IT, Industrie 4.0 und Umwelttechnik. 14 technisch-wissenschaftliche Forschungseinrichtungen gehören zum lokalen Netzwerk.

Herzstück des Innovationsparks ist das Technologiezentrum Augsburg. Auf 16.000 Quadratmetern tummeln sich mittelständische Unternehmen ebenso wie Weltmarktführer, Startups und wissenschaftliche Einrichtungen.

Ausbau des Medizin-Campus

Auch im Gesundheitssektor entwickelt sich die Region A³ kräftig weiter. Seit Januar 2019 trägt das Klinikum den Titel Universitätsklinikum Augsburg. Damit ging es in die Trägerschaft des Freistaats Bayern über. Entsprechende Umbaumaßnahmen und Erweiterungen bis 2023 führen dazu, dass die Region im medizinischen Sektor kräftig an Attraktivität gewinnt. Anfang 2020 starteten die Entwurfsplanungen für den Ausbau des Medizin-Campus sowie den Neubau des Forschungsgebäudes „Zentrum für Integrierte und Translationale Forschung“ (ZeIT). Baubeginn beider Projekte ist voraussichtlich Anfang 2022. Durch die Neuausrichtung des Klinikums erhofft sich Augsburg den Zuzug von bis zu 6.500 zusätzlichen Fachkräften aus der Gesundheitsbranche.

Stadtentwicklungskonzept

Um die räumliche Gesamtentwicklung der Stadt Augsburg strategisch zu steuern, erarbei-

teten Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft gemeinsam ein neues Stadtentwicklungskonzept (STEK), das im Dezember 2019 verabschiedet wurde. Augsburg geht damit auf Herausforderungen wie demografischer Wandel, Klimawandel und Mobilitätswende ein und zeigt im STEK mittel- bis langfristige räumliche Entwicklungen perspektivisch auf. Darin verankert sind unter anderem städtebauliche Instrumente wie die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Als vorbereitender Bauleitplan bildet er die Grundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen.

Auch die Landkreise bringen aktuell zukunftsweisende Konzepte auf den Weg. So bereitet der Landkreis Augsburg ein Mobilitätskonzept vor, das den Verkehr in der Region auf künftige Herausforderungen wie die steigende Einwohnerzahl oder den Klimawandel vorbereitet. Der Landkreis Aichach-Friedberg hat bereits ein Radverkehrskonzept vorgelegt. Auch im Bereich Klimaschutz setzen Stadt und Landkreise seit langem gemeinsame Akzente.

Mit Zukunftsprojekten macht sich die Region fit für die kommenden Jahrzehnte: „An die Zukunft denken, heißt niemals stillstehen. Ich bin froh, dass wir diese enorm wichtigen Projekte gemeinsam in der Region voranbringen und so die Attraktivität des Standorts weiter steigern“, sagt Andreas Thiel, Geschäftsführer der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft kümmert sich um die Standortvermarktung, adressiert potenzielle Investoren, fördert Unternehmensansiedlungen und unterstützt diese in laufenden Prozessen.

Geothermie Kirchstockach:

Meilenstein für Wärmewende in der Region

SWM koppeln Erdwärme zur regionalen Versorgung aus

Die Stadtwerke München (SWM) setzen südlich von München einen weiteren Baustein für die Energiewende: An der Geothermieanlage Kirchstockach wird eine Fernwärmestation zur Wärmeauskopplung errichtet. Hinzu kommt eine Anschlussleitung, die auch die nebenan angesiedelte Bioenergieanlage einbindet und als erstes die Gebäude des Schulzweckverbands Südost in Ottobrunn und Neubiberg versorgen wird. Die Bauphase ist bis März 2021 angesetzt. Es handelt sich um den ersten Schritt zur Wärmeanbindung der Geothermieanlagen im Süden Münchens.

Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM zeigte sich zufrieden: „Mit dem Bau der Fernwärmestation ist ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Wärmewende auch in der Region erreicht. Mein Dank gilt den Gemeinden, die in den vergangenen Jahren viel Geduld angesichts unserer Fernwärme-Baustellen aufgebracht haben. Die Arbeiten sind für eine gemeinsame gute Sache: die Versorgung mit klimafreundlicher Energie!“

Künftig gibt es Strom und thermische Energie

Bislang wird an den Standorten Kirchstockach und Dürnhhaar die Erdwärme rein zur Ökostrom-Erzeugung genutzt. Die SWM haben die beiden Geothermie-Anlagen 2016 erworben, zudem hatten sie 2014 die Anlage Sauerlach mit Strom- und Wärmeauskopplung in enger Abstimmung mit der Gemeinde errichtet.

Jetzt wird auf dem Gelände der Geothermieanlage Kirchstockach das Technikgebäude gebaut und die Anschlussleitung gelegt. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das in den vergangenen Jahren kontinuierlich aufgebaute Wärmenetz an die Geothermieanlage anzuschließen. Künftig kann hier mit dem Heißwasser aus der Tiefe auch thermische Energie zu den Kunden transportiert werden.

Schutz des Grundwassers

Der Geothermiestandort Kirchstockach hat eine besondere Lage in der sogenannten „weiteren Schutzzone“ des Wasserschutzgebietes Hohenbrunn. Daher haben die SWM den Schutz des Grundwassers bereits in der Vorplanung besonders sorgfältig umgesetzt und sämtliche Schritte intensiv mit den Genehmigungsbehörden abgestimmt. Die technischen und baulichen Erweiterungen werden mit besonders ressourcenschonenden Bauverfahren ausgeführt und somit die Auswirkungen auf die Umwelt minimiert. Zudem wird das künftige Technikgebäude mit einer Fassadenbegrünung versehen, eine artenreiche Blühwiese angesät und Bäume auf der Ausgleichsfläche vor Ort gepflanzt.

Gemeinschaftswerk: Kombinierte Wärmeauskopplung

Die Fernwärmeauskopplung ist modular geplant. Im ersten Schritt wird eine Wärmeleistung von 12 MW ausgekoppelt. Durch Austausch und Erweiterung von Komponenten kann die Anlage bis auf 40 MW erweitert und damit einer wachsenden Netzleistung angepasst werden. Ein integriertes Blockheizkraftwerk erhöht durch Eigenstromerzeugung die Versorgungssicherheit des Standortes, auch die Abwärme wird klimafreundlich genutzt. Zudem wird in einer Kooperation mit Ganser Entsorgung, Betreiber der nebenan gelegenen Bioabfall-Vergärungsanlage auch dort anfallende Wärme mitgenutzt. Diese kombinierte klimafreundliche Wärmeauskopplung

wurde gemeinsam mit dem Landkreis München und den im Schulzweckverband beteiligten Gemeinden entwickelt.

Beteiligte Gemeinden und Unternehmen

Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München und Verbandsvorsitzender des Zweckverbands Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München: „Ein doppelter Gewinn für die Umwelt dank intelligenter Energienutzung: Die Biovergärungsanlage verarbeitet künftig nicht mehr nur den Bioabfall aus dem Landkreis München – mit der anfallenden Wärme können bald auch Schulen im Landkreis versorgt werden. Zudem haben wir durch die Partnerschaft mit den SWM die Möglichkeit, auch Wärmeversorgung aus Geothermie zu nutzen. Ich freue mich sehr, dass wir diese beiden Schritte gemeinsam mit der Biovergärungsanlage und den Stadtwerken München gehen können. Denn nur wenn wir Synergieeffekte wie diese nutzen, wird es uns gelingen, die Ziele unserer landkreisweiten Klima- und Energieinitiative „29++“ zu erreichen und nachhaltig zu sichern.“

Zustimmung der beteiligten Bürgermeister

Thomas Loderer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ottobrunn und stellvertretender Verbandsvorsitzender des Zweckverbands Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München: „Ich freue mich sehr, dass die

Versorgung der Schulen des Schulzweckverbands und der mehr als 150 Wohnungen der Baugesellschaft München-Land in der Ottobrunner Josef-Seligersiedlung mit regenerativer Fernwärme nun Realität wird. Ottobrunn setzt weiter auf die enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München, um die Wärmeversorgung mittels Tiefengeothermie voranzutreiben.“

Günter Heyland, Erster Bürgermeister Neubiberg: „Die SWM sind aus Sicht unserer Gemeinde auf einem guten Weg im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit dem Baubeginn der Wärmeauskopplung in Kirchstockach kommen die SWM ihrem Ziel der Einspeisung von umweltfreundlicher Biowärme in das Fernwärmenetz Zug um Zug näher und schaffen damit einen Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger.“

Regionales Konzept für CO2-neutrale Wärmeerzeugung

Mit den jetzt begonnenen Bauarbeiten wird die CO2-neutrale Energieerzeugung für die Landeshauptstadt und südöstlich von München gelegene Gemeinden weiter vorangetrieben. Mittelfristig ist vorgesehen, auch die bislang nicht miteinander verbundenen Fernwärmenetze in Ottobrunn, Neubiberg, Putzbrunn und Hohenbrunn zu verknüpfen und die leistungstechnische Lücke zur Geothermieanlage Kirchstockach zu schließen.

Um weitere Erdwärmepotenziale zu erschließen, haben die SWM zudem in den Gemeinden südlich von München großflächige 3D-Seismikmessungen durchgeführt.

Neben der Versorgung der angrenzenden Gemeinden soll die Erdwärme aus der Region künftig auch ins SWM Fernwärmesystem eingebunden werden. Dafür müssen rund 22 Kilometer Verbindungsleitungen errichtet werden. □

Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern unterstützt Food-Truck

Sozialministerin Carolina Trautner: Ideenreiche und unbürokratische Zusammenarbeit, um Menschen in Not zu helfen

Die beiden Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner und Altlandrätin Johanna Rumschöttel haben das Förderprojekt „Das Westend tafelt“ in München besucht.

Nachdem Mitte März 2020 infolge der Corona-Krise viele Ausgabestellen der Münchner Tafel geschlossen wurden, gab es zunächst aus einem „Foodtruck“ warmes Essen einer bayrischen Gaststätte täglich von 12:00 - 14:00 Uhr für Obdachlose und weitere Bedürftige zum Mitnehmen. Das Projekt „Das Westend tafelt“, das aufgrund seiner Nachfrage kontinuierlich bis auf 300 Portionen täglich erweitert wurde, gab am 21. Mai 2020 zum letzten Mal Essen aus. Nach 42 Tagen endet nun dieses erfolgreiche Projekt, weil kommende Woche die Münchner Tafel wieder öffnet.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Ich bin beeindruckt, wie ideenreich und unbürokratisch die verschiedenen Akteure zusammenarbeiten, um Menschen in Not zu helfen. Hier wurde in kurzer Zeit kreativ ein tolles Projekt auf die Beine gestellt, um Menschen in Not zu helfen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Initiatoren, den Helferinnen und Helfern für ihr Engagement. Unser Soziales Bayern ist ein wertvoller Anker an Stabilität.“

Um die Zeit zwischen letzter Essensausgabe und Wiedereröffnung der Tafelausgabestelle zu überbrücken, gab es am letzten Tag zusätzlich ein „Brotzeit-sackerl“ – gepackt mit Lebensmitteln sowie einen Essensgutschein.

Großartiges Beispiel gelebter Solidarität

„Dieses Projekt ist ein großartiges Beispiel dafür, wie gelebte Solidarität und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aussehen können. Ich freue mich, dass wir mit der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern dazu beitragen konnten, dass in diesen herausfordernden Zeiten auch den Schwächsten in der Gesellschaft geholfen wird,“ so Johanna Rumschöttel.

In Anspruch genommen haben das Angebot diejenigen, die bisher auch zur Ausgabestelle der Tafel kamen sowie viele Obdachlose, die von der Bahnhofsmmission geschickt oder in der Bayernkaserne untergebracht wurden. Rund 50 Personen haben bei der Essensausgabe täglich geholfen. □

GZ

GESTERN

hat mein Chef gesagt ...



„Also eines kann ich euch sagen. Für mich steht das Unwort des Jahres bereits fest. Es heißt ‚neue Normalität‘.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte sich, nicht ganz untypisch für ihn, auf Worthül-senjagd gemacht.

Fündig wurde er im neuen Coronasprech, das uns derzeit überall begegnet und mittlerweile fast furchterregender vorkommt als das Virus selbst. Genauso schleichend, wie das Virus sich von Mensch zu Mensch ausbreitet, dringen Wörter und Begrifflichkeiten in unseren alltäglichen Sprachgebrauch, die uns vor Kurzem noch völlig unbekannt waren. Shutdown, Lockdown oder Pseudo-Englismen wie Homeoffice und Homeschooling, die so urdeutsch sind wie Handy und Shitstorm. Aber auch Abstandsre-

ermutigende Nachrichten zu Medikamententests, um Covid-19 zu heilen (ich meine jetzt nicht die Voodoo-Medizin von Donald Trump) oder zur Entwicklung von Impfstoffen, um vorzubeugen. Aber wie im Falle des Klimawandels, von dem wir auch nicht glauben, dass er sich durch technologische Innovation beherrschen lässt, setzen wir bei Corona nicht auf die Pharma- und Biotech-

Industrie, sondern philosophieren darüber, wie die Ausnahmeregeln unser Leben langfristig ändern werden. Ich sage: Ich will mich gar nicht dauerhaft ändern!

Überhaupt werden wir erst mit einigem zeitlichen Abstand beurteilen können, was in Zeiten der Pandemie sinnvoll, was überflüssig war, was mehr genutzt, was mehr geschadet hat. So ist es immer bei erstmaligen tiefgreifenden Umwälzungen. Eine Pandemie hatten wir eben noch nicht. Schiedsrichter sind am gerechtesten in der Zukunft.

Genauso werden wir erst in der Zukunft sehen, was diese Zeit vielleicht auch Bewahrenswertes gebracht hat. Die neuen Möglichkeiten, flexibel zuhause zu arbeiten? Das deutliche Signal, dass wir mit der Digitalisierung vorankommen müssen? Neue Lern- und Arbeitsformen an den Schulen und Universitäten? Mehr europäische Unabhängigkeit von China? Eine Renaissance der Wertschätzung von Politikern, die mit Maß, Vernunft, Abgewogenheit und Rationalität Entscheidungen treffen und weniger Raum für irriternde Populisten? Seien wir gespannt.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt wie ich darauf, dass der menschliche Erfindergeist gepaart mit kühler Rationalität der Entscheidungsträger auch diese Krise überwinden kann. Wann? Wer weiß. Laut Umfragen gehen die Menschen von einem Zeitraum bis zu neun Monaten aus, in dem sie die gegenwärtigen Beschränkungen ertragen. Mal sehen. Unser aller Zuversicht könnte ein Satz des spanischen Dichters Miguel de Cervantes stärken: „Vertrau auf die Zeit, sie bringt normalerweise süße Auswege aus bitteren Schwierigkeiten“.

ihre
Sabrina

Bayerische Landesausstellung 2020 in Friedberg und Aichach:

„Stadt befreit. Wittelsbacher Gründerstädte“

Als eines der ersten Ausstellungs-Großprojekte in Europa, die nach dem Corona-Lockdown wieder hochfahren, öffnet am 10. Juni 2020 die Bayerische Landesausstellung „Stadt befreit. Wittelsbacher Gründerstädte“. Ausstellungsorte sind das neu renovierte Wittelsbacher Schloss in Friedberg und das Feuerhaus in Aichach im Wittelsbacher Land – dort, wo der Aufstieg der späteren Kurfürsten- und Königsfamilie der Wittelsbacher seinen Anfang nahm. Veranstalter ist das Haus der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aichach-Friedberg und den Städten Aichach und Friedberg.

Für Staatsminister Bernd Sibler stellt die Eröffnung einen wichtigen Meilenstein für das kulturelle Leben in Bayern dar: „Kunst und Kultur brauchen Publikum – und das Publikum sehnt sich nach Kunst und Kultur! Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen können uns Kunst und Kultur ein fester Anker sein. Wertvolle Kunst- und Kulturschätze können spannende Einblicke in die Geschichte des Freistaats bieten.“

Im Wittelsbacher Land bereiten sich die Partner der Bayerischen Landesausstellung seit Monaten auf das Großereignis vor, das ursprünglich am 28. April gestartet werden sollte. Dort wird die Bekanntgabe des Eröffnungstermins mit großer Freude aufgenommen. Landrat Dr. Klaus Metzger ist sich mit den Bürgermeistern Klaus Habermann (Aichach) und Roland Eichmann (Friedberg) einig: „Auch wenn die Rahmenbedingungen diesmal anders sein werden als bei bisherigen Landesausstellungen, freuen wir uns sehr, jetzt endlich starten zu können. Darauf haben wir lange hingearbeitet und diesen Termin herbeigesehnt. Wenn es nun losgeht, bieten wir den Menschen hier im Wittels-

bacher Land ein Stück wieder-gewonnene Lebensfreude – mit der einzigartigen Landesausstellung zu den Städten der Wittelsbacher, verbunden mit einem genussreichen Aufenthalt in den beiden malerischen Innenstädten und weiteren Freizeitmöglichkeiten wie Radelausflug und Biergartenbesuch.“

Die Landesausstellung 2020 erzählt, wie und wann Bayern zum Städteland wurde. Das heute so vertraute System der bayerischen Städte und Märkte ist in einem historisch gesehen verhältnismäßig kurzen Zeitraum etwa von 1200 bis 1300 entstanden. Mit der gezielten Gründung und Förderung von Städten und Märkten festigten bayerische Größen, vor allem die junge Herzogsdynastie der Wittelsbacher, ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht. Für die Menschen bot das Leben in den neuen Städten viele Chancen: Sicherheit der Person, Schutz des Eigentums, Freiheit des Handels. Und so lautet ein bis heute populärer Rechtssatz: „Stadtluft macht frei!“.

In den nach der Renovierung nun wieder zugänglichen historischen Prunkräumen von Schloss Friedberg präsentiert die Aus-

stellung mit kostbaren Leihgaben die Gründungsgeschichte der altbayerischen Städte bis ins Spätmittelalter. Erzählt wird von den wenigen traditionellen Metropolen und den neuen Zentren, von Herrschern und Siedlern, von Handel und Wandel und dem Entstehen einer selbstbewussten stadtbürgerlichen Welt.

In Aichach steht für die Landesausstellung die multifunktionale Halle des Feuerhauses direkt am Rande der Altstadt zur Verfügung. Das Ausstellungsgebäude bietet den nötigen Freiraum für multimediale Inszenierungen. Hier erleben die Besucher virtuell Stadtgeschichten aus dem Mittelalter und können diese mit der heutigen bayerischen Städtelandschaft und ihrer eigenen Lebenswelt verbinden. Beleuchtet werden auch Planstädte und Zukunftsvisionen von gestern, heute und morgen. Darüber hinaus wird ein für Landesausstellungen neuartiges Konzept angewendet, bei dem die idealtypische „wittelsbachische“ Stadtanlage Aichachs mit Führungen aus der Ausstellung heraus erschlossen wird.

Für den Besuch von Museum und Landesausstellung gelten die bekannten strengen Schutz- und Hygieneregeln. Gleichwohl bieten beide Attraktionen des Hauses der Bayerischen Geschichte Führungen mit begrenzter Teilnehmerzahl an. Aufgrund der Regel „eine Person auf 20 Quadratmeter“ sind Wartezeiten in den Landesausstellungen in Aichach und Friedberg nicht ausgeschlossen. **DK**

Neustrukturierung Bezirksklinikum Mainkofen:

2. Bauabschnitt kommt gut voran

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich informierte sich vor Ort über Baufortschritt

Mainkofen. Im Bezirksklinikum (BK) Mainkofen wurden schon zahlreiche Richtfeste gefeiert und eigentlich hätte auch am 8. Mai eine Richtkrone den vor kurzem fertiggestellten Rohbau des 2. Bauabschnitts des Gesamtprojekts „Neustrukturierung des Bezirksklinikums Mainkofen“ schmücken sollen. Leider musste das traditionelle Fest wegen der Corona-Krise abgesagt werden. Sehr zum Bedauern von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Ich hätte mich beim Richtfest gerne bei allen bislang am Bau Beteiligten offiziell und persönlich für die gute Arbeit bedankt.“

Um sich aber vom Baufortschritt zu überzeugen, entschloss er sich kurzfristig zu einer Besichtigung der Baustelle – geführt von Matthias Kopf, dem Leiter des bezirklichen Baureferats, sowie den für die örtliche Bauüberwachung Verantwortlichen Monika Obermüller, Dewan Friedenberger Architekten GmbH, und Paul Ruderer, Süss Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG.

Fassadenverkleidung kann nun angebracht und die Fenster eingebaut werden – danach ist das Gebäude sozusagen „dicht“ und der Innenausbau kann beginnen. Läuft es so gut wie bisher, kann der zweite Teil des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen“ mit jeweils 22 Betten in Erd- und Obergeschoss im Juli 2021 der Nutzung übergeben werden.

krankungen“ sowie Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen im Bereich „Krisenintervention“. Kostenvolumen: 43 Mio. Euro. Am 25. Juni 2019 fand die offizielle Gesamtübergabe dieses Abschnittes statt, noch am gleichen Tag der Spatenstich für den 2. Bauabschnitt – ein nahtloser Übergang.

Zeitgleich wurden die Kliniken für Neurologie und Neurologische Frührehabilitation mit rund 23,7 Mio. Euro erweitert und modernisiert. Der im Zuge dieser Baumaßnahme im gleichen Gebäude integrierte Bereich „Funktionsdiagnostik/Innere Medizin und Endoskopie“ (ca. 4,2 Mio. Euro) komplettiert das „Neurologische Zentrum“.

Neubau des Pflegeheims

Weitere 20 Mio. Euro flossen in den Neubau des Pflegeheims Mainkofen, das mit der Eröffnung im Januar 2019 in „Sozialpsychiatrisches Zentrum Mainkofen“ umbenannt wurde. Unter einem Dach befinden sich hier das Fachpflegeheim und als Novum ein Übergangswohnheim mit 19 Betreuungsplätzen für Menschen mit seelischen Erkrankungen.

Mammutprojekt

Voraussichtlich im Sommer wird das neue Labor fertig sein (Kosten ca. 3 Mio. Euro); in Planung ist derzeit der 3. Bauabschnitt „Zentrum für Gerontopsychiatrie“ mit einem Kostenvolumen von ca. 35 Mio. Euro.

Die Gesamtkosten für das Projekt „Neustrukturierung“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Agentur Engel und Zimmermann sowie der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

möglichst effizienter Klinikabläufe, einer guten Vernetzung zwischen den Zentren und kurzen Wegen für Personal wie Patienten zu verbinden. Die architektonisch klar abgegrenzten An- und Neubauten entlang der äußeren Ringstraße erfüllen diese Bedingungen und fügen sich durch die Beschränkung auf zwei Geschosse in die umgebende Bebauung ein. Durch die in einer Art „Würfel“ errichteten Gebäude entstanden Innenhöfe, die als geschützte Außenbereiche genutzt werden können.

Bestmögliches Gesamtpaket

„Mit jedem fertigen Bauabschnitt rücken wir dem Ziel, unseren Patienten ein bestmögliches ‚Gesamtpaket‘ bieten zu

können, näher“ freut sich Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich. „Das moderne Gesicht Mainkofens nimmt sichtbar Gestalt an, ohne dass der Charme der parkähnlichen Anlage verloren geht.“

Positiv ist auch der bislang unfallfreie Verlauf. Für Aufregung sorgte allerdings der Fund einer 50-kg-Bombe zu Beginn der Ausgrabungsarbeiten. Allerdings war bekannt, dass hier im Zweiten Weltkrieg Bomben abgeworfen worden waren. Die frühzeitig involvierte Kampfmittelbeseitigungsfirma konnte die Bombe entschärfen und ein größeres Unglück verhindern. Sie bleibt aus Sicherheitsgründen bis zum Abschluss der gesamten Maßnahme bei allen Erdbewegungen im Einsatz. - ck -

Gut im Zeitplan

Der mit 15,5 Mio. Euro veranschlagte 2. Bauabschnitt, der die Komplettierung des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen“ beinhaltet, liegt sehr gut im Zeitplan – begünstigt auch durch den milden Winter und das außergewöhnlich gute Wetter vor allem der letzten Wochen, wodurch ein durchgängiges Arbeiten möglich war. Innerhalb von zehn Monaten sind die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Mittlerweile steht das Gerüst, die

Vorausgesetzt, es geht planmäßig weiter, heißt es für das Gesamtprojekt „Neustrukturierung“ im Grunde „Halbzeit“.

Nach aufwändigen Vor- und Abrissarbeiten und dem Aufbau einer vorübergehenden „Modulklinik“ ging Ende Mai 2016 mit der feierlichen Grundsteinlegung der 1. Bauabschnitt an den Start. Er umfasste den Neubau „Zentrum für Allgemeinpsychiatrie“, die erste Hälfte des „Zentrums für Abhängigkeitser-

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 18. Juni 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Wasser · Abwasser
- Kommunalfahrzeuge · kommunaler Fuhrpark



Bild: BK Mainkofen/Vierthaler

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS^e
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH – Rudolfstr. 112 – 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 – Fax: +49 (0) 89 420 496-55 – info@etsbs.de

www.etsbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

erdgas
schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi

Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.

Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN
KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de



Informationssicherheit und Datenschutz



Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de



Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de



Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe



www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Im Mai 2020

Postanschrift:
Postfach 825
82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44
82538 Geretsried

Telefon:
08171/93 07 -11

Telefax:
08171/93 07 -22

Internet
www.gemeindezeitung.de

eMail:
info@gemeindezeitung.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Anfang Mai dürfen wir viele neue Gesichter in der kommunalen Familie begrüßen. Daher informieren wir Sie über die verschiedenen Möglichkeiten, die Bayerische GemeindeZeitung (GZ) zu lesen und auf weitere Leistungen der GZ zuzugreifen.

Die GZ liefert 14-tägig kommunale Fachinformationen, die genau auf den Bedarf einer bayerischen kommunalen Mandatsträgerin oder eines kommunalen Mandatsträgers bzw. Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung zugeschnitten sind.

Wir liefern **verständlich aufbereitetes Expertenwissen**. Das ist die **Grundlage für Entscheidungen**, die Sie in Ihren Heimatkommunen zu treffen haben.

Viele Kommunen übernehmen zentral den Bezug von Fachliteratur ihrer kommunalen Entscheidungsträger. Bitte weisen Sie Ihre Ratsmitglieder auf ein Abo der Bayerischen GemeindeZeitung hin. Ab 10 Zeitungen bieten wir attraktive Sonderkonditionen. Besten Dank!

Zusätzlich veranstaltet unser Team – in normalen Zeiten – FachForen, deren Angebot sich ebenfalls genau an den Bedürfnissen dieser besonderen Zielgruppe orientiert. Bitte merken Sie sich die beiden nächsten Veranstaltungen vor:

17.09.2020: Bayerisches WasserkraftForum, www.bayerisches-wasserkraftforum.de

12.11.2020: Bayerisches BreitbandForum, www.bayerisches-breitbandforum.de

Regelmäßig werden in der GZ auf Seite 2 die „runden“ **Geburtstage** der Landrätinnen und Landräte, der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie der Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ankündigt. Bitte teilen Sie uns an news@gemeindezeitung.de mit, ob Sie mit einer Veröffentlichung Ihres Jubiläums einverstanden sind und übersenden Sie uns bitte die entsprechenden Daten.

Als **Informationsplattform** sind wir auch immer auf der Suche nach guten Beispielen, die in Bayern als Vorbild und Ideengeber dienen können. Bitte nehmen Sie daher unsere Redaktion unter der eMailadresse info@gemeindezeitung.de in Ihren Presseverteiler auf.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichen Dank

Constanze von Hassel
Chefredakteurin, Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

P.S. Die Bayerische GemeindeZeitung gibt es auf Instagram, Facebook, Twitter, LinkedIn, Xing, Notify, Telegram, Facebook Messenger, Whatsapp und als Newsletter (www.gemeindezeitung.de/newsletter).

Geschäftsführung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Amtsgericht München
(HRB 654 19)

Abonnements der Bayerischen GemeindeZeitung

Die GZ erscheint in 24 Ausgaben mit je einer Doppelnummer im Januar und August.
Es bestehen folgende Möglichkeiten die Bayerische GemeindeZeitung zu abonnieren:

Die GZ im Einzelabonnement:

81,43 € inkl. MwSt. jährlich pro Exemplar

(erhältlich in den Kombinationen nur Print / nur ePaper / Print und ePaper)

Die GZ im Sammelabonnement:

Lieferung/Rechnung an eine Adresse (z.B. Rathaus/Landratsamt/Fraktionsvorsitz)

28,89 € inkl. MwSt. jährlich pro Exemplar

(erhältlich in den Kombinationen nur Print / nur ePaper / Print und ePaper;

ab 10 Exemplaren)

Lieferung an verschiedene Adressen bei einer Rechnungsadresse

40,93 € inkl. MwSt. jährlich pro Exemplar

(erhältlich in den Kombinationen nur Print / nur ePaper / Print und ePaper;

ab 10 Exemplaren)

Die Kündigung eines Abos ist zwei Monate vor dem Jahresende schriftlich an den Verlag möglich.

Für eine Abo-Bestellung schreiben Sie bitte eine E-Mail an: news@gemeindezeitung.de

INTRAKOMMUNA: Die Vernetzung der Netze

Die GDK mbH, eine Tochter des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH, startet mit dem neuen Produkt Intrakommuna, eine Softwarelösung, die für folgende Nutzungsmöglichkeiten konzipiert wurde:

- Interkommunale Kommunikation: Vernetzung von Landkreisen, Städten und Gemeinden; Bürgernetzwerke
- Rathausnetzwerk: ratsintern, fraktionsintern, abteilungsübergreifend
- Intranet für Unternehmen, Vereine, Verbände, Vereinigungen
- Wissensnetzwerk und geschützter Kommunikationsraum für Schüler und Lehrer

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an info@gdk-mbh.de

GZ-Netzwerk

Auch die Bayerische GemeindeZeitung nutzt diese Software. Überzeugen Sie sich selbst und melden sich unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern an. Nach Ihrer Registrierung bekommen Sie per Mail einen Link zugeschickt, über den Sie Ihr Profil freischalten können. Bitte überprüfen Sie hierzu Ihren SPAM-Ordner.

Sie interessieren Sich für unsere Angebote? Faxen Sie uns dieses Blatt an **08171/9307-22** zurück und hinterlassen Sie eine Kontaktmöglichkeit. Wir setzen uns mit Ihnen in Verbindung.

Vorname/Name: _____

Telefonnummer: _____

Emailadresse: _____

Webinartermine

Donnerstag, 18.06.20, 16 Uhr

Freitag, 26.06.20, 11 Uhr

Freitag, 10.07.20, 11 Uhr

Donnerstag, 06.08.20, 16 Uhr

kostenlose Teilnahme!

KOMMUNIKATION UND BÜRGERDIALOG IN KOMMUNEN

Kommunen stehen vor großen Herausforderungen: nachhaltiges Wirtschaften, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Umweltschutz und jungen Menschen in der Region eine

Perspektive bieten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, braucht es eine neue Kultur der Akzeptanz von wirtschaftlichen Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen.

INFRASTRUKTUR FÜR ENERGIE UND UMWELT

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

NETZAUSBAU

ANSIEDLUNGEN UND GEWERBEGEBIETE

Jedes Vorhaben braucht Kommunikation und einen Prozess der Akzeptanzplanung. Bürger und Nachbarn müssen eingebunden und für die Notwendigkeit des Projekts sensibilisiert werden und können vielleicht sogar ihren persönlichen Vorteil darin erkennen. Es genügen wenige Gegner, um ein Projekt zu verzögern oder zu verhindern. Oft sind sie gar nicht

generell gegen das Vorhaben, wollen es nur nicht in ihrer Nachbarschaft oder verfolgen ganz andere, eigene Ziele. Viele der Gegner sind allerdings gar nicht zu überzeugen. Hier geht es darum, der großen Mehrheit zu zeigen, dass die Kritiker nicht Recht haben – und nicht das Gesamtbild bestimmen dürfen.

KRISEN, PROJEKTE UND KRISENPROJEKTE

Manche Krisen sind im politischen Prozess entstanden, andere kommen von extern und sind nicht vorhersehbar. Unsere Krisenprävention legt die Basis für eine erfolgreiche Krisen-

bewältigung. Wir etablieren für Sie Bausteine, aus denen wir im Krisenfall die richtige Strategie erarbeiten können, um am Ende gestärkt aus der Situation hervorzugehen.

Wie wir Sie unterstützen können

Wir organisieren den Realisierungsdialog – und unterstützen Sie auch mit Einzelbausteinen.

I. Strategie und Konzeptentwicklung

Wir erarbeiten für Sie eine Strategie für einen erfolgreichen Projektverlauf. Wir identifizieren die entscheidenden Wege zum Ziel sowie eventuelle Schwierigkeiten und Fallstricke, um vorbereitet zu sein. Das Konzept definiert Maßnahmen und Themen.

II. Story

Jedes Projekt braucht eine Story. Diese entwickeln wir für das Vorhaben und schaffen damit emotionale Zustimmung. Wir erzählen die Story konsequent und überzeugend. Sie erfüllt dabei folgende Aufgaben: Ängste nehmen, Befürchtungen widerlegen und möglichst viel vom Danach schon davor zeigen. Denn die Akzeptanz ist nie so hoch wie nach der Fertigstellung.

III. Stakeholder-Definition

Mithilfe unseres Stakeholder-Mappings identifizieren wir die für Sie relevanten Stakeholder und definieren Betroffene und mögliche Unterstützer. Politikern und Fürsprechern geben wir Argumentationslinien an die Hand. Dadurch machen wir sie zu erfolgreichen Multiplikatoren.

IV. Digitaler Realisierungsdialog

Wir organisieren für Sie die Öffentlichkeitsbeteiligung – auch digital. Wir strukturieren das Verfahren in den digitalen Kanälen und wenden die richtigen Maßnahmen an. Damit unterstützen wir den formalen Prozess und beschleunigen Ihr Verfahren auch mit digitalem Stakeholder-Engagement und einem Echtzeit-Social Media Monitoring, um auf neue Einflüsse frühestmöglich reagieren zu können.

V. Umsetzung

Bei der Umsetzung unterstützen wir Sie mit unserer jahrelangen Erfahrung. Unser Portfolio umfasst: lokale Kampagne, inkl. Grafik und Bewegtbild, Medienarbeit, Erstellung aller Kommunikationsmaterialien, digitale Kanäle, Bürgerdialog, Stakeholder-Dialog sowie die Organisation und Begleitung von Gesprächsterminen mit NGOs, Medien oder übergeordneter Politik.

Für Kommunen und Investoren

Sie planen allein oder mit einem Investor ein Projekt und möchten dieses möglichst reibungslos umsetzen? Sie ahnen, welche Gruppen dagegen protestieren könnten, wissen aber nicht, ob und wie Sie mit diesen kommunizieren sollen? Sie suchen potenzielle Unterstützer für Ihr Infrastrukturprojekt und möchten die schweigende Mehrheit sichtbar machen?

Wenn Sie vor, während und nach Abschluss Ihres Projekts strategisch und zielgruppenorientiert kommunizieren möchten, lassen Sie uns sprechen. Gerne lassen wir Ihnen auch unsere Referenzen aus der Projektkommunikation zukommen.



ENGEL & ZIMMERMANN AG

Dr. Andreas Bachmeier
Am Schlosspark 15
82131 Gauting bei München

Tel. 089 - 89 35 633

a.bachmeier@engel-zimmermann.de
www.engel-zimmermann.de

Für ein unverbindliches Erstgespräch stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.



Webinar
**Kommunikation in der
Kommune: Bürgerdialog
und Akzeptanz in der
neuen Wahlperiode**

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdiallog@engel-zimmermann.de

Termine:

Donnerstag, 18.06.20, 16 Uhr
Freitag, 26.06.20, 11 Uhr
Freitag, 10.07.20, 11 Uhr
Donnerstag, 06.08.20, 16 Uhr